hbl, stx HT 151.W4 1918
Grosstadt und ihre sozialen Proble
3 9153 00593269 6
HT/151/W4/1918

Digitized by the Internet Archive
in 2013

http://archive.org/details/diegrosstadtundi00webe

5.4V2/ 23150/b PH595 7/6

Wissenschaft und Bildung
Einzeldarstellungen aus allen Gebieten des Wissens
33

Die Großstadt
und ihre sozialen Probleme

Von

Dr. Adolf Weber
o. Professor der wirtschaftlichen Staatswissenschaften
an der Universität Breslau

Zweite, verbesserte und ergänzte Auflage

1918
Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig

HT
151
W4
1918

Alle Rechte vorbehalten

Druck von Petzschke & Gretschel, Dresden

Meiner Frau

Vorwort

Es ist selbstverständlich, daß das Thema in dem engen Rahmen dieser Schrift nicht erschöpfend behandelt werden konnte. Ich darf hier wohl an einen Satz erinnern, mit dem Oberbürgermeister Adickes den Vortrag einleitete, den er auf dem ersten deutschen Städtetage zu Dresden hielt:

„Unendlich und unübersehbar ist die Fülle der Gesichte, die vor unseren Augen aufsteigen, wenn wir zwei der bedeutendsten Erscheinungen der neueren Entwicklung: die Zusammendrängung eines immer größer werdenden Bruchteils der Bevölkerung in schnell wachsenden Städten und das soziale Problem miteinander in Beziehung setzen."

Nicht mehr wollte ich bieten als eine „erste Einführung", die strenge Wissenschaftlichkeit mit leicht lesbarer Form zu verbinden sucht.

Die zweite Auflage wurde während des Krieges vorbereitet; Eindrücken, die er vermittelte, und Bedürfnissen, die er schuf, wird der Leser auf den folgenden Blättern häufig begegnen.

Breslau, November 1917.

Adolf Weber.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Erster Abschnitt: Die kulturelle und soziale Bedeutung der modernen Großstadt 5

Zweiter Abschnitt: Das Familienleben 20

Dritter Abschnitt: Die Wohnungsfrage 36

Vierter Abschnitt: Das Verkehrsproblem 51

Fünfter Abschnitt: Arbeitslosigkeit 68

Sechster Abschnitt: Armut und Armenfürsorge 82

Siebenter Abschnitt: Volksbildung und Volksgeselligkeit 100

Schlußwort 114

Einführung in die Literatur 120

Register 123

Erster Abschnitt

Die kulturelle und soziale Bedeutung der modernen Großstadt.

Großstadt ist zunächst nur ein statistischer Begriff. Die Statistiker haben sich geeinigt, Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern Großstadt zu nennen; aber wir wissen und fühlen, daß der Begriff „Großstadt" weit mehr ist als eine bloße statistische Bezeichnung; das Zusammenleben und Zusammenwirken der Menschen in den modernen Großstädten ist je länger je mehr eine soziologische Erscheinung von besonderer Eigenart geworden.

Wollte man nur auf die Ausdehnung und die Zahl der Einwohner unserer Großstädte sehen, so würden sie gewiß nichts überraschend Neues sein. Herodot erzählt uns, daß Babylon einen Flächenraum von fast 500 Quadratkilometer umfaßte, rund achtmal so viel als das heutige Berlin, und aus der Bibel wissen wir, daß Ninive, die „große Stadt", eine Ausdehnung von drei Tagereisen gehabt hat, eine ganze Million Menschen soll in seinen Mauern gewohnt haben; aber derartige große Menschenansiedlungen waren doch nur „ummauerte Territorien", in die die Bevölkerung eines großen Gebiets mit all ihrem Vieh flüchten konnte, ohne auf die Weide für ihr Vieh und die Felder für ihre eigene Ernährung innerhalb der Stadt verzichten zu müssen.

Eher kann man die Hauptstädte der Ptolemäer- und Seleukidenreiche, die im Laufe des 3. und 2. Jahrhunderts vor Christi zu Riesenstädten emporwuchsen, mit den modernen Großstädten auf eine Stufe stellen. Seleukia am Tigris, 45 Kilometer südlich von Bagdad, zum Teil gebaut aus Baumaterial, das die Ruinen des alten Babylon lieferten, soll in der Blütezeit 600 000 Einwohner gehabt haben; noch zahlreicher soll die Bevölkerung Karthagos gewesen sein. Man spricht — sicherlich mit starker Übertreibung — von 700 000 Einwohnern, die die Stadt vor dem dritten Punischen Kriege gehabt haben soll.

In besonderem Maße reizt das alte Rom zum Vergleich mit unseren Riesenstädten. Schon die besonders große Masse, die sich hier auf engem Raume zusammendrängte — Mietskasernen waren in Rom keine unbekannte Erscheinung — scheint für die Gleichartigkeit zu sprechen; die Schätzungen der Einwohnerzahl des antiken Roms gehen bis zu zwei Millionen hinauf. Man versichert uns, daß nicht bloß in solchen Äußerlichkeiten Rom und die Großstädte der Gegenwart übereinstimmen: „Gleiche Erscheinungen", so schreibt der italienische Historiker G. Ferrero, „erzeugten damals die gleiche moralische und politische Wirkung wie heute; intellektuelle Unruhe, Schwächung des Geistes der Tradition, allgemeinen Nachlaß der Disziplin, Entkräftung der Autorität, ethische Unordnung und Verwirrung."

Aber man muß vorsichtig mit derartigen Vergleichen sein. Was war die Ursache des Entstehens der Millionenstadt, die den Mittelpunkt des römischen Reiches bildete? Sehr wesentlich doch nur, was der alte Homer schon wußte: daß der Bettler in der Stadt besser auf seine Rechnung kommt als auf dem Lande. Rom bestätigt diese Worte in gigantischer Weise. „Die Kornspenden", sagt Appian, „die den Armen in Rom allein zuteil werden, führen dort das arbeitsscheue und freche Bettlerproletariat aus ganz Italien zusammen." Unsere Historiker nehmen an, daß schon vor Cäsar unter Einrechnung der Frauen und Kinder 600 000 Proletarier an den öffentlichen Speisungen teilnahmen. Die Möglichkeit, ein solches gebefreudiges Konsumtionszentrum zu sein, verdankt Rom aber nur seiner einzigartigen politischen Stellung. Als die politische Machtstellung Roms dahinschwand, ging es auch mit seinem Großstadtcharakter rasch bergab, bis schließlich gar der alte Stolz des großstädtischen Roms, das Forum, der Marktplatz, zur Viehweide („campo vaccino") wurde. Großstädtische Traditionen im Sinne des alten Roms weiter zu pflegen, lag nach Roms Niedergang dem neuen Rom Konstantins am Bosporus ob; Konstantinopel ist in der Zeit vom 7. bis 12. Jahrhundert die einzige Großstadt Europas gewesen.

Erst um die Zeit der Kreuzzüge entwickelte sich allmählich in Westeuropa großstädtisches Leben: in Italien, wo Mailand, Venedig, Neapel 100 000 Einwohner und mehr erreichten, in Frankreich, wo Paris bis um die Mitte des 14. Jahrhunderts rasch zunahm. Verheerende Krankheiten verringerten seit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts hier mehr, dort weniger die Volksziffer in den großen Städten, denen auch die politischen Gestaltungen meist wenig günstig waren. Ein neues Aufblühen von großen Städten beginnt im 16. Jahrhundert, hauptsächlich als Nachwirkung der überseeischen Entdeckungen. Londons Be-

völkerung hob sich während der Regierungszeit der Königin Elisabeth von 100 000 auf 250 000 Einwohner. In Deutschland konnte man um diese Zeit die alte Kaiserstadt Wien, auch wohl Hamburg zu den Großstädten rechnen, in den Niederlanden Antwerpen und Amsterdam, auf der Pyrenäischen Halbinsel Lissabon und Madrid. Da, wo es nicht der besondere Glanz und die Machtfülle einer Residenz waren, die die Entwicklung eines Ortes zur Großstadt zur Folge hatten, blieb das Werden einer solchen bis in das 19. Jahrhundert hinein im wesentlichen beschränkt auf die Orte, die durch ihre günstige Lage für den auswärtigen Handel in Betracht kamen.

Daß der innere Markt und die Produktionskraft im Inlande einmal stark genug sein würden, Großstädte in überraschend großer Zahl und in unglaublich kurzer Zeit zur Entstehung zu bringen, ahnte um 1800 wohl niemand und auch ein halbes Jahrhundert später höchstens einige wenige, die tiefer zu blicken vermochten. Um 1860 gab es im Gebiete des heutigen Deutschlands erst 6 Städte mit 100 000 Einwohnern: Berlin, Hamburg, München, Breslau, Dresden, Köln. Von diesen überschritt nur eine einzige Stadt, Berlin, das zweite Hunderttausend. Die Volkszählung vom Jahre 1900 wies 46 Großstädte nach, darunter waren 23 mit mehr als 200 000 Einwohner. Von 100 Einwohnern Deutschlands lebten in Großstädten 1871 ungefähr 5, 1880: 7, 1890: 12, 1900: 16. Heute darf man annehmen, daß unter Einrechnung der Vorstädte, die unter dem unmittelbaren Einflusse der Großstädte stehen, ein starkes Viertel des deutschen Volkes in Großstädten wohnt.

Vielleicht noch mehr als die Ziffer der Bevölkerung ist der Einfluß gestiegen, den die Großstadt auf unser ganzes geistiges und wirtschaftliches Leben ausübt. Es wäre töricht, wollte man verkennen, daß die Einflüsse, welche die Großstadt ausübt, keineswegs immer günstige sind, aber ebenso töricht wäre es, wenn man deswegen den Kreuzzug gegen die Großstadt überhaupt predigen wollte.

Die Großstädte sind die Folge unserer wirtschaftlichen Entwicklung, die aufs innigste zusammenhängt mit der gewaltigen quantitativen und qualitativen Steigerung der materiellen Kräfte, mit der in früheren Jahrhunderten unerhörten Vermehrung der Bevölkerung einerseits und mit der wunderbaren Geschicklichkeit andererseits, mit der diese so rasch gewachsenen Menschenmassen es verstanden haben, im Laufe des letzten Jahrhunderts die Naturgewalten ihren Diensten gefügig zu machen. So muß der Inhalt des Großstadtproblems sein — um das vorwegzunehmen —: Das Gute an der Großstadt erhalten und das Schlechte bekämpfen.

Wollen wir unser Großstadtleben studieren, so tun wir vielleicht gut, zunächst einmal die zu fragen, die besonders berufen sind, „das Traurige und das Freudige im Menschenleben mitzufühlen“: unsere Dichter. Der Leser kennt vielleicht von Peter Rosegger den Kulturroman „Erdsegen“, „Vertrauliche Sonntagsbriefe eines Bauernknechtes“.

Hans Trautendorffer, volkswirtschaftlicher Redakteur einer Zeitung, der Continental Post, ein Städter, vollendeter Kulturmensch also, nimmt infolge einer törichten Wette Abschied von der Stadt und zieht mitten im Winter hinaus aufs Land, um sich als Bauernknecht zu verdingen. Ganz oben auf der Alm im Adamshause findet er eine Dienststelle als Knecht. Der durch das städtische Leben Verwöhnte muß nun schwere Arbeit verrichten, erhält dürftige Kost und schlechtes Lager, aber er preßt die Zähne aufeinander und bleibt, denn die Wette muß gewonnen werden. Sonntags setzt er sich in seine Kammer, die nur von dem anstoßenden Ochsenstall etwas erwärmt wird, und auf dem dreifüßigen Stallstuhl schreibt er an einen Freund in der Großstadt Briefe, in denen er über die inneren und äußeren Erlebnisse der letzten Woche jedesmal berichtet. Schicksalsschlag auf Schicksalsschlag trifft die Familie, in der er aufgenommen ist. Er, der Knecht, wird bald der vertraute Freund der Familie, er lernt die Schattenseiten des Landlebens kennen und mehr wie einmal erfaßt ihn eine Sehnsucht nach der Stadt, ein „Heimweh nach geistigem Leben“. Aber das alles vermag ihn nicht niederzuschmettern, im Gegenteil, immer mehr empfindet er, daß auf dem Lande „Kulturmenschheit“ nicht zu verlieren, sondern nur zu gewinnen ist; daß nur eine Wette ihn aufs Land getrieben hat, vergißt er nachgerade. Er fängt an, das Land und die ländliche Arbeit um ihrer selbst willen zu lieben. Jubelnd betrachtet er das Werden und Vergehen des wunderbaren Zaubers, den die Natur in Feld und Wald hervorbringt. „Der Bauer sieht, wenn die jungen Gräser sprossen, daß es Frühling ist, bei Euch dagegen“, schreibt er seinem Freunde, „da werden jetzt allmählich die Konzerte anfangen, die Gärtner werden den Parkrasen säubern, die Winde den Straßenstaub aufwirbeln, die Schneider werden mit irgendeiner Modetorheit die Frühjahrssaison einleiten.“ Die Liebe stiehlt sich in das Herz des jungen Städters und Bauernknechtes ein, nicht nur zur freien Natur, sondern auch zu den Menschen, die darin wohnen. Man fühlt es deutlich, daß das Herz mitspricht, wenn er die Opferwilligkeit des Bauernstandes preist und die stilldulbende Liebe, die ans Heldenhafte grenzt. „Es ist im Bauernstande eine Kraft und eine Geistestätigkeit, von der der hochmütige Pinsel im Frack keine

Ahnung hat." Was Wunder, wenn Trautendorffer den städtischen Rock mit dem Bauernkittel endgültig vertauscht.

Wollen wir ein Gegenstück zu dieser Erzählung, so greifen wir am besten zu Maxim Gorkis Roman „Drei Menschen". Ilja, der Held des Romans, kommt vom Lande als zehnjähriges Kind in die Stadt. Von ferne sieht er die Stadt, die Häuser dicht gedrängt, die Sonne ist eben aufgegangen, und im Strahle der Sonne spiegeln sich die Fenster der Häuser und geben dem Ganzen eine eigenartige Pracht. „Ach, wie hübsch das ist", sagt der Knabe leise vor sich hin. Dann sehen wir, wie das Leben des Knaben sich in der Großstadt abwickelt. Schon bald empfindet das Kind, daß das Leben im Dorfe weit angenehmer ist, als in der Stadt. Im Dorfe konnte man hingehen, wohin man wollte, in den Feldern umherstreichen, auch wohl an Bäumen und Sträuchern naschen. In der Stadt dagegen muß man sich in den engen, düstern Höfen aufhalten, oder in den häßlichen Häuserreihen. Und wie still und friedlich ist es in der ländlichen Heimat! Alle Leute haben dieselbe Beschäftigung, alle kennen sich, in der Stadt zanken und stoßen sich alle, keiner kümmert sich um den andern.

Gorki schildert dann, wie der Knabe von Stufe zu Stufe sinkt, wie er verdirbt unter dem Einfluß der großstädtischen Verführung, bis er schließlich selbst vor einem Morde nicht zurückschreckt. Als die Polizei kommt, um ihn zu verhaften, will sie ihm die Fesseln ersparen, wenn er „bei Gott" schwört, daß er nicht entfliehen wolle. Finster antwortet er: „Ich glaube nicht an Gott", dann reißt er sich los ... am Fuß eines Abhanges findet man ihn wieder mit zerschmettertem Schädel — er hat selbst seinem Leben ein Ende gemacht.

Gorki und Rosegger schildern zwei ganz verschiedene Menschenschicksale, wie sie auch ganz verschiedene Schriftstellercharaktere sind, und doch ist in beiden Romanen der Grundton derselbe: eine Anklage gegen das Kulturleben in der modernen Großstadt. Aber nicht nur diese beiden sind es, die derartige Klagen erheben. Nehmen wir irgendeinen Dichter und Denker der neuesten Zeit, der das moderne Leben mit offenem Auge verfolgt, stets wird man einen ähnlichen Pessimismus durchklingen hören, wenn von dem Großstadtleben gesprochen wird.

„Ja, es ist wahr, wie schade, daß die alte, gute Zeit nicht mehr da ist", so höre ich schon manche klagen. Aber diese „alte, gute Zeit" hatte doch auch ihre Schattenseiten und insbesondere der damalige S t ä d t e r wohnte nicht so ganz ausschließlich auf der Sonnenseite der menschlichen Kultur und des menschlichen Glücks. Wie sahen damals die altmodischen Städte aus, und wie lebte man darin?

Beginnen wir mit dem Äußeren. Die Straßen waren in der Regel überaus schmutzig. Von Berlin im Jahre 1800, zu einer Zeit, wo unsere Reichshauptstadt 200 000 Einwohner zählte, berichtet ein Reisender, daß man, wenn man durch die Straßen ging, unaufhörlich die Nase ins Schnupftuch stecken mußte. Man pflegte alles auf die Straße zu werfen; namentlich am Morgen soll dem durch die Straßen Wandernden kein angenehmer Duft entgegengekommen sein. Tote Katzen, Hunde und sogar tote Pferde ließ man halbe Tage lang auf der Straße liegen. Während heute die Großstadt zur Nachtzeit in hellstem, elektrischem Lichte erstrahlt, mußten einst in den Städten kleine Straßenlaternen, die zur Seite der Straße an Holzpfählen angebracht waren, genügen, um das wenig belebte Straßenbild zu beleuchten. Die vorsichtige Stadtverwaltung sorgte schon dafür, daß die Lampen nicht zu lange brannten dadurch, daß möglichst knapp Öl aufgegossen wurde. Wenn man ausging, steckte man daher ein kleines Laternchen zu sich, damit der Heimweg erhellt wurde. Ähnlich primitiv war die Beleuchtung im Hause: Talglichter waren dafür da, die alle Viertelstunden verdüsterten und wieder geputzt werden mußten. Natürlich gab es damals noch keine elektrischen Bahnen, die heute in den modernen Städten unentbehrlich zu sein scheinen und deren rasselnder Lärm so charakteristisch für das Straßenleben in unsern Großstädten geworden ist. Dafür aber konnte man sich in der guten, alten Zeit noch erfreuen an dem munteren Klange des Posthorns und vielleicht auch an dem friedlichen Sing-Sang des guten, alten Nachtwächters, der abends durch die Straßen zog, alle hundert Schritte in sein Horn tutete und also mahnte:

„Hört ihr Herren und laßt euch sagen,
Die Uhr hat zehn geschlagen,
Bewahrt das Feuer und das Licht,
Damit der Stadt kein Schaden geschicht,
Und lobet Gott den Herrn."

Vielleicht ist der alte Nachtwächter etwa so, wie er uns von Skarbina in seinem Kunststeindrucke „Hört ihr Herren..." vorgeführt wird, das beste Wahrzeichen der altmodischen Stadt.

Aber so gemütlich das Stadtleben von einst sich im Bilde immerhin ausmalen läßt, der moderne Mensch würde sich doch wenig behaglich fühlen, wenn ihm ein Zauberer die Annehmlichkeiten der modernen Großstadt wegnähme und dafür die „Reize" der Stadt vor hundert und mehr Jahren in Tausch geben wollte.

Auch innere Konflikte waren in der alten Zeit gar nicht so

selten, damals gab es wie heute soziale Fragen in den Städten: Dienstbotennot, Streit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Wohnungsnot ..., und wie es mit dem frohen, fröhlichen Bürgersinn in der Stadt aussah, das erfahren wir von Dr. Arnold Mallinckrodt, der Ende des 18. Jahrhunderts die Frage beantwortete: warum die deutschen Reichsstädte nicht so glücklich seien, wie sie es eigentlich als Republik sein müßten. Die Antwort lautet so: „Mangel an Gemeingeist und Patriotismus, Liebe zum Schlendrian und Trägheit, Mißtrauen der Bürgerschaft gegen den Rat, Despotie eines einzelnen oder einiger einzelner, schlechte, schläfrige Justiz, schlechtes unordentliches Rechnungswesen, schlechte, nachlässige Polizei, schlechtes Armenwesen, Neid und Mißgunst, Luxus ... tragen die Schuld."

Mehr kann man eigentlich nicht verlangen. Die gute, alte Zeit ist für den Gegenwartsmenschen immer schon dagewesen. Die Vergangenheit sieht er zu rosig, die Gegenwart zu düster an. Nun darf man freilich nicht den entgegengesetzten Fehler machen dadurch, daß man die Vergangenheit zu schwarz schildert, damit die Gegenwart in desto hellerem Lichte erstrahlt. Vielleicht treffen wir das Richtige, wenn wir sagen, daß es mit dem äußeren Rahmen und dem äußeren Leben in der modernen Stadt viel besser bestellt ist, als in den alten Städten. Aber tiefgreifende innere Konflikte waren früher Ausnahmen und sind in der neuen Zeit zur Regel geworden.

Ich deutete schon an, daß die moderne Großstadt mit Naturnotwendigkeit aus dem wirtschaftlichen Bedürfnisse der Gegenwart heraus entstehen mußte, und wirtschaftlicher Art sind daher auch ihre bemerkenswerten Vorzüge. Die Großstadt ist eine Schöpfung unserer modernen wirtschaftlichen Kultur, die sie aber gleichzeitig in hervorragendem Maße mitzutragen berufen ist durch Beteiligung an der großartigen Reichtumsvermehrung in unseren Tagen. Man drängt sich in der Großstadt zusammen, um sich besser in die Hände arbeiten zu können; wir haben im Wirtschaftsleben der Gegenwart eine wunderbare, weitverzweigte Arbeitsteilung, und diese Arbeitsteilung vermag besser zu funktionieren da, wo die Menschen zusammengedrängt sind, als wo sie zersplittert wohnen; in einer Großstadt ist deshalb die Warenerzeugung billiger, die Produktivität der Arbeit größer. Der Verbrauch ist in der Großstadt ein Massenverbrauch, der durch seine Gleichartigkeit und seine Mannigfaltigkeit viel billiger befriedigt werden kann, als der individuelle Bedarf auf dem Lande und in den kleineren Städten. Damit mag es wohl auch zusammenhängen, daß in der Großstadt ein immer größerer Teil des nationalen Reichtums sich ansammelt und daß dorthin immer mehr die Leitung unserer heimischen Produktion verlegt wird.

Die Aktiengesellschaften, die Banken und Börsen haben in der Großstadt ihren Sitz und ziehen immer mehr dorthin; ihnen folgen zahlreiche reich gewordene Provinzler, teils um das großstädtische Genußleben mitzumachen, teils um durch „Spekulieren" ihren Reichtum zu vermehren. 1851 hatte der Höchstbesteuerte in Berlin ein Einkommen von 64 000 Talern, 1905 gab es schon 250 Berliner, die ein höheres Einkommen zu verzeichnen hatten. 1851 gab es in Berlin erst 6 Talermillionäre, im Jahre 1900 638. Diese Reichtumskonzentration in der Großstadt hat sozial gewiß ihre großen Schattenseiten, aber rein wirtschaftlich betrachtet doch auch wieder ihre Vorzüge. Das Kapital kann, weil es so dicht zusammen ist, besser kontrolliert und vor allem besser kommandiert werden dahin, wo seine Anlage am lohnendsten ist und wo es volkswirtschaftlich am besten verwandt werden kann.

Nicht nur aus dem Kapital wird in der Großstadt herausgeholt, was herausgeholt werden kann, auch die wirtschaftliche Intelligenz des einzelnen wird nicht selten viel mehr entfaltet, als in der kleinen Provinzstadt und auf dem Lande. Das Handwerk vermag sich in der Provinz nicht in dem Maße zu spezialisieren und damit technisch zu vervollkommnen, wie in der Großstadt. In der Großstadt verfügen ferner nicht selten die Fachschulen der großen Handwerksverbände und der kommunalen Verwaltungen über besonders tüchtige technische Lehrkräfte und vortreffliches Lehrmaterial. Die scharfe Konkurrenz einerseits, der offenbare Erfolg der Tüchtigeren anderseits spornt an und reißt demjenigen die Zipfelmütze ab, der sie in der Provinz zeitlebens auf dem Kopfe behalten hätte. Ein hervorragender Industrieller — Oechelhäuser — sagte einmal nicht ohne Grund: „Das Tempo des Denkens und des Handelns steigert sich mit der Bevölkerungszahl."

Wirtschaftlich hat unzweifelhaft die Großstadt gezeigt, daß sie einen Fortschritt bedeutet, und damit hat sie, das will mir scheinen, auch schon ihre Existenzberechtigung dargetan, trotz offenkundiger ideeller Nachteile.

Derjenige, der den wirtschaftlichen Fortschritt will, aber die Großstädte nicht will, urteilt nicht folgerichtig, wenigstens heute nicht mehr. Es gab eine Zeit, wo das anders war, wo die erfolgreiche Jagd nach dem Reichtum in den Großstädten auch von einem schnellen Verbrauch dessen begleitet war, was unzweifelhaft wichtiger ist als dieser Reichtum, der Lebenskraft der Menschen. Es sind erst einige Jahrzehnte dahingegangen, seitdem der Volkswirt Georg Hansen den Beweis glaubte erbracht zu haben, daß die Städte, an sich lebensunfähig und ungesund, während zweier Generationen die ihnen vom Lande gelieferten Menschen verbrauchten. Ein derartig pessimistisches Urteil ist heute gewiß

nicht mehr gerechtfertigt, im Gegenteil, man darf die Behauptung wagen, daß niemals, solange die Welt besteht, so viel für die Gesundheit der Menschen getan und erreicht worden ist, als in der Gegenwart in der modernen Großstadt. Was würde ein Städter aus dem Anfange des 19. Jahrhunderts sagen, wenn er sehen würde, was heute unter der Losung „Soziale Hygiene" geleistet wird. Zu seiner Zeit überwog selbst in epidemiefreien Jahren sehr oft die Sterblichkeit die Geburtenzahl. Erst im Zeitalter der Großstädte, zum guten Teil dank den materiellen und intellektuellen Fortschritten, die diese brachten, wagte man den „Kampf gegen das Sterben" aufzunehmen; manche schöne Siege konnte man dabei davontragen.

Man braucht nur an einige Einrichtungen unserer Großstädte zu erinnern, um ein Bild zu geben von der Fülle der Aufgaben, die heute der sozialen Hygiene gestellt werden, und die sie auch zum guten Teile löst: Fürsorge für Wöchnerinnen und Säuglinge, Kinderheilstätten, Waldschulen, Ferienkolonien, Schulen für Schwachbefähigte, die großartige Fürsorge für Schwindsüchtige, Rekonvaleszentenheime, Nervenheilstätten, Trinkerheilstätten, städtische Bäder, städtische Gesundheitsämter, Schulärzte, Stadtärzte im Magistratskollegium, bakteriologische Untersuchungsstationen, Rettungsstationen für Unfälle und plötzliche Erkrankungen. In welch vortrefflicher Weise wird überhaupt für die Kranken in der Großstadt gesorgt. Da erhebt sich z. B. in Berlin auf der Jungfernheide das prächtige Rudolf-Virchow-Krankenhaus. Es sind an 60 Einzelbauten, die mit einem Kostenaufwand von 20 Millionen Mark auf einer Bodenfläche in einer Größe von 4000 Quadratmetern errichtet wurden. Alle Krankenräume sind nach der Sonnenseite gerichtet. Von jedem Bett aus hat man einen Blick ins Freie. Das Ganze sieht mehr einer eigenartigen Villenvorstadt ähnlich, als einem Krankenhause; einstöckige Häuschen, umsäumt von Sträuchern und Hecken, an den Fenstern grüßen freundliche Blumen. In einem hübschen kleinen Park können sich die Kranken der Großstadt ergehen, nur von ferne kaum vernehmbar dringt etwas von dem Großstadtlärm herüber.

In derartig wunderbaren Krankenhäusern mag sich der Bewohner des Landes, wenn er der Genesung entgegengeht, wie im Paradies vorkommen; aber es wird dann auch nahe für ihn liegen, darüber nachzudenken, wie *diese* Neuentwicklung der Dinge die Städter so wesentlich mehr begünstigt hat als die Landbewohner. Bis Ende des 19. Jahrhunderts wies die Sterblichkeitsstatistik für das Land wesentlich günstigere Ergebnisse nach als für die Großstadt; seit der Jahrhundertwende ist es anders geworden. Seit 1900 sind in jedem Jahre die Sterb-

lichkeitsziffern auf dem Lande nicht unwesentlich größer als in der Stadt. Selbst die Säuglingssterblichkeit weist seit einer Reihe von Jahren außerhalb der großen und Mittelstädte verhältnismäßig erschreckendere Ziffern nach als innerhalb dieser Städte, und in den Großstädten ist die Sachlage wieder günstiger als in den Mittelstädten. Dabei ist freilich gleichzeitig daran zu erinnern, daß die Geburtenhäufigkeit in den Großstädten geringer ist und stärker abnimmt als auf dem Lande, und daß der Altersaufbau der Großstädte ein starkes Überwiegen der rüstigen Altersklassen zeigt.* Auch bleibt zu berücksichtigen, daß die günstigen großstädtischen Sterblichkeitsziffern nur zum Ausdruck bringen, daß es gelungen ist, den Tod länger vom Großstädter fernzuhalten; es ist fraglich, ob sie zugleich auch als Beweis gelten können für Gesundheit und körperliche Widerstandsfähigkeit, eine Frage, die man auf Grund der militärischen Tauglichkeitsziffern, die hinsichtlich ihres Wertes freilich stark umstritten werden, in einem für die Großstädter ungünstigen Sinne glaubte beantworten zu müssen. Heute, wo die Erfahrungen des gewaltigen Krieges mit seinen unerhörten Strapazen vorliegen, wird man es wohl kaum noch wagen zu behaupten, daß die großstädtischen Soldaten weniger leistungsfähig gewesen seien als die vom Lande stammenden.

Will man die soziologische Eigenart der modernen Großstadt recht erfassen, so wird man dem Geiste der großstädtischen Bevölkerung eine besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Er muß selbstverständlich ein anderer sein als der Geist der vielen, die sich hinter eine gemeinsame Mauer flüchteten, um sich dort gegen einen gemeinsamen Feind zu verteidigen, anders auch als der Geist in jenen Großstädten des Altertums, die durch Brot und Spiele die Müßiggänger einer halben Welt an sich zogen; ganz anders aber endlich auch als der Geist der mittelalterlichen Städte, die ein in sich geschlossener Organismus waren, wo jeder mit Demut oder Stolz vor oder in der Front stand, um den von Gott gewollten Platz so auszufüllen, wie der Vorfahre es getan hatte und der Enkel es nun tun sollte, wo für jeden einzelnen aber der Name „Vaterstadt" einen tief inneren, häufig in hartem Kampfe erprobten Sinn hatte, für den der moderne Großstädter höchstens in Ausnahmefällen Verständnis aufzubringen vermag. Heute ist charakteristisch, daß sich in dem hin und her flutenden Leben in der Großstadt, wo der Gedankenaustausch durch Wort und Schrift so sehr erleichtert ist, wo die Erwerbsgier sich in einem tollen

* Nach der deutschen Volkszählung von 1900 gehörten von 1000 in der Großstadt Lebenden 301 der Altersstufe 16 bis 30 Jahre an, von 1000 außerhalb der Großstadt Lebenden dagegen nur 234.

Hasten und Jagen kundgibt, in besonderem Maße das entwickelt, was man wohl die Massenseele genannt hat. Der einzelne, der sich den Regungen dieser Massenseele unterwirft, wird sich selbst untreu. Er vergißt, daß er ein eigenes Verantwortungsgefühl, eine Fähigkeit, selbständig zu denken und die Freiheit, selbständig zu handeln, hat. Berauscht vom majestätischen Wollen des großen Haufens, wird der einzelne gar zu leicht ein Sklave großer Worte. Leicht geneigt, denen zuzujubeln, für die es ein „unmöglich" nicht gibt, gestützt auf eine starke Einbildungskraft, die Hoffnungen ebenso vorzutäuschen vermag wie Leiden, ist der Großstädter innerhalb der Masse unschwer für extreme Forderungen zu begeistern; um so leichter, als ihm meist kein Halt geboten wird durch irgendeine starke Tradition, die ein einigendes Band um dieses „wild durcheinander wogende Chaos von menschlichen Existenzen" schlingen könnte. Regellos wird die Masse angezogen und wieder abgestoßen von den Kaufhäusern, den Fabriken, den Kasernen, von trügerischem Glanze, der auch dann, wenn das Glück dem Großstädter hold ist, eingetauscht wird gegen einen wertvollen Schatz, den der Bewohner des Landes und der kleineren Städte sein eigen nennt, gegen das Heimatgefühl und die Heimatliebe. Als Fremder plagt sich der Großstädter ab unter Fremden, so viele von ihnen fern von der Heimat. Die Mehrzahl der Großstädter ist nicht in ihrem Wohnsitze geboren; sie sind zugewandert vom platten Lande, aus anderen Städten, aus dem Auslande. Von den Großstädtern, die durch die Volkszählung vom Jahre 1900 ermittelt wurden, waren nur 43,29 Prozent Einheimische, 56,71 Prozent Zugezogene. Besonders groß ist natürlich die Zahl der zugewanderten Arbeiter. Von 10 großstädtischen Arbeitern sind rund 7 zugewandert.

Mit dem Heimatgefühle wird gewöhnlich auch eine andere geheiligte Tradition über Bord geworfen, der schlichte Glaube der Väter. Man haßt den alten Gott, schon weil er der alte Gott der Vorfahren ist, sucht Ersatz in mannigfachen Surrogaten, die die Großstadt bietet. In einem Berliner Frauenblatte boten vor einiger Zeit gleichzeitig 30 Wahrsagerinnen ihre Dienste an. Das Wahrsagen aus den Linien der Hand wird in der Großstadt zur „wissenschaftlichen Chirologie". Tiefer Veranlagte suchen vielleicht in einem oberflächlichen Spiritismus oder einem ähnlichen —ismus die Brücke zwischen dem Diesseits und dem Jenseits zu schlagen, den Drang des Menschen, sich über sein Woher und Wohin Rechenschaft zu geben, zu ersticken.

Von dem Familienleben ist in Hunderttausenden von Fällen nichts mehr übriggeblieben als die Schlafstätte in der Mietskaserne; während des Tages bleiben die Kinder sich selbst überlassen. Nicht selten sind diese Opfer der Großstadt geworden,

ohne auch nur zum Bewußtsein ihrer Menschenwürde zu gelangen. Die eheliche Treue wird allzu leicht in der Großstadt gebrochen; auf 10 000 bestehende Ehen kamen im letzten Jahre vor dem Kriege in Berlin 56,2 Ehescheidungen, dagegen z. B. im Regierungsbezirk Allenstein nur 3,1, in den ländlichen Gebieten des Regierungsbezirkes Koblenz gar nur 0,9.

So wird der einzelne unzufrieden mit sich selbst und mit seiner Nachbarschaft. Der Blick wird dadurch geschärft für das, was im weiteren Kreise Anlaß geben kann, Unzufriedenheit zu veranlassen. Daß das nicht wenig ist, werden wir aus den folgenden Blättern ersehen.

Nirgendswo wird der Unterschied zwischen reich und arm mehr empfunden, und nirgends läßt diese Empfindung schmerzhaftere Wunden zurück, als in der Großstadt. Man beobachtet, wie schnell manchmal Reichtümer erworben werden, daß sie beinahe ebenso häufig und in ebenso schneller Weise verlorengehen, übersieht man. Der Glückliche zeigt sein Glück freudestrahlend der Öffentlichkeit, der Unglückliche schleicht sich still aus den Stadtgegenden, die seine glücklichen Tage gesehen haben, heraus, um anderswo das Proletariat zu vermehren. Und wer fühlt die großen Gegensätze im Erwerbsleben am meisten? Die *Kinder*, denen doch diese Gegensätze möglichst lange verborgen bleiben sollten. Die Kinder sehen bewundernd, daß in den Häusern der Reichen ein üppiges Wohlleben herrscht, ohne daß gearbeitet wird, während der Vater von der Arbeit heimkehrt und doch arm bleibt. Das mag mit ein Grund dafür sein, daß in der Großstadt so wenig Platz ist für das Gemüt. Genuß und Verdienst sind die Begriffe, die dem Leben in der Großstadtfamilie einen Inhalt geben.

Was will das alles bedeuten, so höre ich einwenden, gegenüber der Tatsache, daß die Großstadt „*das Produktionszentrum geistiger und künstlerischer Werte*“ ist? In den Großstädten sind die Museen, Theater, Bildungsgelegenheiten aller Art. Wenn man aber genau zusieht, so wird man vielfach finden, daß die Rolle, die Kunst und Wissenschaft im großstädtischen Leben spielen, weniger auf ideelle innere Gründe zurückzuführen ist, als vielmehr darauf, daß in den Großstädten auch die geistige Ware am leichtesten Käufer findet. Das „Ideelle“ läßt sich in der Großstadt am leichtesten in klingende Münze verwandeln.

Das muß man zugeben, auch wenn man Bedenken trägt, in das harte Urteil einzustimmen, das Fontane in einem Briefe an Alexander Gents über die Großstadt fällte: „Alle großen Städte sind gedankenfaul: sie haben gar keine Zeit dazu, einen Gedanken liebevoll auszutragen. Die vielen Berühmtheiten, die sich vor-

finden, spinnen im günstigsten Fall ihren am anderen Ort begonnenen Faden fort, meist aber sind sie nur die Aushokerer des Materials, mit dem und um dessentwillen sie in der Hauptstadt eintrafen. Jede große Stadt ist notwendig inproduktiv; sie produziert freilich Massen, aber dies alles ist nur Fabrikproduktion, nicht geistige Produktion."

Mit Recht hat man darauf aufmerksam gemacht, daß man auf die Klöster und nicht auf die Städte zurückzugehen hat, wenn man den Anfang des neuen geistigen Lebens, das sich im Mittelalter auf den Trümmern der alten Welt errichtete, auf die Spur kommen wolle, und wenn man auf die Bedeutung, die Rom und Paris in der Geschichte der geistigen Entwicklung der Völker einnehmen, hinweist, dann wird man daran erinnern dürfen, daß auch die kleinen Städte wie Olympia und Weimar in dieser Hinsicht eine glänzende Stellung sich errungen haben. Dazu muß man erwägen, daß die großen Kulturzentren in ihrer Blütezeit kaum mehr als 100 000 Einwohner zählten. Die zunehmende Zahl war nicht ein Zeichen steigender, sondern sinkender Kultur.

Übrigens zeigt ja die Gegenwart immer wieder, daß große Denker sich vom Getümmel der Großstädte abwenden, und es ist vielleicht kein Zufall, daß die meisten der führenden Geister der letzten Jahrzehnte entweder auf dem Lande oder in kleineren Orten geboren sind. Richard Wagner pries den „guten Geist", der unsere großen Dichter aus den Großstädten verbannt hielt. Selbst jene eigenartige geistige Elite, die für einige Großstädte charakteristisch ist oder es doch war, die sogenannte „Bohême" lehnte sich zeitweise auf gegen den Lärm und Qualm des Großstadtlebens. Der einst viel genannte Kreis jugendlicher Dichter und Denker, der sich in den achtziger Jahren um die Gebrüder Hart in Berlin gesammelt hatte, verließ schließlich doch die Mietskasernen und die Nachtcafés der Großstadt, um draußen in Friedrichshagen in Bauernhäusern bei Wald und Wiese ihr ungebundenes Leben fortzuführen.

Und wie machen es unsere Künstler? Im ostfriesischen Dorf und Moor, in Worpswede, im Riesengebirge, in den bayrischen Gebirgen, da haben unsere Künstler ihre Anregung gesucht und gefunden; daß das großstädtische Gefängnisleben manchen empfänglicher macht für die wunderbare Schönheit in Gottes freier Natur, das kann man kaum unter die Vorzüge der Großstädte buchen.

Wir sehen hier und dort unsere Künstler und Dichter im Kampf gegen den verderblichen Einfluß der Großstadt. Vor einigen Jahren ging ein Appell an die deutschen Fürsten, sie sollten ihre Fürstenhöfe in Kulturstätten umwandeln, damit so

unsere Dichter und Künstler dem geistig ungesunden Leben der Großstadt, das doch eigentlich nur „das Leben schlaffer, nervenkranker Menschen“ sein könne, entzogen würden. Hier und da begann man aus der Theorie praktische Folgerungen zu ziehen. Die Kunstfreunde am Rhein traten zu einem Verbande zusammen unter dem Protektorate des Großherzogs von Hessen, der als erstes Ziel bezeichnet: „Die heimische Kunstkraft soll an die heimische Scholle gefesselt und von der Übersiedlung in die Großstadt mit ihrem unwürdigen, geschäftlichen Konkurrenzkampfe abgehalten werden.“

Eine *großstädtische, echt deutsche Kunst* scheint eine *contradictio in adjecto*, ein Widerspruch in sich selbst zu sein. Schlichtheit und Bescheidenheit sind doch von deutscher Art unzertrennlich. Aber gibt es denn wirklich noch *deutsche* Großstädte? Heimatsgeist und Heimatssinn schienen bei einem nur zu großen Teile des großstädtischen Volkes unwiederbringlich verlorengegangen zu sein. Welche Art Kunst der Großstadt angepaßt war, davon legten die prunkenden Fassaden an den Mietskasernen Zeugnis ab. Sensation war hier wie überall die Losung und nur der, der etwas aus sich macht, gilt als etwas; für ein genaues Kennenlernen war keine Zeit. Was Wunder daher, daß allenthalben der Schein das Sein verdrängte. „Es herrscht“, um Worte von H. Muthesius zu gebrauchen, „eine ängstliche Sucht, die natürlichen Verhältnisse zu übertünchen, sich zu verkünsteln, ins Feine zu steigern, sich gewaltsam ins Talmiaristokratentum zu erheben. Wir scheinen uns gerade dessen zu schämen, was unser Stolz sein sollte, unseres Bürgertums.“ Es entfaltete sich so, namentlich in der Großstadt, ein „*Maskenzug moderner Scheinkultur*“, in dem keine echte, verinnerlichte Kunst aufkommen konnte.

Dermaleinst nach Jahrtausenden werden vielleicht sogar unsere *Stadtpläne* dem Kulturhistoriker Aufschluß geben über den geistigen Minderwert unserer modernen Großstadtkultur. Der große Humorist Oberländer hat einmal unsere modernen regulären Städte mit den Gebilden tiefstehender Tierarten, die alte irreguläre Stadt mit den Formen reich durchgeistigten Lebens verglichen. Bekannt ist es ja auch, daß der Feldmarschall Moltke den geradlinigen Städten geringeren Patriotismus zusprach, als den verwickelten. Darin steckt eine ganz richtige Beobachtung. Der Stadtbau vermag in der Tat Zeugnis abzulegen für den historischen, den ästhetischen Heimatssinn. Aber das ist nun wieder das „Tragische“ bei der modernen Großstadt, daß der Verkehr oft in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit so gewaltige Dimensionen annimmt, daß der gute Geschmack, die Heimatsfreude, die historische Erinnerung geopfert werden muß, um dem harten

Tyrann „Verkehr" Platz zu machen, und wie bitter das ist, welche tiefgehende Bedeutung das haben muß, empfindet man so recht, wenn man die alten, behaglichen Straßen von Heidelberg, von Nürnberg, von Hildesheim durchwandert und damit die kalten Gebilde des modernen Stadtbaues vergleicht.

Doch hüten wir uns vor Übertreibungen und vorschnellen Verallgemeinerungen, namentlich dürfen wir nicht urteilen auf Grund des Lebens in jenen Großstadtstraßen, in denen sich der Bummel der Fremden, die die Großstadtluft genießen wollen, abspielt. Das Leben der Arbeit in der Großstadt verdient auch dann ehrliche Bewunderung, wenn diejenigen, die diese Arbeit leisten, ganz aufgehen würden in der Sorge um materielle Existenzbedingungen; daß das nicht der Fall ist, wissen wir seit dem großen Weltkriege. Wir wissen seit dem August 1914, daß auch in der Großstadt Vaterlandsliebe, Opfermut und Entsagung zu finden ist — gerade in der Großstadt.

Aber schon vor dem Kriege gab es in der Großstadt etwas, was zu der starken Hoffnung berechtigte, daß die Großstadt fähig sein wird, aus dem Schein ein Sein zu machen. Das war und ist der Bildungsdrang, ja Bildungshunger zahlreicher Gruppen in allen Schichten der Bevölkerung. Man sammelt Kenntnisse, sucht das Wissen zu vertiefen, nicht weil die Mode es will, nicht um damit zu glänzen und zu blenden, sondern um ehrlich zu arbeiten an der eigenen Ausbildung, und das ist mit Freuden zu begrüßen. Die Hoffnung wenigstens bleibt bestehen, daß der große Humboldt recht behält, wenn er sagt: „Mit dem Wissen kommt das Denken und mit dem Denken die Kraft und der Ernst in die Menge." Mag auch immerhin der stets wachsende Strom der Volksbildung manches Ungesunde mit sich führen und manches Erhaltenswerte hinwegreißen, bei ernstem Wollen der Volkslehrer und Volksführer wird dieser Strom doch das Großstadtvolk geistig und sittlich einer besseren Zukunft entgegenführen.

Der Geograph Ratzel hat einmal die Worte gesprochen: „Solange es Großstädte gibt, sind sie im Übel und im Guten ihren Ländern vorausgeschritten." Mag sein, daß bis jetzt in unseren Großstädten das Übel überwog, die Hoffnung ist nicht unbegründet, daß sie dafür in Zukunft um so mehr im Guten unsere Führer sein werden.

Zweiter Abschnitt

Das Familienleben.

Der soziale Kampf in der Gegenwart ist aufzufassen als der Kampf zweier Parteien mit verschiedenartigen Waffen; auf der einen Seite stehen die Kapitalisten, ihre Waffe ist das Kapital; auf der anderen Seite die Masse der abhängigen Arbeiter, ihre Waffe ist die große Zahl und der gewaltige Einfluß, den diese große Zahl in einer Zeit prinzipieller, rechtlicher und politischer Gleichheit auszuüben vermag.

Nirgends nun treten sich die Parteien kampfbereiter gegenüber als in der modernen Großstadt, und nirgends ist der Kampf rücksichtsloser als gerade in der Großstadt. Rücksichtslos deshalb, weil in der Großstadt mehr als sonst der Sinn für das historisch Gewordene verlorengegangen ist; ein dadurch begünstigter konservativer Geist, der einen allzu ungestümen Fortschrittsdrang zügeln könnte, fehlt daher fast ganz. Nach manchen Richtungen hin, jedenfalls mehr als draußen auf dem Lande hat man dem Geist des Fortschritts in der Großstadt Rechnung getragen; nirgends mehr haben gerade die Arbeiter so schöne beachtenswerte Erfolge errungen als in der Großstadt, und doch ist die Unzufriedenheit nirgends größer.

Fragt man nach dem „Warum", so lassen sich der Gründe mehrere anführen, aber denkt man tiefer nach, so wird man als letztes die Bestätigung eines Wortes finden, das bereits im Jahre 1861 ein bedeutender französischer Staatsmann, Jules Simon, in einem Werke „l'ouvrière" (die Arbeiterin) ausgesprochen hat: „Unsere ganze wirtschaftliche Organisation leidet an einem entsetzlichen Fehler, welcher zugleich das Elend des Arbeiterstandes erzeugt und um jeden Preis überwunden werden muß, wenn er nicht zugrunde gehen will, und dieser ist die Zerstörung des Familienlebens."

Mit dem Worte „Familie" bezeichnet man zwei verschiedenartige persönliche Verbindungen: einmal nennen wir Familie die Gesamtheit der Personen, die sich durch das Band der Blutsverwandtschaft miteinander verknüpft fühlen, mögen sie nun räumlich nahe oder weit wohnen, dann aber bezeichnen wir mit Familie auch die Vereinigung der nächsten Familienangehörigen zu einem gemeinsamen Hausstande, und an die Familie im letztgenannten Sinne denke ich, wenn ich hier von dem Familienleben in der Großstadt spreche.

Um das Familienleben in der modernen Großstadt zu würdigen, ist es kaum notwendig, weit zurückzublättern in der

Geschichte, zumal das nicht sonderlich ersprießlich sein könnte, weil die Forschungen der Gegenwart über die Urgeschichte der Familie zwar mancherlei Tatsachenmaterial beigebracht haben, aber doch recht wenig gesicherte Wahrheiten über den Ausgangspunkt und Werdegang der Familie.

Wenn wir auch nicht die Einzelheiten in der Geschichte der Familie verfolgen können, so muß doch erwähnt werden, daß die Geschichte jedem, der guten Willens ist, immer wieder und wieder zuruft, daß die Familie das „Vestafeuer der Zivilisation" bedeutet, daß die „Zwingherrschaft des Hauses der älteste Adelsbrief der Menschheit ist".

Mit Recht hat man darauf hingewiesen, daß es Völker gegeben hat, die gewaltige Schlachten gewonnen und ruhmvolle Reiche gestürzt haben, aber daß sie Dauerndes erst zu leisten vermochten, als die wilden Reiter und Jäger aus dem Walde herauskamen, sich einen Herd erbauten und eine Familie gründeten. (Max Wolf.) Nur diejenigen Völker, die Ordnung und Zivilisation zu schaffen verstanden, konnten in der Weltgeschichte mehr als eine vorübergehende Rolle spielen.

Blicken wir um uns in Vergangenheit und Gegenwart, so werden wir vielleicht das schönste Bild einer Familie da finden, wo ein Hausstand drei, zuweilen vier Generationen umfaßte, wo Großvater, Vater, Sohn zusammen leben und wirtschaften, wo sie sich mit ihren Angehörigen um einen gemeinsamen Herd gruppieren. Noch heute haben wir derartige große Familien unter anderem bei den südslawischen Völkerschaften in den sogenannten Hauskommunionen. Da wird am Tage einträchtig miteinander gearbeitet für ein gemeinsames Ziel, und am Abend kommen die Familienangehörigen, Männer und Frauen, Greise und Kinder zusammen, um in gemeinsamen Liedern, in Erzählungen der Alten die Vergangenheit lebendig zu machen. Man hört, was die Vorfahren Großes geleistet, man bekommt Lust, ihnen nachzueifern, man empfindet es, was es heißt, „nationaler Geist", was es heißt „Vaterland" und „Familie".

Das moderne Wirtschaftsleben hat für eine derartige Familie keinen Platz mehr. Während eine Großfamilie zwanzig und mehr Mitglieder zählte und zählt, ergibt sich für die moderne Familie durchschnittlich eine Ziffer von vier oder fünf. Der Grund liegt zunächst darin, daß in der komplizierten modernen wirtschaftlichen Verfassung die Familie nicht wie in den primitiven Verhältnissen der Hauptort für die Gütererzeugung sein kann. Einst wurde das, was in der Familie verbraucht wurde, auch in der Familie selbst produziert, aber längst ist das Spinnen und Weben, das Kleidermachen, Schlachten usw. (wenigstens in den großstädtischen Familien) aus der

Familientätigkeit ausgeschaltet. Die Familie ist heute in der Hauptsache der Ort, wo die Güter verzehrt werden. Der Mann geht seiner Beschäftigung nach, die meist weit draußen von der Familie entfernt ist, und er befindet sich dabei während des Tages außerhalb des Gesichtskreises seiner Familienangehörigen. Und nicht nur der Mann muß außerhalb der Familie arbeiten, sogar die Frauen und Kinder werden von dem modernen Erwerbsleben hinausgelockt, oder zu einer nicht selten noch unheilvolleren „Heimarbeit" gezwungen; die zarten Hände sind heute manchmal besser zu gebrauchen als die gröbere Hand des Mannes; jedenfalls sind sie billiger, auch sind Frauen und Kinder zufriedener, weniger leicht geneigt, Forderungen zu stellen und dadurch die Kreise des Kapitals zu stören.

So erscheint denn die Familie des großstädtischen Arbeiters vielfach nur noch als ein ziemlich nebensächlicher Bestandteil der großen Fabriken oder der großen Geschäfte.

Daß nicht nur wirtschaftliche Tatsachen für den Verfall des modernen Familienlebens verantwortlich gemacht werden dürfen, wird dem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen. Es gibt auch tieferliegende sittliche Gründe dafür.

Im vorigen Abschnitte deutete ich an, daß die Selbstsucht, der Egoismus in der Großstadt einen besonders günstigen Boden für seine Entfaltung findet, und das hat auch für das Familienleben bedeutsame Konsequenzen. Max Nordau meint in seiner Schrift über „konventionelle Lügen der Kulturmenschheit": „Die Verkümmerung der Familie beginnt mit dem Überwiegen der Selbstsucht".

Man sucht durch allerlei schönklingende Phrasen das häßliche Wort „Selbstsucht" zu umkleiden, man wagt auch nicht die äußersten Konsequenzen aus dem Grundmotiv zu ziehen, bei den entscheidenden Fragen verbirgt man sich wenig tapfer hinter einem Ignoramus („wir wissen es nicht"). So meinte jüngst eine Sozialistin, Ida Häny-Lux, in einem Aufsatze über Beruf und Ehe: „Wir sind nicht imstande richtig abzuwägen, ob die Ehe mehr Fluch oder Segen für die Menschheit bedeutet".

Doch wir wissen es, daß nicht nur die Jahrtausende der Vergangenheit, sondern auch die Gegenwart mit aller wünschenswerten Deutlichkeit Zeugnis dafür ablegen, daß die Familie ein Segen für die Menschheit bedeutet; das ist eine Tatsache, die dadurch nicht illusorisch wird, daß es Schriftsteller gibt, die glauben, daß an die Stelle dessen, was wir heute Familie nennen, in einer späteren Zukunft etwas Besseres gesetzt werden könne: die Familie soll verschwinden zugunsten des Staates, der Gesellschaft, eine Reihe von öffentlichen Anstalten für die verschiedensten

Zwecke, sollen entschädigen für die verlorengegangene Familie; ein großes Wirtshausleben soll das Familienleben ersetzen. In dem berühmten Buche von Bebel über „die Frau" wird eingehend geschildert, wie dieser Führer der Sozialdemokratie sich den Ersatz des Familienlebens im Zukunftsstaate ausmalt: Kochen und Waschen, ebenso Kindererziehung liegen Anstalten ob, die die Gemeinschaft eingerichtet hat, und so hat die Frau Zeit, ihren Wünschen, Neigungen, Anlagen entsprechend, frei und unabhängig, beruflich tätig zu sein genau wie der Mann.

Ähnlich schildert Kautsky die Zukunft der Frau. Durch ihre Arbeit im genossenschaftlichen Großbetriebe werde die Frau dem Manne gleichgestellt, sie werde eine freie Genossin, befreit nicht nur von der Knechtschaft des Kapitals, sondern auch von der des Hauses.

Diese Vorstellung geht von Gedanken aus, die offenbar in Widerspruch stehen mit der Gestaltung des Familienlebens, dem die Familie ihre geschichtliche Bedeutung verdankt, die darauf beruht, daß *die Familie der harmonische Zusammenschluß zweier verschiedener Herrschaftsgebiete* ist:

„Der Mann muß *hinaus* ins feindliche Leben,
Muß wirken und streben und pflanzen und schaffen, erlisten, erraffen,
Muß wetten und wagen, das Glück zu erjagen,
Da strömt herbei die unendliche Gabe ...
Und *drinnen* waltet die züchtige Hausfrau,
Die Mutter der Kinder und herrschet weise
Im häuslichen Kreise."

Mann und Frau sind nun einmal verschiedenartig, männliche und weibliche Eigenart sind für sich gleich wichtig und gleich notwendig und insofern sind sie gleich, aber es gibt ein Feld der Arbeit, auf dem der Mann den Vortritt behalten und ein anderes, das die Domäne der Frau bleiben wird. Schiller deutet in den eben geschilderten Versen den Inhalt der beiden Wirkungskreise besser an als ich es vermag. Die Familie gibt dem Schaffen des Mannes „im feindlichen Leben" erhöhten Inhalt und stärksten Ansporn, sie veredelt zugleich die häuslichen Pflichten der Frau, dadurch schafft sie unendlich wertvolle Kräfte der Erhaltung am Rande des sozialen Vernichtungsstrudels der Großstadt.

Dem Hause mehr nehmen, als ihm jetzt schon genommen ist, das wäre kein Gewinn, sondern ein Verlust für die Frau, für die Familienangehörigen und vor allem ein großer Verlust für die Gesellschaft. Es ist so charakteristisch, daß man wieder mehr und

mehr dazu übergeht, auch die Waisenkinder aus den Anstalten herauszunehmen und sie den Familien zu überweisen, daß man wieder begreifen lernt, was es bedeutet, Krankenpflege im Hause trotz der glänzenden Krankenanstalten mit allen Fortschritten der Neuzeit.

Wäre das Ideal von Bebel und Kautsky erreicht, so würde damit, wie Schmoller ganz richtig sagt, die menschliche Gesellschaft sich verwandeln in eine Summe genußsüchtiger, egoistischer Vagabunden, deren Nervenunruhe und Überreizung die Mehrzahl zu Kandidaten von Irrenhäusern machen würde.

Möglich ist es, aber auch das ist nicht einmal gewiß, daß man, wenn im großen gekocht und gefeuert wird, alles billiger machen kann, aber dieser bescheidene materielle Gewinn würde zu teuer erkauft werden müssen mit idealem Verlust.

Es wäre irrig, wenn man annehmen wollte, daß alle Sozialisten die Vernichtung des Familienlebens predigten, also in dem Gedanken lebten, daß die Familie eine vorübergehende Erscheinung sein müßte. Edmund Fischer äußerte sich im Jahre 1905 in den Sozialistischen Monatsheften in folgender verständiger Weise:

„Im allgemeinen sehen wir mehr und mehr, daß der der Herdennatur entrückte Mensch den kasernenmäßigen Wohnungen wieder zu entfliehen sucht, um, wenn er es nur einigermaßen machen kann, in einem kleinen Hause, einer Villa, am liebsten allein mit seiner Familie zu wohnen, auch wenn er dadurch auf Kalt- und Heißwasserleitung, Gas und elektrisches Licht und andere Bequemlichkeiten verzichten muß. Und auch Sozialisten und emanzipierte Sozialistinnen geben von dem natürlichen, menschlichen Drange und Bedürfnis Zeugnis ab: ein ungeniertes ungestörtes Nestchen mit seinen Lieben, Gatten und Kindern, zu bewohnen, allen Wirtschaftsgenossenschaften, Dampfküchen und Kinderpflegeanstalten zum Trotz, ganz spießbürgerlich, philisterhaft, kleinbürgerlich zu leben: Mann und Weib umringt von Kindern . . ."

Im einzelnen scheinen mir verschiedene Gedankenreihen für die große soziale Bedeutung der Familie speziell in der Großstadt geltend gemacht werden zu können.

1. Die Großstadt ist infolge des unaufhörlichen Zusammenströmens von Menschen und von Ideen aus aller Herren Länder besonders geeignet, dem Kosmopolitismus Vorschub zu leisten, ein sogenanntes Weltbürgertum heranzuziehen, das dem Satze huldigt ubi bene, ibi patria (da, wo es mir am besten gefällt, ist mein Vaterland). Das hat gewiß wirtschaftlich, zunächst vielleicht auch kulturellen Vorteil, aber ein großer Nachteil dieser Gedankenrichtung besteht darin, daß in dem Getriebe der Alltagssorgen häufig alle Ehr-

furcht schwindet vor dem, was den Vätern heilig war, und das kann man nicht ausgleichen durch eine Überfülle von Gesetzesparagraphen. Noch so gute Gesetzesparagraphen bedeuten für die Volkswohlfahrt viel weniger als die Sitte, die sich im Volke herausgebildet hat. Die „Sitte tut mehr wie das Gesetz", Heimat und Schule der guten Sitte ist aber die Familie; daher ist der Schluß durchaus berechtigt: „Die Ordnung in der Familie ist die Ordnung in der Gesellschaft, die Unordnung in der Familie die Unordnung in der Gesellschaft."

2. Mehr als anderswo scheint in der Großstadt der einzelne nur ein Rädchen zu sein in einem großen wirtschaftlichen Mechanismus. Die Eigenart des einzelnen kommt nicht zur Geltung, der Massenwille dominiert, ebenso wie die Massenproduktion, die Massenkonsumtion. Gewiß, den dumpfen Massenschritt der Arbeiterbataillone, von dem schon Lassalle spricht, kann man nirgendswo in so imponierender Weise sehen wie in der Großstadt, und es ist möglich, daß mancher in der Großstadt geradezu eine „Liebe zur Masse" (Sombart) empfindet, aber der Mensch bleibt Individuum, er bleibt Einzelwesen mit eigenartigen Empfindungen, mit eigenartigen Bedürfnissen. Auch der Großstadtmensch — vielleicht der Großstadtmensch mehr wie irgendein anderer — hat das Verlangen, daß seiner Persönlichkeit Rechnung getragen werde, das geschieht am besten im Kreise der Familie, wo alle für einen und einer für alle lebt und wirkt. Das scheint selbst ein Kautsky zuzugeben, der gelegentlich einmal ausführt, daß sich „nirgendswo die Persönlichkeit so voll ausleben könne, ohne jede Zerstörung durch feindlichen oder mindestens beengenden Willen anderer als in einem eigenen Heime, was sie frei schmücken und ausgestalten könne, in dem sie frei leben könne, ihren Lieben, ihren Freuden ..." Die Familie ist so das beste Mittel gegen die trostlose Öde der Gleichmacherei, die für unsere wirtschaftliche, soziale, ethische Kultur so außerordentlich große Gefahren in sich schließt.

3. Die Familie bringt als Hausgemeinschaft Ordnung in die Konsumtion, in die Güterverzehrung. Sie sorgt für eine geregelte Ernährung des Menschen und damit für Stärkung der körperlichen Kraft. Etwas länger müssen wir bei dieser Argumentation verweilen.

Es kann kein Zweifel sein, daß nicht nur der Gesamterfolg der nationalen Arbeit im letzten Menschenalter enorm gewachsen ist, ebenso sicher ist glücklicherweise, daß ein immer größerer Anteil dieses Erfolges den breiten Massen der arbeitenden Schichten zugute gekommen ist. Auch von den Führern der Sozialdemokratie wird heute anerkannt, daß die Theorie von der zunehmen-

den Verelendung der Massen nicht aufrechtzuerhalten ist. Insbesondere hat heute der großstädtische Arbeiter im großen und ganzen doch ein Einkommen, mit dem sich ein Auskommen finden lassen müßte.

Man hat einige Jahre vor dem Krieg seitens einiger statistischer Ämter Erhebungen angestellt über Haushaltungseinnahmen und Ausgaben, sowie über Haushaltungsinventarien großstädtischer Arbeiter, das Material erlaubt uns wohl einen Einblick in die großstädtische Familie als Konsumtionsgemeinschaft zu tun.

In Dresden wurden 87 Arbeiterhaushaltungen untersucht, zwei Drittel waren Haushaltungen von gelernten und ein Drittel von ungelernten Arbeitern. Das durchschnittliche Einkommen der Familie schwankte zwischen 800 bis 900 und etwa 2000 Mark, der Durchschnitt betrug rund 1200 Mark. Diese Dresdner Erhebungen sind besonders interessant, weil sie Angaben enthalten über die im Haushalte nötigen Gegenstände: Kleidungsstücke usw., über das, was das innere Haus gemütlich zu machen in der Lage ist. Da hören wir nun, daß in 29 Haushalten mehr Lagerstätten als Personen vorhanden sind, während in 21 Familien, also beim vierten Teil, zu wenig Schlafgelegenheiten vorhanden waren. Ein Sofa, das häufig als Schlafstätte benutzt wird, fehlt nur in 10 Haushaltungen, während 14 davon 2 besitzen, ein Küchenschrank fehlt in 5, ein Kleiderschrank in 3, eine Kommode in einer, ein Wandspiegel in 8, eine Wanduhr in einem Haushalt. Erfreulich viele Familien — 62 — erfreuten sich des Besitzes einer Nähmaschine. In 86 von den 87 Dresdner Familien wurde Gaslicht gebraucht. Sehr verschieden war die Zahl der vorhandenen Anzüge; sie schwankte zwischen einem Arbeitsanzug und 3 bis 5 Ausgangsanzügen, im Durchschnitt kamen auf den Arbeiter 2 Ausgangs- und 1 bis 2 Arbeitsanzüge. Noch reichlicher sind die Frauen mit Kleidungsstücken versehen: auf jede Frau kamen 2 bis 3 Ausgangs- und 2 Arbeitskleider, ein Mann verfügte durchschnittlich über 2, die Frau über 3 Paar Schuhe. Auf einen Mann kamen durchschnittlich 7, auf eine Frau 11 Hemden. Eine Taschenuhr fehlte in 4 Familien. 12 Haushaltungen verfügten über Fahrräder, 11 über Musikinstrumente, 71 Familien besaßen Bücher. Unter den Büchern waren am zahlreichsten vertreten die politisch-wirtschaftlichen. In 63 Haushaltungen waren politische Schriften, aber religiöse Schriften irgendwelcher Art waren auffallenderweise in keiner Familie vorhanden.

Wie die Dresdner Erhebungen uns Aufschluß geben über das Inventar der großstädtischen Arbeiterhaushaltungen, so erfahren wir aus einer Berliner Untersuchung einiges Interessante über Art der Ausgaben: 908 Berliner Arbeiterhaus-

haltungen lieferten das Material. Die Einnahmen der Familien einschließlich Nebeneinnahmen beliefen sich auf 1200 bis 1800 Mark. Von je 1000 Mark wurden von diesen Familien durchschnittlich ausgegeben: 803 Mark für die existenznotwendigen Ausgaben, also für Miete, Heizung, Beleuchtung, Kleidung, Nahrung, einschließlich Essen im Wirtshaus, Benutzung der Straßenbahn usw., 34 Mark von 1000 Mark für gesetzliche Ausgaben an Versicherungsgebühren, Steuern, Schullasten usw., 25 Mark an freiwilligen Beiträgen, teils Privatversicherung, teils Ausgaben an Vereinsbeiträgen; 33 Mark für außerordentliche Ausgaben: Arzt, Medizin, Möbel, Umzugskosten, Abstoßung und Verringerung der Schuld. Immerhin konnten nicht weniger als 96 Mark, also das Dreifache der außerordentlichen Ausgaben einschließlich der Ausgaben für Arzt, Medizin usw., ausgegeben werden für die Erholung der verschiedenen Arbeiterfamilien. Weitaus die meisten von diesen Ausgaben entfielen auf das Trinken im Wirtshaus. Das Reichsarbeitsblatt, dem ich diese Zahlen entnehme, bemerkt dazu, daß in sämtlichen Haushaltungen der Verbrauch an geistigen Getränken bei den Ausgaben für Vergnügungen und Erholungen eine hervorragende Rolle spiele. Die höchsten Anteile mit 49,4 pro Mille entfielen auf Haushaltungen mit nur 2 Personen, die niedrigsten relativen Ausgaben mit 17 pro Mille auf Haushaltungen von 9 Personen. Die Gesamtausgaben der 881 Haushaltungen an Spirituosen betrugen 36 200 Mark in einem Jahre.

Wenn die großstädtischen Arbeiter, wie auch aus anderen Untersuchungen bekannt ist, vor dem Kriege 10 Prozent ihres Einkommens für Vergnügungs- und Erholungszwecke ausgeben können, so ist das an und für sich ein hocherfreulicher Beweis dafür, daß das Einkommen doch nicht ganz so karg bemessen war. Sehr bedauerlich ist nur, daß diese Erholung in so großem Umfange im Wirtshause gesucht wird.

Man darf wohl als feststehende Tatsache betrachten, daß *der Güterverzehr namentlich in den großstädtischen Arbeiterfamilien nicht in dem Maße geordnet ist, wie es wünschenswert wäre.* Das liegt nicht daran, daß das Einkommen zu niedrig ist, sondern das ist zum größten Teil die Folge davon, daß man nicht gelernt hat, auszukommen. Nun wäre es unrecht, wenn man sich über die Tragweite dieser Tatsache hinwegsetzen wollte mit Anklagen gegen die Frau, die nicht haushalten könne, oder gegen die Männer, die das Wirtshausleben dem Familienleben vorzögen. Das sind nicht selten nur Folgen tieferliegender Ursachen.

Eine dieser Ursachen ist die Fabrikarbeit zahlreicher Frauen und Mädchen. In der Fabrik verlieren naturgemäß die zu-

künftigen Hausfrauen die Liebe und Lust zu einem geregelten Haushalte, sie lernen nicht kochen, waschen, nähen, und wenn sie heiraten, sind sie gezwungen, weil die Einnahmen in keinem Verhältnis zu den Ausgaben stehen, neuen Erwerb zu suchen, sie werden zur Fabrik zurückgedrängt. Ich kann es mir nicht versagen, hier nochmals eine Stelle aus dem Buche Simons über „Die Arbeiterin" zu zitieren, wo er schildert, wie das Familienleben aussieht, wenn Mann und Frau gleichzeitig draußen beschäftigt sind: Wenn dann um 7 Uhr abends Vater, Mutter und Kinder sich in dem einzigen Zimmer, welches sie haben, zusammenfinden, der Vater und die Mutter ermüdet von der Arbeit, und die Kinder hungrig und erstarrt, dann ist nichts bereitet. Die Stube stand leer den ganzen Tag, niemand war da, um für die notwendigsten Bedürfnisse und für Sauberkeit zu sorgen. Kein Feuer auf dem Herde, die Mutter sehnt sich nach Ruhe, es fehlt ihr die Kraft, noch Nahrungsmittel zu bereiten; ihre eigenen, wie die Kleider ihres Mannes und ihrer Kinder sind zerlumpt: da haben wir das traurige Bild einer Familie, wie unsere Fabriken es vielfach schufen ...

Jahrzehnte sind mittlerweile vergangen, im Jahre 1861 wurden diese Worte geschrieben, Jahrzehnte eines unerhörten glänzenden Fortschritts und noch mehr Jahrzehnte, die wir als eine „soziale Zeit" zu bezeichnen gewohnt sind. Ein soziales Gesetz haben wir nach dem andern erhalten. Und doch ist es zweifelhaft, ob Jules Simon heute über das Leben der großstädtischen Arbeiterfrau im sozialen Musterlande anders urteilen würde, wie er es vor Jahrzehnten in seiner Heimat getan hat. Von Berlepsch hat vor einigen Jahren in den Schriften der Gesellschaft für soziale Reform die Frage zu beantworten versucht: Warum betreiben wir Sozialreform? Und dabei schildert er das Leben einer Lohnarbeiterfrau erschreckend ähnlich, wie der Verfasser des Buches „Die Arbeiterin" es im Jahre 1861 getan hat. Zusammenfassend glaubt Berlepsch sich so ausdrücken zu können:

Von früh 5 bis abends 10, 17 Stunden also, lebt die arbeitende Frau in angestrengtester Tätigkeit ohne einige Zeit zur Ruhe, mit Ausnahme etwa der beiden Viertelstunden, mit denen die Vor- und Nachmittagsarbeit in der Fabrik zur Einnahme des Frühstücks und Vespers unterbrochen wird, während deren die Sorge um den Haushalt, um Mann und Kind sie nicht erreichen und in Anspruch nehmen kann. Kaum Zeit, um die Kinder einige Minuten auf den Schoß zu nehmen, kaum Zeit, um den warmen Strom der Mutterliebe in die kleinen Herzen fließen zu lassen, sie zu erwärmen, sie zu bewahren vor dem Bösen, noch viel weniger Zeit, mit dem Manne ihre Gedanken auch nur kurze Minuten hindurch zu erheben über die Plagen des alltäglichen

Lebens hinaus, den Fragen zu, deren richtige Beantwortung entscheidend ist für den sittlichen Wert oder Unwert des Menschen!

Wer möchte unter diesen Umständen die Frau anklagen, daß sie nicht hauszuhalten versteht und den Mann, daß er im Wirtshaus Erholung sucht?"*

Noch ein ganz anderer Grund läßt sich dafür anführen, daß die Großstadtfamilien trotz genügenden Einkommens ihr Auskommen nicht finden: der männliche Arbeiter verdient heute in den Jahren unmittelbar vor der Verheiratung den höchsten Lohn, den er überhaupt in seinem Leben in der Regel erhält. Anfangs der zwanziger Jahre sind die Löhne am höchsten. Und ähnlich ist es bei den Arbeiterinnen in ihren jungen Jahren. Auch als Dienstboten haben sie verhältnismäßig recht gute Einnahmen. Gespart wird selten etwas in der Großstadt. Die Verlockungen sind zu groß; dann kommt die Heirat, die Familie wird größer, und nun schmerzt es, sich von dem abzugewöhnen, was man sich in den jungen Jahren geleistet hat. Die Not pocht an die Tür, die Frau ist gezwungen, dem Erwerb wieder nachzugehen, und selbst die Kinder müssen mit verdienen, man ist auf diesen Erwerb angewiesen. Die jungen Burschen und Mädchen fühlen, daß man sie nötig hat, sie wissen ihre Bedingungen zu stellen, und die Eltern ducken sich schon, weil sie fürchten, daß ihr Herr Sohn oder die Fräulein Tochter das Geld einem andern zu verdienen geben.

4. Diese Bemerkungen führen mich zu einem vierten Grunde für die politische und soziale Bedeutung der Familie. *Die Familie ist der natürliche und weitaus wichtigste Mittelpunkt für die Jugenderziehung und Menschenerziehung überhaupt.* Wie nötig ist in der Großstadt gerade dieser Mittelpunkt für die Erziehung! Die Schule kann nur einen bescheidenen Teil der Erziehungsaufgaben lösen, und dieser bescheidene Teil ist in der Großstadt vielfach gefährdet auf dem Wege, den die Kinder von der Schule nach Hause machen müssen. Auf dem Lande und in den kleinen Städten gibt es für die Jugenderziehung eine nicht unbedeutsame Kontrolle, die der einzelne Einwohner ausüben kann, wenn auch vielleicht unbewußt. Diese Kontrolle fehlt in der Großstadt. Keiner kümmert sich um den andern, und die armen kleinen Kinder sind den Verführungen der Großstadt fast schutzlos preisgegeben.

Es gibt in Berlin eine Zentralstelle für jugendliche Für-

* Der Pädagoge J. Tews stellte fest, daß von 1514 Kindern in 32 Gemeindeschulklassen selbst abends nur 658 mit dem Vater zusammen speisen! Vgl. Sozialistische Monatshefte 1907. 2. Band. S. 809.

sorge, die sich besonders der von den Eltern verwahrlosten Kinder annimmt. Natürlich kommt dieser Zentralstelle immer nur ein kleiner Teil der vorkommenden Fälle zu Gesicht. Immerhin wurde die Berliner Zentralstelle 1905/6 400mal in Anspruch genommen. In 59 Fällen war Lasterhaftigkeit der Eltern Grund der Vernachlässigung, 15 mal die Trunksucht, 30 mal die Unsittlichkeit. In einem Falle fand die Recherchentin ein sechsjähriges Mädchen mit zusammengebundenen Händen auf zwei harten Stühlen, die ihm als Nachtlager dienten. Sie stellte fest, daß die Mutter des Kindes es häufig in unbarmherziger Weise schlug, auf dem Leibe hatte es lange Striemen und dunkelblaue Flecken, das Kind war völlig abgezehrt und machte geistig den Eindruck völligen Stumpfsinns; erschöpft wurde es der Fürsorge übergeben, wo es fern von der grausamen Mutter prächtig gedeiht.

Schon in meiner ersten Abhandlung erinnerte ich daran, daß die moderne Großstadt manche Vergleichspunkte abgebe mit dem alten Rom. Im Beginne der christlichen Zeit lebte ein römischer Philosoph namens Philo; er erzählt, daß die Eltern häufig zu Mördern ihrer Kinder wurden; man warf die Neugeborenen ins Wasser, nachdem man die Körper mit Steinen beschwert hatte, damit sie schnell untergingen. Damals wie heute hatte der Kampf der Leidenschaft das Gefühl, ja selbst das Muttergefühl, erstickt.

Aber es mag doch im ganzen nur eine Ausnahme sein, wenn Lasterhaftigkeit und Gefühllosigkeit der Eltern schuld sind an der Verwahrlosung der Kinder. Die Frauen in den untersten Schichten wissen in der Regel doch recht wohl, was es heißt „Mutterliebe". Nun denke man sich, was es für das Muttergefühl und die Kindererziehung bedeutet, wenn die Mutter des Kindes wenige Wochen nach der Geburt ihren Liebling verlassen und für Erwerb sorgen muß, wenn sie das Kind einer gutmütigen Nachbarin überlassen muß. Rousseau hat fein beobachtet, daß die Gefühle der Blutsverwandtschaft zwischen Mutter und Kind, wo sie nicht durch Umgang befestigt werden, in den ersten Lebensjahren aus dem kindlichen Empfinden schwinden, und daß das Herz abstirbt, ehe es noch geboren ist, Mutter und Kind verlieren sich. Das ist eine Gefahr, die droht, ehe das Kind erzogen werden kann.*

---

* Dorothee Goebeler erzählt in einem Aufsatz über „Berliner Familienleben": „Das moderne Berliner Kind hat selten ein Vaterhaus — es kommt vielleicht in irgendeiner Klinik zur Welt, in welchen Mietswohnungen es seine Jugendträume träumte, weiß es nachher selbst nicht mehr. Von der Tradition seiner Familie erfährt es nichts. Von den Verwandten — will man gewöhnlich ‚am liebsten nichts wissen'. — Gräber hat man wohl auf den Kirchhöfen, aber man besucht sie nicht; ‚es ist ja so weit nach dem Kirchhof'." Groß-Berliner Kalender, 1914, S. 96.

Halten wir nun einmal Umschau nach den Gefahren, die dem heranwachsenden Kinde drohen. Nur auf Zweierlei will ich hinweisen: zunächst auf den moralischen Schmutz in der Großstadt. Ein jüngst verstorbener Schriftsteller — von Leixner — hat mit Recht darauf hingewiesen, daß ein solcher moralischer Schmutz gerade bei dem deutschen Volke sehr viel Schaden angerichtet. Die Schlüpfrigkeit, so führt er aus, schade dem Franzosen sehr wenig, er sei durch den esprit gaule fast unempfindlich dagegen gemacht. Dagegen nähmen die Deutschen alle diese Dinge viel zu ernst, „die Einbildungskraft des deutschen Volkes ist viel weniger beweglich, es kann Gebilde der Phantasie viel weniger als der Franzose nur mit der Phantasie als Spiel betrachten, das kurze Zeit unterhält, aber bald vergessen ist; bei uns geht es tiefer und weckt auch Gedanken und Willen."

Das sind Worte, die ganz besonders gelten für unsere Jugend. Daß da etwas geschehen muß, daß da ein Krebsschaden verborgen liegt, ist für jeden Volksfreund offenkundig. Das Gesetz allein wird hier nichts zuwege bringen, es wird ankommen auf eine individuelle Arbeit, zu der Männer und Frauen aller Berufsarten, ohne Rücksicht auf kirchliche und politische Grenzen sich zusammenfinden müssen zum gemeinsamen Vorgehen; es wird insbesondere darauf ankommen, daß die großstädtische Familie in allen Ständen und Schichten der Bevölkerung wieder eine Pflanzstätte guter Sitten, ein mit Ehrfurcht gehüteter Schutzort für die Reinheit der Kindesseele wird.

Eine zweite große soziale Gefahr für das Kindesleben ist mit der Erwerbsarbeit der Kinder gegeben. Kinderarbeit gibt es in größerem Umfange in der Großstadt, so mancherlei Gelegenheit ist dafür da. Was Kinderarbeit bedeutet, darüber sind sich alle klar. Körperlich kann die Kinderarbeit sehr schwere Schädigungen nach sich ziehen. Die Lehrer klagen über Unaufmerksamkeit, Unfähigkeit der erwerbstätigen Kinder, und nach außen hin wirkt kaum etwas so aufreizend wie der Anblick der Kinderarbeit.

Wie eng Kinderarbeit und Verbrechen zusammenhängen, darüber einige Zahlen: in der Strafanstalt Plötzensee waren 1902 236 Knaben und 93 Mädchen; davon waren 161 Knaben d. i. 68 Prozent aller Knaben und 76 Mädchen d. i. 81 Prozent aller Mädchen im schulpflichtigen Alter erwerblich tätig gewesen wie z. B. beim Kegelaufsetzen, für Botengänge usw.

Man hat in den letzten Jahren in immer weiteren Kreisen eingesehen, wie wichtig die Fürsorge für die armen Kinder ist, denen das Glück einer häuslichen Zucht und Erziehung versagt ist. Im März 1907 trat in Wien ein besonderer Kinderschutz-

kongreß zusammen. 2000 Mitglieder hatten sich zu dem Kongreß angemeldet. In der Begrüßungsansprache des Justizministers Klein heißt es: „Es gibt für den Staat keinen höheren Lebenswert als seine Jugend; denn Staat und Volksleben arbeiten für die Zukunft, ihre Gegenwart ist immer nur Vorbereitung eines Werdenden und Ersehnten und soll es sein; deshalb — des Ganzen, der Gesellschaft und ihrer Bestimmung halber — dürfen wir die Jugend nicht sinken lassen."

Aber vergebens werden wir da die entscheidende Hilfe von den Gesetzesparagraphen erwarten dürfen. Nicht die Gesetze sind Träger der Sitte und Ordnung, sondern die Sitten sind die unentbehrlichen Stützen der Gesetze. Die nützlichsten Gesetze sind unnütz, wenn sich nicht der Geist, den sie in Worten zu fassen versuchen, dem Volke mitteilt. Dazu muß insbesondere die Jugend erzogen werden. Nirgends aber wird sich diese Erziehung besser entfalten als innerhalb eines sittlich gesunden Familienlebens. Da lernt man Achtung vor der Autorität, da empfindet man, daß der Mensch nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten hat, da fühlt man, daß es neben dem widerwilligen Gehorsam einen vertrauenden Gehorsam gibt, der nicht Erbitterung, sondern innere Zufriedenheit in der Seele zurückläßt.

Wie wir das Problem auffassen mögen, nach allen Seiten kommen wir zur Schlußfolgerung: „Zurück zur Familie!"

Aber dieses „Zurück zur Familie" schließt zugleich die Forderungen in sich „Heraus die Frau aus der Fabrik", Beseitigung der argen Schäden der Heimarbeit, völlige Beseitigung der Kinderarbeit, bessere Entlohnung der Frauenarbeit — wirtschaftliche Forderungen, die ich für die dringendsten und notwendigsten der Zeit halte; leider ist die Aussicht, daß sie mit der nötigen Tatkraft auch nur so weit gelöst werden, als sie nach den Zeitverhältnissen gelöst werden können, nur sehr gering; es handelt sich ja in erster Linie um Frauen und Kinder, ihnen stehen nicht die gewaltigen Kräfte der Organisation zur Verfügung, sie können nicht mit dem Stimmzettel in der Hand Propaganda machen für Beseitigung ihrer Not und ihres Elends, unser „soziales Gewissen" ist ja — oder war doch vor dem Kriege — zu 90 Prozent nichts anderes als Furcht vor dem Unwillen der Herren Wähler. Ich scheue mich nicht, daraus die nötige Folgerung zu ziehen: Den Frauen muß in irgendeiner Form Anteilnahme an der Gestaltung unserer parlamentarischen Vertretungen gegeben werden, mögen auch starke Gründe dafür sprechen, daß dies Ziel in zweckmäßiger Weise nicht ruckhaft von heute auf morgen, sondern schrittweise im Einklang mit einer Erziehungsaufgabe zu erstreben ist, die für die ganz große Mehrzahl unserer Frauen noch ungelöst ist.

Aber was nach all diesen Richtungen hin die Zukunft auch bringen mag, sie wird nie wieder Vergangenheit werden, wir haben fortan stets und wahrscheinlich in steigendem Maße für unsere soziale und wirtschaftliche Existenz Frauenerwerbsarbeit außer dem Hause notwendig, müssen daher schon aus diesem Grunde stets mit einer starken Gefährdung des Familienlebens rechnen.

Man muß sich wenigstens bemühen, das Wrack der großstädtischen Familie durch Stützen, An- und Nebenbauten widerstandsfähiger zu machen.

Dazu rechne ich in erster Linie eine öffentliche Fürsorgeerziehung, wie sie im Deutschen Reiche durch das Gesetz vom 2. Juli 1900 angebahnt wurde. Das Gesetz will nicht bestrafen, sondern erziehen helfen, nach den Motiven sollte vorbeugend durch erzieherische Maßnahmen dahin gewirkt werden, daß die sittlich gefährdeten Minderjährigen nicht zur Plage, sondern zum Nutzen der Gesellschaft heranwachsen. Trotz aller Klagen über dieses Gesetz muß doch betont werden, daß es eine durchaus geeignete Handhabe für die Fürsorgeerziehung Minderjähriger ist,* namentlich in der Fassung der Novelle vom 7. Juli 1915, die ein *frühzeitiges* Einschreiten auch im Interesse zwar noch unverdorbener, aber durch sie umgebende Verhältnisse gefährdeter Kinder ermöglicht.

Bis zum 31. März 1913 waren über 90 000 Minderjährige der Fürsorgeerziehung überwiesen worden. Von dem zu diesem Termin nachgewiesenen Bestande — 53 778 Jugendlichen — war mehr als 50 vom Hundert in Familienpflege untergebracht, die nach allgemeinem Urteil die beste Art der Ersatzerziehung ist — leider sind nicht wenige namentlich der aus der Großstadt überwiesenen Jugendlichen dermaßen verdorben, daß für sie eine Anstaltserziehung unumgänglich ist. Wie denn überhaupt immer wieder darüber geklagt wird, daß sehr viele Minderjährige erst dann der Fürsorgeerziehung überwiesen werden, wenn sie bereits vollständig verwahrlost sind. Hauptgrund dafür wird wohl sein — abgesehen von der schon berührten Lücke im Gesetz von 1915 —, daß besonders in den Großstädten die sittliche Verderbnis der Kinder und jugendlichen Personen sich unbeobachtet entwickeln kann, bis irgendein „großes Ereignis" sie offenbar macht.

Daß die Schule in der Großstadt für die Erziehung der Jugendlichen nicht so viel leisten kann wie in den kleinen Städten

---

* Vgl. Statistik über die Erfolge der Fürsorgeerziehung bei den in der Zeit vom 1. April 1904 bis 31. März 1909 aus der Fürsorgeerziehung ausgeschiedenen Personen. Bearbeitet im Preußischen Ministerium des Innern. 1911.

und auf dem Lande, darf nicht wundernehmen, ihr fehlt ja häufig so gut wie jede Fühlung mit dem Familienleben ihrer Zöglinge. Um das Verhältnis zwischen Schule und Haus zu bessern, hat man neuerdings in manchen Großstädten *Schulhelferinnen* als *berufsmäßige* Vermittlerinnen zwischen Elternhaus und Schule. Ihre Aufgabe soll es sein, im Einvernehmen mit der Lehrerschaft für bedürftige, kranke, vernachlässigte, verwahrloste und minderbegabte Schulkinder unter Inanspruchnahme der berufenen Stellen der öffentlichen und privaten Wohlfahrtseinrichtungen zu sorgen. Persönliche Besuche in den Familien ihrer Schützlinge werden den Schulhelferinnen zur Pflicht gemacht.

Vielleicht noch wichtiger als die Fürsorge, die man den Jugendlichen angedeihen läßt, ist die Hilfe, die man den großstädtischen Frauen bringt; — hilft man materiell und ideell den Frauen, so sorgt man ja dadurch auch am besten für ihre Kinder — und da ist das beste Hilfsmittel: „*Organisation der Frauen!*“ Diese Organisation ist nötig zur wirtschaftlichen Selbsthilfe, als Grundlage für die so überaus wichtige Erziehungsarbeit an der Frau und für die Frau, als Mittel, um die Öffentlichkeit immer von neuem daran zu erinnern, daß heute die arbeitende Frau noch mehr als der männliche Proletarier im Mittelpunkte des sozialen Interesses stehen muß.

Inmitten des großstädtischen Egoismus hat die Frau von dem Altruismus des Mannes wenig zu hoffen, aber sie kann wenigstens von den Männern lernen, wie man sich selbst helfen kann und soll. Es liegt in der Natur der Frau und im Wesen ihres sozialen Berufes begründet, daß die weibliche Selbsthilfe weniger fest organisiert und weniger leistungsfähig ist als die des Mannes. Auch die junge Fabrikarbeiterin erhofft ebenso wie der Backfisch der oberen Stände, daß ihr späteres Lebensschicksal von einem Manne getragen wird, der ihr alle wirtschaftlichen Sorgen abnimmt oder doch erleichtert. Was Wunder, daß sie der Organisation wenig Interesse und Opfermut entgegenbringt!* Und die verheiratete Frau vollends hat neben der Außenarbeit noch so viele Innenarbeit in ihrem Heim zu leisten, daß sie nicht daran denken kann, Versammlungen zu besuchen, zu agitieren und zu organisieren.

Es ist unsagbar traurig, daß teils die Hoffnung, teils die Pflicht der Frau, ihre schönste und edelste Kraft einer Familie

---

* Im Jahr 1913 kamen auf 1000 gewerblich beschäftigte Arbeiterinnen nur 67 organisierte Arbeiterinnen, dagegen waren unter 1000 beschäftigten Männern 281 organisiert; trotz starker Zunahme der Frauenarbeit ging während des Krieges bis Ende 1916 die Zahl der organisierten Frauen stark — um mehr als 20 Prozent zurück.

und damit der ganzen Gesellschaft zu widmen, ihre Energie und ihre Fähigkeiten im harten Gegenwartskampfe lähmt. Diese Zwitterstellung ist es, die die arbeitende Frau gerade in der Großstadt zu einem so bedauernswerten Geschöpfe macht. Aber die Hoffnung steht auch hier neben der Sorge: Die Großstadt bringt mehr als die Kleinstadt und das Land die geistige Kraft und den Führerwillen auch unter den Frauen empor, die sie brauchen, um durch Organisation aufwärts zu gelangen. Dazu kommt die weitere nicht unbegründete Hoffnung, daß auch die Hauswirtschaft aus dem fortgeschrittenen Können und Kennen unserer Zeit endlich größeren Vorteil zieht. Wenn er ihr bisher versagt war, so nicht zuletzt deshalb, weil man in der neuen Zeit der Erwerbsarbeit der Frau außer dem Hause weit mehr Aufmerksamkeit zuwandte als den neuen Möglichkeiten der hauswirtschaftlichen Tätigkeit der Frau im eigenen Heim.

* * *

Das alles schrieb ich in der Hauptsache vor fast zehn Jahren nieder. Nun, da ich es wieder durchlese, brauche ich gerade an diesem Abschnitte nur wenig zu ändern. Der Krieg hat noch einmal in hellster Beleuchtung die unendlich große Bedeutung der Familie dargetan. Er hat gezeigt, wie eng Vaterlandsliebe und Liebe zum eigenen Heim, zur eigenen Familie miteinander verknüpft sind, welch große Gefahr der Jugenderziehung droht, wenn der Familienverband sich gelockert hat, ein wie klägliches Surrogat die Massenspeisungen für die Organisation im Rahmen der Familie sind, was diese Familie rein wirtschaftlich, die Kapitalbildung fördernd und erhaltend, zu leisten vermag, wie wichtig sie ist als Generationsorgan.

Aber der Krieg hat zugleich auch mit rücksichtsloser Tatkraft in das Schicksal der Frauen eingegriffen — von dem hier vertretenen Standpunkte aus betrachtet mit teils günstigen, teils ungünstigen Folgen. Es ist für eine ideale Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau, für eine ideale Arbeitsgemeinschaft im Familienleben nicht förderlich, daß der Krieg in einem bisher ungeahnten Maße die Frau in das Erwerbsleben eingespannt hat, sofern damit Herausnahme der Frau aus ihrem häuslichen Pflichtenkreise verbunden ist. Aber der Krieg hat doch auch — und das scheint mir auf die Dauer das Wichtigere zu sein — endlich durch die Macht der Tatsachen „d e r" Tüchtigen die Bahn frei gemacht. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß es sowohl ein sozialer wie volkswirtschaftlicher Fortschritt ist, wenn die besondere Fähigkeit der Frau ebenso wie die des Mannes so zweckmäßig wie nur möglich ausgenützt wird. Die Frau, die sich fähig gezeigt hat,

Präzisions- und Mechanikerarbeiten zu erledigen, darf fürderhin nicht mehr für Handlangerarbeiten gebraucht werden; die kaufmännische Angestellte, die hervorragendes Dispositionstalent bekunden sollte, wird auf einen entsprechenden Posten zu stellen und nicht bloß als Kopistin zu verwerten sein. Bessere Ausbildung, bessere Berufsberatung kann dieses „Freie Bahn der Tüchtigen" unterstützen, wobei zugleich zum Schutze der männlichen Arbeit gegen Lohndruck an die im Kerne berechtigte Forderung: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung" gedacht werden muß. Aus der so veränderten Sachlage ergibt sich für die Frau zunächst die Möglichkeit, zu besseren Einnahmestufen zu gelangen. Dieser materielle Gewinn kann dann einen idealen Fortschritt unmittelbar im Gefolge haben, wenn bessere Verwertung des Könnens der Frauen in der Volkswirtschaft ihnen vermehrte Kraft und Fähigkeit gibt, sich ihrer höchsten sozialen Mission zu widmen. Ist die materielle Voraussetzung dafür gegeben, so ist alles andere eine Erziehungsaufgabe, deren Ziel es sein muß, wieder mehr Einfachheit, mehr Verantwortlichkeitsgefühl, besonders aber mehr Sinn für die alles überstrahlenden Mutterpflichten den deutschen Frauen in unseren Großstädten zu übermitteln, dann wird trotz allem die Familie — nicht äußerlich, aber innerlich — wieder das werden, was sie in der „guten, alten Zeit" war.

Dritter Abschnitt

Wohnungsfrage.

Wenn es mir gelungen ist, klarzumachen, welche große Bedeutung das Familienleben für die sozialen Verhältnisse in der Großstadt hat, so brauche ich keine weiteren Worte zu finden, um die ernste Aufmerksamkeit des Lesers auf ein anderes Problem zu lenken, das mit dem Familienleben eng verknüpft ist: auf die moderne Wohnungsfrage. Der Nationalökonom Schmoller äußerte sich über die Folgen der großstädtischen Wohnungsnot einmal so: „Wie eine Anzahl spanischer Kolonisten, abgeschnitten im Urwald, sich selbst überlassen, wieder auf das Kulturniveau der Indianer zurücksank, so nötigt die heutige Gesellschaft die unteren Schichten des großstädtischen Proletariats durch die Wohnungsverhältnisse mit absoluter Notwendigkeit zum Zurücksinken auf das Niveau der Barbarei und Bestialität, der Roheit und des Rowditums, das unsere Vorfahren schon Jahrhunderte hinter sich hatten."

Mag dieses harte Urteil immerhin auch zu düster sein, mag es die Einzelbeobachtungen zu sehr verallgemeinern, sicher ist

jedenfalls, daß die Wohnungsfrage, eben weil sie ein Stück des Familienproblems ist, eine außerordentlich ernste Frage in der modernen Großstadt darstellt.

Die Wohnungsfrage ist nun keineswegs etwas, das die jüngste Vergangenheit ganz neu hervorgebracht hat, es kann z. B. kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß es auch schon im alten Rom zeitweise eine Wohnungsfrage schlimmster Art gab, eine chronische Wohnungsnot, die vielleicht bedenklicher war als irgendeine Wohnungsnot in unserer Zeit. Wiederholt steigerte sich damals die Wut der mit Mietzins schwer belasteten Römer gegen die Hauseigentümer, gegen die Vermieter; unter Cäsar hat man zwangsweise Wohnungsmieterlasse durchgeführt. Und so finden wir im Laufe der geschichtlichen Kulturentwicklung immer von Zeit zu Zeit eine Wohnungsnot.

Sicher ist, daß die Wohnungsnot heute viel stärker, viel schmerzlicher *empfunden* wird als je. Der moderne Mensch, namentlich wenn er in unserem großstädtischen Leben emporgewachsen, ist infolge besserer Schulung, infolge Erlangung politischer und sozialer Rechte, infolge der großen Wertschätzung, die sich auch die körperliche Arbeit im Laufe des 19. Jahrhunderts errungen hat, viel anspruchsvoller geworden, viel empfindlicher, als die Menschen vor einigen Generationen sein durften. Die Bedeutung dieser Tatsache für den Inhalt der Wohnungsfrage darf nicht unterschätzt werden. Es ist nur wenig übertrieben, wenn der bekannte Sozialdemokrat Südekum bekennt: „In dem Maße, wie glücklicherweise die verdammte Bedürfnislosigkeit abnimmt, steigert das Wohnpublikum und wir mit ihm die Anforderungen an die Wohnungen; was uns gestern noch genügend erscheinen möchte, dünkt uns heute schon unbefriedigend, morgen menschenunwürdig."

Daher wird man auch dann, wenn man den Nachweis führen könnte — und man kann den Nachweis wohl führen —, daß die Wohnungen im letzten Menschenalter besser geworden sind als früher, daß auch heute keineswegs ein größerer Prozentsatz von dem Einkommen für die Wohnungen ausgegeben wird als früher, damit die Gemüter keineswegs beruhigen. Die Lebenshaltung ist eine höhere geworden, und bei steigender Lebenshaltung steigen die Ansprüche, die gerade an die Wohnungen gestellt werden, nicht nur absolut, sondern auch relativ. Je höher der Mensch im Kulturniveau heraufkommt, um so mehr empfindet er, daß die Wohnung ein Bedürfnis allerersten Ranges ist, und um so mehr sehnt er sich nach einer wirklich guten und behaglichen Wohnung. „Sage mir, wie du wohnst, und ich sage dir, wer du bist." Diese Variation des bekannten Sprichworts läßt sich recht wohl verteidigen.

Die Wohnungsfrage schließt offenbar eine doppelte Frage in sich:

1. Wie können wir bessere Wohnungen beschaffen? und
2. wie erlangen wir Wohnungen zu angemessenen Preisen?

Es wäre verfehlt, wenn man sich, wie das tatsächlich zuweilen von ernst zu nehmender Seite geschieht, damit begnügen wollte, das erste Problem zu lösen und lediglich die Frage beantworten wollte: wie können wir bessere Wohnungen schaffen? Mir scheint die eine und die andere Frage eng miteinander verknüpft zu sein. Aber die zweite Frage: wie erlangen wir Wohnungen zu billigen Preisen? scheint mir deshalb die wichtigere zu sein, weil dann, wenn diese Frage befriedigt beantwortet ist, auch die andere Frage von selbst eine Lösung findet. *Wenn man den Mietpreis unter übrigens gleichbleibenden Umständen herunterzudrücken vermag, dann sind dadurch indirekt auch Mittel an die Hand gegeben, um bessere Wohnungen zu erlangen.*

Gibt es Mittel, um den Mietpreis unserer großstädtischen Wohnungen zu verbilligen? Diese Frage wird sich vielleicht am besten beantworten lassen, wenn man den Mietpreis in seine wichtigsten Bestandteile zerlegt, das sind:

a) *die Baukosten*: das, was an Kapital und Arbeit aufgewendet worden ist, um das Haus zu errichten, muß verzinst und amortisiert werden, und die Zinsen stecken natürlich mit im Mietspreise;

b) *der Unternehmergewinn* und *die Risikoprämie* der Wohnungsunternehmer, namentlich der Vermieter;

c) *die Bodenrente*, die bezahlt werden muß für die Benutzung des Bodens, auf dem das Haus errichtet ist.

Ist die Wohnunsfrage eine Baukostenfrage, wie man zeitweise behauptet hat?

Da ist zunächst wichtig, festzustellen, daß heute höhere Ansprüche an die Wohnungen gestellt werden auch von den sogenannten kleineren Leuten; sie wünschen Wasserleitung, Kanalanschluß, eine solidere Bedachung, hübsche Innenausstattung. Wir haben ferner jetzt durchweg massive Bauten; Fach- und Holzbauwerke sind verdrängt. Das alles bedingt eine höhere Baukostensumme und damit eine höhere Verzinsung der Baukosten. Aber das ist etwas Selbstverständliches; wenn man den Satz aufstellt: „Die Wohnungsfrage — eine Baukostenfrage", dann denkt man in erster Linie nicht an die absolute Steigerung, sondern mehr an die relative Steigerung der Baukosten, glaubt, daß heute dieselbe

Quantität und Qualität „Bau" mehr kostet als früher. Wie steht es damit, oder besser gefragt: Wie stand es damit in der letzten Zeit vor Ausbruch des Weltkrieges? Da wird man zunächst zugeben müssen, daß die Arbeitslöhne erheblich gestiegen waren; anderseits steht fest, daß die Bauunternehmergewinne eine sinkende Tendenz hatten. Manche Materialien waren im Laufe der Zeit billiger geworden. Man hatte gelernt, an Eisen, Holz und Steinen zu sparen, und andererseits hatte man gelernt, den vorhandenen Raum soviel als möglich nutzbar zu machen. Wenn man zugeben müßte, daß tatsächlich die relativen Baukosten so gestiegen sind, daß sie eine Wohnungsnot verursachen, so würde die Wohnungspolitik am Ende ihres Lateins sein. Man könnte ja die Baukosten nur dadurch wesentlich herunterdrücken, daß man den Arbeitslohn als den wichtigsten Faktor bei der Steigerung der Baukosten herunterdrückte. Damit würde man aber den Teufel mit Beelzebub austreiben. Daß die Arbeiter billiger wohnen, gleichzeitig aber weniger Lohn bekommen, damit ist nicht geholfen.

Wie steht es nun mit dem zweiten Punkte: Können wir die Wohnungen billiger machen durch die Verminderung des Unternehmergewinnes, der Risikoprämie des Vermieters? Diese Frage verdiente eine ernstere Würdigung, als ihr gewöhnlich zuteil wird. Ich kann hier nur das eine oder das andere kurz streifen. Daß die großstädtischen Wohnungsunternehmer schon vor dem Kriege nicht auf Rosen gebettet waren, daß der Unternehmergewinn im Durchschnitt auf diesem mühevollen und risikoreichen Erwerbsgebiet im Durchschnitt erheblich niedriger war als auf anderen Gebieten, wird jetzt allgemein zugegeben. Der Krieg hat dann die Verhältnisse noch ganz erheblich verschlechtert. Auch die verbissensten Gegner der „Hausagrarier" glauben nicht mehr daran, daß man auf deren Kosten die Wohnungen erheblich verbilligen könnte. Dazu kommt folgendes: Wenn man die Interessen der kleinen Mieter lediglich dadurch wahrnehmen will, daß man dem Hauseigentümer neue Opfer auferlegt durch polizeiliche Verordnungen aller Art oder dadurch, daß man ihre Rechtsbefugnisse vermindert etwa durch Einschränkung der Pfändbarkeit, Zwangsvollstreckungserschwerung, so darf man sich nicht wundern, wenn man zu einem Resultat kommt, das wenig erfreulich ist und daß die Kosten des Verfahrens die kleinen Mieter zu tragen haben. Wie jeder andere Geschäftsmann, so wird sich der Vermieter bei wachsendem Risiko durch eine höhere Risikoprämie, durch Erhöhung der Miete zu sichern suchen und umgekehrt, wenn das Risiko sinkt, kann und wird vielfach auch der Mietpreis sinken. Ein Beispiel: Bis zum 9. August 1887 galt in Belgien noch für die Regelung der Mietverhältnisse der Code Napoléon. An diesem Tage trat

ein Gesetz in Kraft, das dem Vermieter noch günstiger war als im allgemeinen schon der Code Napoléon, und das insbesondere auch das Austreiben des Mieters, wenn er seine Miete nicht bezahlte, erleichterte. Dadurch soll infolge Verminderung des Risikos, wie in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik ausgeführt wird, der Mietpreis heruntergedrückt worden sein.

Das belgische Vorgehen soll uns nicht als Muster dienen. Wir wollen Verbesserung der Lage des Mieters nach allen Richtungen, zugleich aber auch Verbilligung der Wohnungen. Von Fall zu Fall wird man aber ernstlich prüfen müssen, ob nicht etwa Maßnahmen, die an sich sehr nützlich zu sein scheinen, dadurch, daß sie verteuernd wirken, doch schließlich nur das Böse erreichen, auch da, wo sie das Gute bezwecken. Man kann eben volkswirtschaftliche und soziale Schäden nur schwer durch Eingriffe in die Privatwirtschaften beseitigen.

Ich gehe zur Betrachtung des dritten Faktors der Mietpreise über, zu der Bodenrente, und damit berühre ich nach Ansicht vieler Sachkundiger die Kardinalfrage des Problems. Wie es nun einmal bei uns Menschen ist, man sucht gern nach einem Sündenbock, nach Mitmenschen, denen man die Schuld aufbürden kann, so einen Sündenbock hat man auch hier gefunden. Man hat behauptet, daß die Bodenspekulanten schuld seien; beseitige man die, dann sei alles wieder gut, dann würden ungefähr 3 Prozent der vorhandenen Wohnungen als Reserve leerstehen und die Mietpreise würden auf ein Niveau kommen, das nicht zu hoch wäre. Darin liegen Forderungen, die nicht mehr und nicht weniger verlangen, als daß unsere Bauunternehmer Wunder- und Zauberkünste verrichten müssen.

Nehmen wir irgendeine Stadt mit wenig komplizierten Verhältnissen. In jedem Jahre ziehen zahlreiche Beamte, Rentner, Angestellte, Arbeiter in die Stadt ein. Man weiß nicht vorher, wer im einzelnen kommt, man weiß insbesondere nicht, welche Ansprüche die Neuhinzuziehenden an die Wohnungen stellen, man weiß nicht, ob sie ledig oder verheiratet sind, reich oder arm. Nach welchen Richtungen wollen sie ziehen? Ziehen sie Süden, Westen, Osten oder Norden vor? Das sind alles Fragen, Zukunftsfragen, die wir nur lösen können auf Grund von Vermutungen. Da kann man keine exakte Berechnung anstellen. Nun denke man daran, daß ein Haus nicht aus dem Boden hervorgezaubert werden kann; wenn jemand neu zuzieht, will er sofort ein Haus, eine Wohnung haben. Es muß auf Vorrat gebaut werden, anderseits darf dieser Vorrat auch wieder nicht zu groß sein, die dadurch bewirkte vorübergehende Verbilligung der Wohnungen würde zu teuer erkauft sein durch den Ruin zahlreicher Existenzen; nicht nur der

Hauseigentümer, auch die Hypothekengläubiger, die Bauhandwerker, mehr oder minder die ganze Stadt würde darunter schwer leiden.

Die Spekulation hat die Aufgabe, den Zukunftsbedarf vor der Scylla des „Zu wenig" und vor der Charybdis des „Zu viel" zu bewahren; sie kann es nur dann, wenn sie ein beträchtliches Risiko auf sich nimmt, und weil sie dies tut, übt sie eine volkswirtschaftlich wichtige Mission aus, und es ist daher unrecht, wenn man sich gegen den Spekulationsgewinn, insbesondere gegen einen Gewinn der Bodenspekulation allgemein wendet.

Man macht den Bodenspekulanten allerdings den Vorwurf, daß sie die Bodenpreise künstlich in die Höhe zu treiben suchen dadurch, daß sie das Bauland vom Markt fernhalten. Darauf möchte ich erwidern, daß in der Regel die Bodenspekulanten das Land zu einer Zeit aufkaufen, wo die Bauern, die draußen an der Peripherie das Land in Besitz haben, gar nicht daran denken, daß auf ihren Kartoffelfeldern einmal großstädtische Wohnungen gebaut werden, und da der Bauer lieber den Spatzen in der Hand, als die Taube auf dem Dach hat, verkauft er das Land und überläßt das Risiko dem Spekulanten. Nun nehmen wir an, der Spekulant wäre nicht da, was würde dann geschehen? Dann wäre die ganze Entwicklung der Stadt mehr oder minder der Hartköpfigkeit der Bauern, die vor der Stadt wohnen, in die Hand gegeben. Dann müßte derjenige, der neu hinzuzieht, sich persönlich mit den Parzelleninhabern in Verbindung setzen, eine Reihe von Verhandlungen führen, er würde dabei finden, weil er das Land zu einem Zeitpunkte kaufen muß, wo es wirklich baureif ist, daß doch die Bauern viel hartnäckiger das Land festhalten als die Spekulanten und auch festhalten können, weil der Zinsverlust aus natürlichen Gründen — Ernteertrag — bei jenen eine viel geringere Rolle spielt als bei den Spekulanten, und weil der Bauer nicht stückweise seine Wirtschaft durch Verkauf von einzelnen Parzellen auflösen kann, in der Regel wird er entweder sein *ganzes* Land verkaufen wollen oder gar nicht. Meist — das darf man ruhig sagen — hat die Bodenspekulation nicht die große Schuld an der hohen Steigerung der Bodenpreise, wie man allgemein wohl behauptet, im Gegenteil, ich bin überzeugt, daß dann, wenn die Bodenspekulation ausgeschaltet wäre, der Bodenpreis noch mehr in die Höhe getrieben worden wäre. Ausnahmen natürlich von der Regel kommen vor. Auswüchse gibt es hier wie auf allen Gebieten. Daß diese unterdrückt werden müssen, ist selbstverständlich.

Fragen wir uns, woran es liegt, daß die städtischen Bodenpreise so stark in die Höhe gegangen sind, so genügt als Antwort schon der Hinweis auf das rasche Wachsen der Städte. Die

Grundrente in der Stadt ist die Folge der Konkurrenz, die sich die Mieter zwecks Anteilnahme an den Vorteilen des städtischen Bodens machen. Die Bodenspekulanten und die Hauseigentümer können ihre wirtschaftliche Macht in jedem einzelnen Falle „höchstens so weit ausnutzen, bis die Miete der fraglichen Wohnung den Gebrauchswert erreicht, den der Mieter ihr zuerteilt“ (Lexis). Gewiß kann der Boden zum Gegenstand einer übertriebenen Spekulation gemacht werden. Das ist hier wie stets bedenklich schon deshalb, weil dadurch das Risiko der Wohnungsunternehmungen nicht herabgedrückt wird, sondern gesteigert werden kann; aber in derartigen privatwirtschaftlichen Schäden der Übertreibung liegt zugleich auch das Heilmittel gegen das Übel. Auf die Dauer vermag die Spekulation jedenfalls nicht den Preis zu machen. Sie zieht den Nutzen oder trägt den Schaden einer Entwicklung, die sie richtig oder unrichtig vorauszuahnen sucht.

Von besonderer Bedeutung für unser Problem ist, daß die Nachfrage nach städtischen Wohnungen ganz außerordentlich schwankend ist, ein Faktor, der gleichzeitig den Bodenpreis, die Höhe der Baukosten und die Risikoprämie für die Wohnungsvermieter wesentlich beeinträchtigt. Wenn in irgendeiner Stadt ein großes Fest stattfindet und zahlreiche Fremde zuströmen, dann wird der Preis für die Unterkunft jedenfalls stark in die Höhe gehen, wenn nicht vorher ein Fest- oder Wohnungsausschuß für die Unterbringung der Festteilnehmer sorgt. Nun sind aber die Großstädte gezwungen, ohne derartige Vorbereitungen für die Unterbringung der Zuwandernden zu sorgen. Bald kommen sie schnell, bald weniger schnell, bleiben auch wohl einmal an Zahl geringer als die, die abwandern, wodurch ein außerordentliches Schwanken auf dem Wohnungsmarkte entsteht. Heute klagen die Vermieter über Leerbleiben ihrer Wohnungen, morgen die Mieter über Wohnungsmangel. In Berlin standen leer

1899:	8 400,	
1901:	1 700,	
1905:	7 450,	
1912:	24 300	Wohnungen;

1912 betrug der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen in Berlin 4,1 Prozent, in Hamburg sogar 6,9 Prozent, dagegen in Dortmund nur 0,8, in Elberfeld 0,6, in Ulm 0,5 Prozent. Wenn uns dann einmal eine Stadt genannt wird, in der scheinbar mehrere Jahre hindurch eine Schwankung nicht stattgefunden hat, so werden wir, wenn wir uns die Zahlen etwas genauer ansehen, finden, daß der Schein trügt. In Straßburg standen im Jahre 1903 821 Wohnungen leer, 1904 834, also ziemlich dieselbe Anzahl in beiden Jahren; aber im Jahre 1904 entfielen von der

genannten Zahl der leerstehenden Wohnungen auf die Altstadt 26 Prozent, auf die Vororte 30 Prozent, im Jahre 1905 beliefen sich die entsprechenden Ziffern auf 15 bezw. 50 Prozent. Recht verschieden verteilen sich die leerstehenden Wohnungen in den einzelnen Städten auch auf die Wohnungsgrößenklassen. Während 1912 z. B. in Berlin-Wilmersdorf von den Wohnungen mit 6 und mehr Wohnräumen 10,4 von 100 leerstanden, war dies bei denen mit 2 Räumen nur bei 1,4 von 100, bei denen mit 3 Räumen bei 3,9 von 100 der Fall. Von kleinen Wohnungen, d. h. von Wohnungen mit 1—3 Wohnräumen, waren bei der Zählung von 1912 in Darmstadt 18,8 Prozent unbewohnt, dagegen in Dresden nur 0,6, in Karlsruhe 0,9, in Straßburg 0,7 Prozent.

Die Wohnungsfrage ist kein nationales, sondern ein internationales Problem, überall, wo großstädtische Menschenansiedelungen nicht vermieden werden können, wird sich der Sozialpolitiker auch immer wieder mit einem Wohnungsproblem beschäftigen müssen. Jedoch tritt dieses Problem in seiner Art, seinen Folgeerscheinungen, seiner Intensivität nicht überall gleichmäßig in die Erscheinung. Es sind ja Menschen, deren Bedürfnisse individuell und lokal ebenso wie innerhalb ganzer Nationen verschieden sind, die Wohnungen suchen. Der Deutsche z. B. liebt es „unter Menschen zu sein", das dichte Beieinanderwohnen ist ihm lieber als ein „weiträumiges" Wohnen. Unter Beibringung von manchem interessanten Material hat Andreas Voigt auf dem internationalen Wohnungskongreß in London dies insbesondere nachgewiesen durch einen Vergleich der Wohnweise in Berlin einerseits und in London anderseits. Mit Recht führte Voigt dabei weiter aus, daß die uns vielfach als Vorbild gepriesene größere Dezentralisation der großstädtischen Bevölkerung in England auch bei uns in Deutschland wohl durchzuführen sei, wenn die Bevölkerung nur den nötigen Willen habe und bereit sei, die Nachteile der Dezentralisation (größere Entfernung, Kosten für die Eisenbahnfahrt) in den Kauf zu nehmen; keine Bauordnung und kein Bauplan hindere daran.

Jedenfalls glaube ich, daß Volkssitte und Volksneigung für die Gestaltung der großstädtischen Wohnungsverhältnisse viel erheblicher in Betracht kommen als die Statuten und Paragraphen einer hochweisen Boden- und Baupolizei; es mag im Charakter des so vielfach mit der Polizei liebevoll in Beziehung stehenden deutschen Spießbürgers seine Entschuldigung finden, daß einige unserer Schriftsteller allen Ernstes die Behauptung aufstellten, die heutige Entwicklung des Wohnungswesens in Deutschland und die Wohnungsnot der Gegenwart sei lediglich „das notwendige Ergebnis bestimmter (rechtlicher und polizeilicher) Institutionen"

(R. Eberstadt). Mit anderen Worten: Durch einige Federstriche in Paragraphenform soll man das Wohnungsproblem in der Hauptsache lösen können; Bevölkerungsvermehrung und -bewegung, Steigerung der Ansprüche, Vermehrung des Risikos der Vermieter, die lokale Entwicklung von Industrie und Gewerbe, Lohnhöhe usw. — das alles kommt nach diesen Gelehrten gar nicht, oder doch nur nebensächlich in Betracht. Irrig wäre es natürlich, in das entgegengesetzte Extrem zu verfallen und zu behaupten, die Boden- und Baupolizei sei dem Wohnungsproblem gegenüber machtlos. Sie kann unzweifelhaft Wertvolles leisten namentlich bei *Festlegung des Bebauungsplanes und der Bauordnung*, aber gerade hier kann das mögliche Gute sich zum Bösen gestalten, wenn man von dem Bürokratismus und der Polizei zu viel verlangt. Das gilt insbesondere auch für den von manchen Theoretikern und Praktikern geführten Kampf gegen die Mietskasernen; ein Kampf, der aus *ethischen und ästhetischen* Gründen nach meinem persönlichen Dafürhalten volle Sympathie verdient, der aber vielfach von verkehrten wirtschaftlichen Voraussetzungen ausgeht und daher schädlich ist. Sehr beachtenswerte Gründe können jedenfalls dafür beigebracht werden, daß die Mieten bei gleicher Qualität der Wohnungen um so niedriger werden, je höher und dichter die Bebauung ist. Zu denken gibt auch die Äußerung des holländischen Ministers H. Goeman Borgesius auf dem Düsseldorfer Internationalen Wohnungskongreß: „Sie finden das Kasernierungssystem für Deutschland schrecklich. Wir haben kein Kasernierungssystem, aber wir hoffen es in Zukunft in den großen Städten bis zu einer gewissen Grenze zu bekommen. So *verschieden* sind die Ansichten."

Wenden wir uns nunmehr zu den *Mitteln, mit denen der Wohnungsnot abgeholfen werden kann*. Da wird man in erster Linie fordern müssen: *Klarheit über den Wohnungsmarkt*. Wir haben für Wertpapiere, für den Produktenhandel, selbst für den Arbeitsmarkt eine sorgfältige Übersicht und regelmäßige Berichterstattung. Diese Berichterstattung fehlt für den Wohnungsmarkt so gut wie ganz, und doch müßte eine Berichterstattung aus den eben angegebenen Gründen gerade beim Wohnungsmarkt besonders sorgfältig ausgebildet sein. Man muß wissen, wieviel Wohnungen leerstehen, zu welchem Preise sie zu erlangen sind, und nicht nur Zahlenmaterial über diese Frage darf da geboten werden, sondern die Zahlen müssen so erläutert werden und in der Tagespresse bekanntgemacht werden, daß der Mann aus dem Volke sich wirklich ein Urteil bilden kann über die jeweilige Marktlage.

Die unbedingt notwendige und außerordentlich wichtige Er-

gänzung einer solchen Wohnungsstatistik ist ein geordneter Wohnungsnachweis. Der Wohnungsnachweis muß für die Wohnungen der unbemittelten Bevölkerungsklassen die Vorteile eines geregelten Marktes bieten; ein solcher gut geleiteter Wohnungsnachweis kann die Wohnungssuche erleichtern und wirkt dadurch verbilligend auf die Wohnungspreise ein.

Hat man so über den Wohnungsmarkt Klarheit gewonnen, dann kann man der Frage nähertreten, wie sich der Bodenpreis beeinflussen läßt. Das geschieht dadurch, daß man innerhalb der Großstädte entweder die Nachfrage nach Bauland verringert, oder dadurch, daß man das Angebot vermehrt.

Ersteres könnte dadurch geschehen, daß die Industrie sich mehr dezentralisiert, in der Weise, daß die großen Fabriken, die heutzutage vorzugsweise in der Großstadt sind, mehr hinausziehen auf das Land. Das ist bei manchen Branchen hier und da geschehen, und es liegen Anzeichen vor, daß es in Zukunft in noch größerem Umfange geschieht. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß man dabei in der Praxis auf manche Schwierigkeiten stoßen wird.

Praktisch wichtiger ist jedenfalls die Frage: Kann man das Angebot von Bauland vermehren? Wir haben Land in Hülle und Fülle draußen liegen vor der Stadt. Das Problem ist nur, dieses Land in Bauland zu verwandeln und das können wir eben dadurch, daß wir es näher an die Stadt heranziehen. Das Mittel ist heutzutage leicht gegeben. Es liegt in Verkehrsverbesserungen, in Straßenbauten, Straßenbahnen, Stadtbahnen usw. Wenn man das Bauernland vor der Stadt in Bauland verwandelt, wird man das Angebot vermehren und bei vermehrtem Angebot muß der Preis heruntergehen. Überhaupt scheint mir die großstädtische Verkehrsfrage für das ganze Großstadtproblem wichtig genug zu sein, um ihr einen besonderen Abschnitt zu widmen.

Wünschenswert wäre es, wenn sich ein regulierender Faktor zwischen Angebot und Nachfrage schieben könnte, um erforderlichenfalls möglichst das Gleichgewicht herzustellen. Die Hoffnung scheint nicht unbegründet zu sein, daß eine derartige Regulierung durch eine weitblickende Stadtverwaltung ausgeübt werden kann, dadurch, daß sie rechtzeitig möglichst viel Land in und vor der Stadt ankauft, um dann mit diesem Lande auf dem Markte zu erscheinen, wenn infolge der Schwankungen die Bodenpreise vorübergehend eine zu starke Tendenz nach oben haben. Daß eine derartige Grundstückspolitik aber auch leicht in die Irre führen kann, zeigen die Erfahrungen gerade der Stadt, die man früher gerne als Musterbeispiel für die Zweckmäßigkeit eines solchen

Vorgehens anführte, die Erfahrungen der Stadt Frankfurt am Main. Diese Stadt hatte in den Jahren 1895 bis 1910 nicht weniger als 1850 Hektar Grundstücke erworben, dagegen nur 250 Hektar veräußert. Der Wert des unbebauten städtischen im Stadtgebiet gelegenen Grundbesitzes, der 1894 erst 28 Millionen Mark betrug, bezifferte sich 1908 bereits auf 81 Millionen Mark. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Frankfurt bei dem Erwerb dieses Grundeigentums entsprechend der häufig geäußerten Ansicht seines Stadtoberhauptes Adickes an gemeinnützige Bodenpolitik dachte; aber nach Urteil zahlreicher Sachverständiger war diese Grundstückspolitik keineswegs ein sozialpolitischer Vorteil. Man klagte, die Bodenpreise seien stark in die Höhe getrieben worden dadurch, daß die Stadt als Konkurrentin neben den privaten Kaufliebhabern auf dem Grundstücksmarkte aufgetreten sei. Die verteuernde Tendenz, die die Stadt durch ihre Ankaufspolitik ausgeübt habe, sei durch ihr Verhalten als Verkäuferin noch verstärkt worden. Die Stadt gehe beim Verkauf von Grund und Boden nur zögernd vor, stelle alle möglichen erschwerenden Bedingungen; die Anzahlungsbedingungen seien weniger günstig als die von den privaten Bodenbesitzern geforderten. Daher sei es erklärlich, daß das Publikum nur ungern bei der Stadt kaufe und sich lieber an die privaten Terrainunternehmungen wende, die hinsichtlich der Kaufvertragsbedingungen viel beweglicher und in der Baugeldgewährung viel entgegenkommender seien. Als nun Frankfurt am Main auf Grund dieser und anderer Einwände schon einige Jahre vor dem Kriege ernstlich versuchen wollte, einen Teil seines übergroßen Besitzes abzustoßen, zeigte das neue Mängel dieser Bodenpolitik. Man hatte hier wie so häufig die Entwicklungsmöglichkeiten erheblich überschätzt. Auch noch so großes Entgegenkommen machte die Nachfrage nicht willfähriger — kurz, hier zeigte sich wieder einmal, wie schwer es ist, eine an und für sich schön und richtig aussehende Theorie in die Praxis zu übertragen.

Die Ausnützung des im öffentlichen Besitze befindlichen Baubodens wird erleichtert durch das Erbbaurecht, d. h. durch das „dingliche, veräußerliche und vererbliche Recht, auf oder unter der Oberfläche eines Grundstückes ein Bauwerk zu haben". Dieses Recht ermöglicht den Städten, an dem Spiel von Angebot und Nachfrage am städtischen Bodenmarkte teilzunehmen, ohne selbst die Gefahren der Bauunternehmung auf sich zu nehmen und ohne ihr Grundeigentum und damit dessen vermutlich steigenden Zukunftswert der privaten Spekulation preiszugeben.

Die Verwertung des Erbbaurechtes im Dienste der städtischen Wohnungsfürsorge ist kein ganz neuer Gedanke, bereits Anfang

der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde er in einigen Städten lebhaft erörtert. 1872 wies sogar der Oberbürgermeister Hobrecht in der Berliner Stadtverordnetenversammlung auf die Bedeutung des Erbbaurechts, oder wie es damals hieß, der Erbpacht, für die Lösung der Kleinwohnungsfrage hin, freilich ohne Erfolg.

Seine praktische Anwendung in der Gegenwart verdankt das Erbbaurecht nicht zum wenigsten dem Umstande, daß es ein „Lieblingskind der deutschen Bodenreformer" (H. Ermann) wurde, die in geschickter Agitation teils aus theoretischen, teils aus praktischen Gründen dafür eintraten. Daß sie dabei — wie es bei „Lieblingskindern" häufig vorkommt — die Vorzüge der Institution überschätzten und die Nachteile unterschätzten, schmälert ihr Verdienst um diesen Gegenstand nur wenig.

Es genügt aber nicht, daß mehr Bauboden herangezogen wird, es müssen auch mehr Leute veranlaßt werden, wirklich Wohnungen zu bauen für die kleinen Leute, und da kann — wenn man von weniger wichtigem absieht — zweierlei geschehen: zunächst muß hingearbeitet werden auf eine Verminderung des Unternehmerrisikos und zweitens muß gesorgt werden, daß das Baukapital zu billigem Preise speziell für kleine Wohnungen beschafft wird.

Kapitalzufuhr für die Zwecke des großstädtischen Wohnungsmarktes — ein schwieriges und ernstes Problem! Schon vor dem Kriege konnte man von einer Hypothekennot sprechen. Diese Not wird nach dem Kriege noch größer werden. Man macht sich gewöhnlich keine Vorstellung von den Riesensummen, die der städtische Bau- und Wohnungsmarkt Jahr für Jahr in Anspruch nehmen muß. Vor dem Kriege wurde der jährliche Mehrbedarf an städtischen Wohnungen auf reichlich 200 000 geschätzt; für jede Wohnung war ein Herstellungsaufwand von mindestens 5000 Mark erforderlich. Der städtische Baukapitalbedarf war also auf jährlich 1000 Millionen Mark zu schätzen! Das Schlagwort „die Wohnungsfrage ist eine Bodenfrage" hat deshalb so verhängnisvoll gewirkt, weil dadurch und durch die Begründung, die man diesem Satze mit auf den Weg gab, unsere Reformer verführt wurden, ihre Blicke fast ausschließlich auf einen Faktor zu lenken. Man hat alle möglichen und unmöglichen Mittel angewandt, um den Bodenpreis zu verbilligen; man hat wenig erreicht von dem, was man erreichen wollte; hat aber auch gleichzeitig, ohne es zu wollen, mit dazu beigetragen, daß das Kapital und die Unternehmungslust sich von Jahr zu Jahr mehr von dem städtischen Boden- und Wohnungsmarkte zurückzog. Alle wohnungspolitischen

Maßnahmen werden aber vergebene Mühe sein, wenn es nicht gelingt, dem auf allen Gebieten der großstädtischen Wohnungsbereitstellung unentbehrlichen Privatkapital die Zuversicht zu stärken, daß die Festlegung des Kapitals in Immobilien der Anlage in mobilen Werten gegenüber nur die Nachteile und Gefahren im Gefolge hat, die in der Natur der Sache liegen.

Die private Unternehmung kann nicht ersetzt werden, weder durch die Bautätigkeit der Gemeinden noch durch die gemeinnützigen Maßnahmen von Vereinen und Genossenschaften. Nur vereinzelt konnte der Wohnungsbau durch die Gemeinden zu einer stärkeren Bedeutung gelangen; selbst in Freiburg im Breisgau, das sich in ganz besonders hohem Maße im Wohnungsbau betätigt hat, waren nach einer Denkschrift der Düsseldorfer Handelskammer kurz vor dem Kriege von der Stadt oder mit Unterstützung der Stadt nur 6 Prozent aller vorhandenen Wohnungen und nur 8,4 Prozent aller Kleinwohnungen geschaffen worden. Auf Grund einer Rundfrage, die Kuczynski im Jahre 1913 auf Veranlassung des Vorstandes des Preußischen Städtetages unternahm, ergab sich, daß damals nur 16 Städte im Eigenbau Häuser und Wohnungen für die Allgemeinheit geschaffen hatten; darunter befanden sich die Großstädte Barmen, Bielefeld, Kassel, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Frankfurt a. M. Zusammen hatten die 16 Städte nur 238 Häuser mit 1213 Wohnungen errichtet, von denen 359 2 und 619 3 Wohnräume hatten. Auch die Zahl der durch die gemeinnützigen Bauvereine geschaffenen Wohnungen ist verhältnismäßig äußerst gering. Man schätzt sie auf 1 bis 1½ Prozent des Bedarfs an Kleinwohnungen. Bedeutsam ist diese Tätigkeit nur deshalb, weil vorbildliche Wirksamkeit möglich ist; auch kommt in Betracht, daß diese gemeinnützigen Bauvereine vielfach kinderreiche Familien bei der Vermietung vorzugsweise berücksichtigen und dadurch einem vielfach beklagten Übelstande abzuhelfen versuchen.

In Fällen äußerster Not — nach dem Kriege werden sie leider zahlreich genug sein müssen — kann das Beschaffen von neuen Wohnungen durch die Gemeinden zu einer unaufschiebbaren Notwendigkeit für diese werden; dann dürften vielleicht die Vorschläge Nußbaums Beachtung finden, der Gründung von Wandergartenstädten im nächsten Umkreis der Großstadt wünscht. Die Mittel dazu bieten seiner Meinung nach der Bau fortbeweglicher Baracken, und zwar könnten Gruppen von drei, vier und mehr Eigenheimen in je einer Baracke zusammengefaßt werden. Es versteht sich, daß derartige Mittel nur für Linderung allzustarker

Not, aber nicht für die Lösung des eigentlichen Problems in Frage kommen können.

Eine der schlimmsten Begleiterscheinungen der Wohnungsnot ist die große Zahl der großstädtischen Haushaltungen mit Schlafleuten. Als Mittel gegen die damit verbundenen Mißstände wird schon seit manchen Jahren die Errichtung von Ledigenheimen empfohlen. Mit Unterstützung der Stadtverwaltungen sind derartige Heime in Charlottenburg (1908), in Düsseldorf (1911) und in Posen (1913) errichtet worden. Alle drei dienen nur der Unterbringung Lediger. Außer diesen halböffentlichen Ledigenheimen widmen sich namentlich im Westen und Süden eine ganze Reihe von Gesellenhäusern und Jugendheimen ohne öffentliche Unterstützung denselben Aufgaben; ihre weitere Ausgestaltung wäre dringend wünschenswert.

Im ganzen sind bei unserer Wohnungspolitik die Hilfsmaßnahmen nicht so beliebt wie die Zwangsmaßnahmen; erklärlich — die Politik der Zwangsmaßnahmen kostet nicht nur nichts, sie bringt im Gegenteil manchmal sogar noch etwas ein. Das gilt in erster Linie von den sogenannten bodenreformerischen Steuern (Umsatzsteuer, Steuer nach dem gemeinen Wert, Wertzuwachssteuer). Sie ermöglichen gewissermaßen, mit einem Klaps zwei Fliegen zu schlagen, die finanzpolitische Not und die sozialpolitische Not. Wieviel ist mit Steuern im Sinne der Bodenreformer im letzten Menschenalter experimentiert worden, und wieviel begeistertes und doch vergebenes Hoffen ist diesen Steuerexperimenten entgegengebracht worden! Als bei der Beratung über die Reichswertzuwachssteuer — einer an und für sich so ungemein sympathischen Steuer — eine übrigens recht kleine Schar von Nationalökonomen ihre warnende Stimme erhob, mußten sie sich die schlimmsten Verdächtigungen gefallen lassen; aber schon nach überraschend kurzer Zeit verwirklichten sich die bösen Prophezeiungen. Bei dem Zweiten Deutschen Wohnungskongreß konnte Graf Posadowsky, dem man doch gewiß kein antisoziales Denken vorwerfen kann, unter dem lebhaften Beifall der Versammlung der Befürchtung Ausdruck geben, daß die Wertzuwachssteuer eine Erhöhung der Mietspreise zur Folge haben werde. Täuscht nicht alles, so ist jetzt bis in die Kreise der Bodenreformer hinein die Überzeugung durchgedrungen, daß der Glaube, durch Belastung der Boden- und Hausbesitzer mit möglichst vielen und vielartigen Steuern könne man die Miete verbilligen, ein durch gar nichts berechtigter Aberglaube ist. Man sollte sich doch darüber klar sein, daß praktisch sowohl die Umsatzsteuer, wie die Steuer nach dem gemeinen Wert, wie die Wertzuwachssteuer auf die Mieter abgewälzt werden können, und bei ein wenig weiterer Überlegung sollte man doch einsehen, daß

dann, wenn man die Kapitalunternehmungslust auf einem Gebiete mehr als auf einem anderen mit Steuern, die nicht selten zu Steuerschikanen werden, belästigt, dieses Gebiet von Kapitalunternehmern gemieden wird mit der Folge, daß das Angebot geringer werden muß, was bei gleichbleibender oder gar steigender Nachfrage Erhöhung der Preise zur Folge hat.

Die Erfahrungen lehren eindringlich genug, daß man nicht allzuviel von bloßen Verordnungen, Paragraphen und Polizeimaßnahmen für die Lösung der Wohnungsfrage erhoffen darf. Es ist z. B. gewiß notwendig, gewisse Mindestforderungen an die zu vermietenden Wohnungen zu stellen, aber sehr leicht kommt man dazu, daß man den Teufel durch Beelzebub austreibt, daß Verbesserungsbefehle verteuernd wirken, und damit ist den Mietern nicht geholfen.

Daher dürfen wir auf die Maßnahmen der Technik größere Hoffnungen setzen als auf den guten Willen der öffentlichen Verwaltungsorgane. Ich begrüße es mit besonderer Freude, daß sich im Sommer 1917 in Berlin ein „Ausschuß zur Förderung des Kriegersiedlungswesens durch *sparsame Bauweise*“ gebildet hat. Schon konnte der Ausschuß mit sehr wertvollen Anregungen auftreten. Es wäre ein Segen, wenn das Schlagwort „Sparsame Bauweise“ in der Zeit nach dem Weltkrieg für *alle* Bauunternehmungen maßgebende Kraft erhalten würde.

Diesen Abschnitt möchte ich nicht schließen, ohne einen neuerdings von mehreren Seiten gemachten Vorschlag zu erwähnen, der in dem Gedanken an freiwillige Selbsthilfe durch zweckentsprechendes Sparen in jugendlichen Jahren für die Zeit der steigenden Familienlasten wurzelt. Zum ersten Male hat diesen Plan entwickelt und eingehender begründet der im Kriege gefallene Landrat Freiherr Marschall von Bieberstein. In einer, wie mir scheint, wesentlich verbesserten Form hat ihn dann der Kölner Hochschulprofessor Dr. Schmittmann aufgenommen.* Er will die Sparpflicht obligatorisch mit der Invalidenversicherung verbinden. Alle *ledigen* Invalidenversicherungspflichtigen sollen eine Quittungskarte von besonderer Form oder Farbe erhalten. Die von diesen Ledigen zu verwendenden Marken müßten aber Doppelmarken darstellen, die eine Hälfte den Beitrag zur Invalidenrenteversicherung, die andere den Beitrag zur Wohnungsrente. Die Kosten für die zweite Hälfte der Marken soll der Ledige allein tragen. Er wird ihm vom Lohne abgezogen zugleich mit der Hälfte des Beitrages der eigentlichen Invalidenmarke. Aus

* B. Schmittmann: Reichswohnversicherung. Kinderrenten durch Ausbau der Sozialversicherung. Berlin 1917.

dem durch diese Beitragszahlungen der Ledigen angesammelten Vermögensfonds erhalten die Verheirateten Wohnungsrenten vom ersten Kinde ab, steigend mit der Zahl der nicht im Erwerbsleben stehenden Kinder. Die nicht für die Wohnungsrenten in Anspruch genommenen Vermögensbestände sollen dazu dienen, fördernd auf die Errichtung billiger, gesunder Wohnungen zu wirken.*

Vierter Abschnitt

Das Verkehrsproblem.

Im Chor der Gelehrten und Sozialpolitiker besteht eine erstaunliche Disharmonie in ihrer Meinung über die letzten Ursachen der Wohnungsnot.

Für die einen ist die Wohnungsfrage eine Frage des Polizeiwesens, für die anderen eine Baukostenfrage; hier sieht man in der Wohnungsfrage eine Lohnfrage, dort eine Kreditfrage, in der neueren Zeit gewinnt das Schlagwort „die Wohnungsfrage — eine Verkehrsfrage" viele Anhänger. In allem steckt ein gutes Stück Wahrheit und ziemlich viel Übertreibung; aber immerhin würde ich dann, wenn ich gezwungen wäre zu wählen, ohne Bedenken für die zuletzt genannte Losung stimmen: Die Wohnungsfrage eine Verkehrsfrage! Wenn es sich darum handelt, das Angebot städtischen Baubodens zu vermehren, so kann

* Nach meiner Überzeugung wird dem Friedensschluß recht bald eine außerordentlich schlimme Wohnungsnot in unseren Großstädten folgen. Es würde sehr traurig sein, wenn dann unsere Doktrinäre und Bürokraten, die sich manchmal — trotz bestem Willen — in so wenig glücklicher Weise auf dem Gebiete der Ernährungspolitik während des Krieges betätigten, in der Wohnungspolitik unter dem so häufig mißbrauchten Schlachtruf „Kampf gegen die Interessenten" freie Bahn für ihre Experimentierkünste erhielten. Ich betonte schon vor vierzehn Jahren in einer Schrift, die sich mit der Wohnungsfrage beschäftigte, daß das Privateigentum als gesellschaftliche Institution nur soweit und solange gerechtfertigt werden könne, als es dem Wohle der Gesamtheit diene. Das ist auch heute noch meine Meinung, aber ich füge jetzt wie damals hinzu: „Man soll nicht niederreißen, bevor man weiß, welcher Neubau aufgerichtet werden soll, und ob das Neue nicht vielleicht noch weniger dem Wohle der Gesamtheit entspricht als das Alte." Vorderhand sehe ich noch keine Zwangsmaßnahmen, weder in der Theorie noch in der Praxis, die man in diesem Sinne an Stelle der Regsamkeit und Tüchtigkeit der privaten Unternehmung setzen könnte. Mit Paragraphen kann man keine Häuser bauen.

das, wie schon angedeutet wurde, dadurch geschehen, daß die Ackerstücke, die an der Peripherie der Stadt liegen, mit „eisernen Schienen“ näher an das Zentrum herangebracht und dadurch als Bauland verwendbar werden. Nicht die Grundstücke sind beweglich, aber die Menschen, die sich auf den Grundstücken ihre Wohnstätten errichten. Es kommt nur darauf an, diese Beweglichkeit in billiger und bequemer Weise für die Lösung des städtischen Wohnungsproblems nutzbar zu machen — wie es tatsächlich durch unsere elektrischen Bahnen, die Hoch- und Schwebebahnen, die Untergrundbahnen usw. geschieht, oder doch geschehen kann.

Schon höre ich mehrere Einwände: Vor allem fürchtet man wieder die bösen Bodenspekulanten; neue Verkehrsmittel und Verkehrserleichterungen locken nur die Bodenspekulanten noch mehr an, so sagt man, sie legen dann sofort die Hand auf den Grund und Boden, und alles bleibt beim alten. Daß diese Argumentation grundfalsch ist, wissen wir aus dem vorigen Abschnitt, aber selbst wenn die Voraussetzungen dieser Theorie richtig wären, wenn der Bodenspekulant als Monopolist seine Preise diktieren könnte, dann würde doch jede Verkehrsverbesserung nicht Erleichterung, sondern Erschwerung einer Ausbeutung der Wohnungsnot durch die Bodenspekulanten bedeuten. Die Verkehrsverbesserungen vermehren Quantität und Qualität des städtischen Baulandes, nichts aber ist natürlicher, als daß der Monopolist seine Rolle um so schwieriger durchführen kann, je mehr er in seinem „Magen“ verdauen muß.

Ein zweiter Einwand ist etwas ernster zu nehmen: „die städtischen Wohnungsbedürftigen wollen nicht draußen wohnen“. Gewiß, viele werden die Annehmlichkeiten des großstädtischen Lebens den Annehmlichkeiten einer geräumigen Wohnung in der Nähe von Gottes freier Natur vorziehen; nicht wenige müssen das tun aus geschäftlichen Rücksichten. Trotzdem können und wollen bei angemessenen Verkehrsmitteln viele andere „draußen“ wohnen, sie vermindern aber durch ihre Ansiedlung an der Peripherie die Nachfrage im Innern und helfen dadurch indirekt auch denen, die vor der Stadt nicht wohnen können und nicht wohnen wollen.

Wir haben manche beachtenswerte Berichte aus dem Auslande, die zeigen, wie deutlich man dort vielfach in den Städten erkannt hat, daß die Wohnungsfrage zum guten Teile eine Verkehrsfrage ist.

Man lese z. B. einmal nach, was der Belgier Dr. Emil Vehees über die Erfolge der Verkehrserleichterungen für Arbeiter in seinem Vaterlande berichtet:* Wo sonst viele Schlafgänger die

* Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. 97. S. 207.

Woche in sehr mißlichen Zuständen durchbrachten, um nur den Sonntag in ihrer Heimat bezw. in ihrer Familie zu verbleiben, hat die bedeutende Ermäßigung der Preise auf den Staatseisenbahnen ein tägliches Hin- und Zurückfahren ermöglicht — —, auf den Bahnen nach den größeren Städten und industriellen Gegenden fahren morgens und abends spezielle Arbeiterzüge mit vielen kleinen Haltestellen, um täglich hunderttausende Arbeiter zu befördern, und um ihren Familien den Aufenthalt auf dem Lande mit billigen und gesunden Wohnungs- und Ernährungsverhältnissen zu gestatten. Elektrische Tram- und Kleinbahngesellschaften treffen entsprechende Einrichtungen. In Belgien ist es tatsächlich möglich, zugleich Parzellenpächter und städtischer Fabrikarbeiter zu sein. Die Kinder des Arbeiters brauchen nicht im frühesten Alter in Fabrikluft aufzuwachsen.

Ähnlich günstige Berichte kommen aus den Vereinigten Staaten. Dort ist in den Groß- und Mittelstädten der Preis des Grundeigentums durch die Ausdehnung des Straßenbahnnetzes stark beeinflußt. „Die umliegenden Ortschaften werden in immer weiterem Umkreise mit der betreffenden Stadt durch elektrische Straßenbahnen verbunden, und es wird auf diese Weise der städtischen Bevölkerung ein übermäßig großer Raum zum Zwecke des Bewohnens zur Verfügung gestellt. Das Angebot leerer Bauplätze übertraf daher bei weitem die Nachfrage, und die Preise waren sehr gedrückt.“*

Es mag sein, daß es der Bequemlichkeit des deutschen Michel mehr paßt, möglichst nahe beim Nachbar zu wohnen und möglichst nahe da, wo „etwas los ist“; trotzdem wage ich anzunehmen, daß die Redensart: „Die Arbeiter wollen nicht draußen wohnen“ eine starke Übertreibung ist. Tatsächlich sind ja alle größeren Städte mit einzelnen Vororten oder Gruppen von Häusern umlagert, sie sind meistens mindestens ebensoschnell vermietet wie die Häuser in der inneren Stadt. In seiner Schrift „Beiträge zur Entwicklung der Grundrente in München“ erzählt von Renauld, daß es in München während der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts sogar als ein Übelstand beklagt wurde, daß die entferntesten Teile der Straßenanlagen wegen des wohlfeileren Ankaufspreises der Bauplätze mit Gebäuden besetzt würden, während für die Ausfüllung der großen Zwischenräume bis zu den der Stadt näher gelegenen Bauten nach dem Verhältnis der Bevölkerung und des Bedürfnisses kaum jemals eine Hoffnung gegeben sei. Damals gab es dabei noch nicht einmal Straßenbahnen!

Bleiben wir bei der Gegenwart, so wäre darauf hinzuweisen,

* Deutsches Handelsarchiv (Juni 1901).

daß nach dem Ergebnisse der am 1. Dezember 1900 stattgefundenen Zählung immerhin ungefähr 180 000 Großstädter mehr als 3 Kilometer von ihrem Arbeitsorte entfernt wohnten, und bei 21 400 betrug die Entfernung sogar mehr als 10 Kilometer. Das sind allerdings keine imponierend großen Zahlen, aber was die wenigen können, würde ohne Zweifel zahlreichen anderen auch möglich sein. Es müßte insbesondere in weit größerem Umfange den Arbeitern ermöglicht werden, vor der Stadt zu wohnen. Von 85 000 Personen, die in Berlin arbeiteten, hatten ihren Wohnsitz außerhalb z. B. 16 600 Angehörige des Handelsgewerbes und 10 300 Angehörige des Militär- und bürgerlichen Dienstes, dagegen nur 6900 Metallarbeiter, 3700 Maschinenarbeiter, 970 Textilarbeiter usw. In verhältnismäßig größerer Zahl (7847) wohnten nur die Bauhandwerker in den Außenbezirken.

Aus der theoretischen Einsicht scheint man allmählich energischer in manchen Städten Deutschlands praktische Konsequenzen zu ziehen. So berichtete beispielsweise Mannheims tüchtiger Oberbürgermeister Beck in seiner beachtenswerten Denkschrift „Die Mannheimer Wohnungsfrage und die Bau- und Bodenpolitik der Stadtgemeinden“: „Behufs Erzielung günstigerer Verbindungen mit den Außengemeinden bemühte sich die Stadtverwaltung, die bestehenden und noch zu schaffenden Vorortbahnen in ihre Hand und unter ihren Einfluß zu bringen. Sie sah hierin das wirksamste Mittel zur Dezentralisation der auf engen Raum angehäuften Bevölkerung und zur Verhinderung einer weiteren Verdichtung derselben.“

Drei Bedingungen müssen die städtischen Verkehrsmittel erfüllen, wenn sie die erhofften günstigen sozialen Wirkungen haben sollen: sie müssen möglichst rasch zu erreichen sein, möglichst rasch fahren und möglichst billig in der Benutzung sein.

Die erste und zweite Forderung wird immer von neuem erschwert durch die rasch zunehmenden und sich ändernden Menschenanstauungen in den Großstädten. Der großstädtische Verkehr konzentriert sich um verhältnismäßig wenige Punkte. Geradezu erstaunlich ist es, welche gewaltige Massen von Menschen sich dadurch an einigen bevorzugten Stellen der Stadt, namentlich im Stadtzentrum, im Laufe des Tages regelmäßig zusammendrängen: die Londoner City betraten im Jahre 1881 während 24 Stunden 797 000 Personen, 1891 waren es bereits 1 186 094, die Zahl der Fußgänger auf dem Bürgersteige vor der Bank von England belief sich im Jahre 1863 während eines Tages auf 50 000, 1900 auf 183 000, 1903 auf 248 000. Während im Jahre 1865

der bekannte Londoner Platz Piccadilly im Juli durchschnittlich von 8200 Fahrzeugen täglich passiert wurde, belief sich diese Zahl im Juli 1903 bereits auf 16 000.*

Das großstädtische Verkehrsproblem wird nun noch dadurch besonders kompliziert, daß diese gewaltigen Menschenanstauungen nicht in gleicher Stärke während des ganzen Tages zu beobachten sind: die großstädtische Verkehrskurve zeigt vielmehr während des Tages häufig sehr starke Schwankungen. Ein Teil des großstädtischen Verkehrs verteilt sich allerdings ziemlich gleichmäßig auf den ganzen Tag: man benutzt die städtischen Verkehrsmittel, um Einkäufe zu machen, um Freunde und Bekannte zu besuchen, als Fremder, um die Stadt zu besichtigen usw. — daneben tritt jedoch in den Morgen- und Abendstunden der zu und von den Arbeitsstätten strömende Verkehr der Arbeiter, Handlungsgehilfen, Geschäftsleute aller Art. Dieser letztere Verkehr bewirkt es hauptsächlich, daß die Benutzung der städtischen Verkehrsmittel im Laufe des Tages so sehr schwankend ist. Nach Lindemann bewegen sich die täglichen Schwankungen des Verkehrs auf der Brooklyner Hochbahnbrücke zwischen zirka 100 Passagieren pro Stunde morgens zwischen 2 bis 4 Uhr in der Richtung nach Manhattan ins Geschäftsviertel und 9500 um 8 Uhr. Die Kurve steigt rapid in der Zeit von 6 bis 8 Uhr, um dann ebensoschnell in der Zeit von 8 bis 1 Uhr zu fallen. Ganz entsprechend ist die Kurve des zentrifugalen Verkehrs von Manhattan, die um 7 Uhr abends mit zirka 10 200 Passagieren pro Stunde wieder ihr Maximum erreichte. In London betrug die Zahl der lokalen Eisenbahnzüge, die an Endstationen ankamen, während der Zeit von

12 bis 4 Uhr vormittags	64	12 bis 4 Uhr nachmittags	826
4 „ 8 „ „	467	4 „ 8 „ „	956
8 „ 12 „ „	1229	8 „ 12 „ „	717

Für Berlin hat Gustav Schimpff** Zahlen zusammengestellt, aus denen beispielsweise hervorgeht, daß dann, wenn man den stündlichen Durchschnittsverkehr auf der Berliner Stadtbahn, Strecke Friedrichstraße—Börse gleich 100 setzt, diese Ziffer in der Stunde des stärksten Verkehrs auf 310 emporschnellte, um in der schwächsten Verkehrsstunde auf 56 herabzugehen. Dabei ist bemerkenswert, daß dieselbe Strecke in der umgekehrten Richtung

---

* Vgl. hierzu und zu den folgenden den Londoner Verkehr betreffenden Zahlenangaben: Journal of the Royal Statistical Society (Juni 1904).

** Wirtschaftliche Betrachtung über Stadt- und Vorortbahnen. Berlin 1913

(Börse—Friedrichstraße) erheblich geringere Schwankungen aufweist (Maximum 204, Minimum 44). Auch der Verkehr an den einzelnen Wochentagen ist bekanntlich nicht gleich. Man kann annehmen, daß der Montag einen etwa 5 Prozent, der Sonnabend einen etwa 10 Prozent stärkeren Verkehr hat, als dem Durchschnitt der Werktage entspricht, während der Freitag um etwa 10 Prozent gegen den Durchschnitt zurückbleibt. Ein ganz eigenartiges Gepräge hat selbstverständlich der Sonn- und Festtagsverkehr, er wird bei gutem Wetter ganz durch Ausflugsverkehr beherrscht, der sich naturgemäß für die Hinfahrt auf einer größeren Anzahl von Stunden als für die meist auf wenige Abendstunden beschränkte Rückfahrt verteilt.

Der großstädtische Verkehr nimmt nicht nur absolut, sondern auch relativ, d. h. schneller als die Bevölkerung zu. Es geht das deutlich aus folgenden Angaben hervor:

Von 1867 bis 1902 nahm die Bevölkerung von Greater London um 86 Prozent zu, während sich dagegen der Verkehr um nicht weniger als 499 Prozent steigerte. Das gewaltige Anwachsen des Verkehrs innerhalb des Hauptteils von Neuyork, der Manhattaninsel, ergibt sich daraus, daß im Jahre 1860 auf einen Bewohner 47, 1880 bereits 182 und 1900 sogar 388 Fahrten kamen. Die öffentlichen Verkehrsmittel Berlins — ohne Droschken — beförderten 1906 nahezu 754½ Millionen Menschen, oder nicht viel weniger als die preußisch-hessische Staatseisenbahn innerhalb derselben Zeit. Im Jahre 1904 kamen auf den Kopf der Bevölkerung von Groß-Berlin 231 Fahrten im Stadt- und Vorortverkehr, 1906: 263, 1909: 275. Von diesen 275 Fahrten kamen 44 auf die Stadt- und Ringbahn, 38 auf die Vorortbahnen, 15 auf die Hoch- und Untergrundbahn, 139 auf die Straßenbahnen und 39 auf die Omnibusse.

Es ist keine leichte Aufgabe, diese gewaltigen Menschenmassen rasch und sicher innerhalb der Stadt und von der Stadt nach den Vororten zu befördern; ohne die glänzenden technischen Fortschritte, die auf dem Gebiete des Lokalverkehrswesens in den letzten Jahrzehnten gemacht wurden, würde es eine Unmöglichkeit sein. Noch ist es kein Jahrhundert her, seitdem Lafitte in Paris den ersten Omnibus laufen ließ (1819), und die erste Pferdeeisenbahn wurde in Deutschland sogar erst 1865 erbaut zwecks besserer Verbindung Berlins mit Charlottenburg. 1879 wurde in Berlin bei Gelegenheit der Gewerbeausstellung zum ersten Male eine kleine elektrische Bahn durch Werner von Siemens vorgeführt, auf dessen Betreiben ist denn auch — zunächst mehr zu Versuchszwecken — die älteste aller elektrischen Straßenbahnen in Großlichterfelde erbaut und bereits am 16. Mai dem all-

gemeinen Personenverkehr übergeben worden. Heute wird in Deutschland wie im Auslande weitaus der größte Teil des großstädtischen lokalen Verkehrs durch elektrische Bahnen bewältigt.

Während im Jahre 1898 von den deutschen Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern immerhin noch zehn sich für ihre Straßenbahn ausschließlich mit Pferdebetrieb begnügten, hatte 1904 nur noch eine Stadt (Potsdam) lediglich Pferdebetrieb. Im ganzen war der Pferdebetrieb im Jahre 1904 auf 0,66 Prozent der geleisteten Wagenkilometer herabgesunken. So große Fortschritte hat der elektrische Betrieb in wenigen Jahren gemacht!

Der Omnibus spielt eine größere Rolle im eigentlichen Ortsverkehr nur noch in Berlin, dort gab es 1912: 226,4 Kilometer Omnibuslinien für den Ortsverkehr und 104,4 Kilometer für den Außenortsverkehr; von 666 Omnibussen, die dem Verkehr (1912 wurden fast 160 Millionen Personen befördert) dienten, waren 176 mit Motorbetrieb.

Mehr für die Wohlhabenden und den Fremdenverkehr kommen die Droschken in Betracht, ihre allgemeine „soziale" Bedeutung ist daher gering. In 52 deutschen Städten mit über 50 000 Einwohnern wurden 1904 16 173 Droschken gezählt, darunter 11 500 Taxameter und 148 Motordroschken. Die Droschken verteilten sich auf im ganzen 2220 Standplätze. Acht Jahre später — 1912 — hatte sich an diesem Bilde nicht allzuviel geändert, die Zahl der Standplätze war auf 2400 vermehrt worden, die Anzahl der Droschken aber auf 13 638, die der Taxameter sogar auf 8072 gesunken, dafür hatten aber die Motordroschken eine starke Zunahme erfahren, man zählte deren 1912: 4546, gegen nur 27 im Jahre 1900, ein Beweis dafür, daß in den Großstädten die Verkehrsmittel — abgesehen von dem Luxusverkehr — in stark steigendem Umfange dem Schnellverkehr zu dienen bestimmt sind.

Große Hoffnungen sind neuerdings an die Hoch- und Untergrundbahnen geknüpft worden. Sie sind gewiß für die ganz großen Weltstädte nicht mehr zu entbehren, aber die anderen Großstädte werden wegen der außerordentlich hohen Herstellungskosten verzichten müssen. Es ist kennzeichnend, daß die Hoch- und Untergrundbahngesellschaft in Berlin, die den verkehrsreichsten und rentabelsten Teil des Berliner Untergrundbahnverkehrs innehat, doch im Durchschnitt auf eine nur fünfprozentige Dividende kommt, das ist angesichts der großen wirtschaftlichen Gefahren derartiger Unternehmungen so wenig, daß selbst in Groß-Berlin die Hoch- und Untergrundbahnen voraussichtlich eine nur langsame Entwicklung zeigen werden.

Die glänzenden Fortschritte, die das städtische Verkehrswesen in den letzten Jahren gemacht hat, wollen wir nicht verkennen;

aber noch längst nicht ist, soweit Dichte und Umfang des Bahnnetzes in Betracht kommt, der Vorsprung, den z. B. Nordamerika vor uns voraus hatte, eingeholt. Nicht uninteressant sind die Berichte zu lesen über die großen Mühen, die sich die amerikanischen Straßenbahngesellschaften vielfach geben, um Fahrgäste anzulocken. Einige Gesellschaften geben hübsch ausgestattete Reklamehefte heraus, in denen die Vorzüge der Stadtumgebung in Wort und Bild geschildert werden, und da, wo die Umgebung der Städte natürlicher Reize entbehrt, schaffen die Gesellschaften selbst großartige Vergnügungsgärten (Street Railways Parks) mit Konzerträumen, Theater, Schlitt- und Rollschuhbahnen usw.

Dichte und Umfang des Bahnnetzes bedeuten nun an und für sich noch recht wenig; es kommt darauf an, wie dieses Bahnnetz benutzt werden kann. Dabei scheint mir dreierlei zu berücksichtigen zu sein: *Anzahl der Stationen, Häufigkeit der Fahrten, Geschwindigkeit der Fahrten*; die Bedeutung dieser Faktoren wird etwas verschieden sein, je nachdem es sich handelt um *Gelegenheitsverkehr* oder um *Arbeitsstättenverkehr*.

Für den städtischen Gelegenheitsverkehr tritt die Fahrgeschwindigkeit an Bedeutung zurück. Man benutzt die Fahrgelegenheit mehr, um sich nicht zu sehr zu ermüden, um sich nicht als Fußgänger mühsam einen Weg durch das Gewühl zu bahnen, als um erheblich rascher vorwärts zu kommen. Dagegen sind andererseits möglichst viele Stationen, ebenso wie in kurzen Fristen aufeinanderfolgende Fahrten erwünscht, man will möglichst überall und ohne länger als einige Minuten zu warten, ein- und aussteigen können.

Bei dem Arbeitsstättenverkehr tritt hingegen die Geschwindigkeit der Fahrt in den Vordergrund; *er muß entweder Schnellverkehr sein oder er wird überhaupt bedeutungslos bleiben*. Der gewaltige Andrang von Fahrgästen morgens unmittelbar vor Arbeitsbeginn und abends nach Fabrik- und Geschäftsschluß fordert natürlich zugleich ein möglichst rasches Aufeinanderfolgen der einzelnen Wagen und Züge.

Etwas schwieriger ist die Frage nach der Zahl der Haltestellen zu beantworten. Das Ideal wäre ja gewiß, daß wenigstens jede größere Ansiedelung von Arbeitern durch Schnellzüge mit den Arbeitsstätten verbunden wäre, die auf der Zwischenstrecke nur selten halten. Tatsächlich liegen ja bekanntlich die Verhältnisse umgekehrt, die sogenannten Arbeiterzüge sind durchweg Bummelzüge, die möglichst überall da halten, wo sie überhaupt nur halten können. Da sie zudem auch noch meist außerordentlich überfüllt

sind, kann man es wohl begreifen, daß bei uns mancher für das Vergnügen dankt, mit solchen Zügen und Wagen zur Arbeitsstätte befördert zu werden. Vermehrung der Fahrgelegenheit und der Wagenanzahl bei gleichbleibender Länge der Gleise würde nur Erhöhung der Verkehrsunsicherheit und Herabminderung der durchschnittlichen Geschwindigkeit im Gefolge haben. Abhilfe kann also nur nach Vermehrung der Gleise geschaffen werden; da diese Gleise aber nur während weniger Stunden im Tage voll ausgenutzt werden, so werden sich Privatgesellschaften wohl kaum dazu verstehen; um so weniger, weil in der Regel das Maximum in zentripetaler Richtung mit dem Minimum in zentrifugaler Richtung zusammenfällt und umgekehrt, was zur Folge hat, daß die Wagen nur auf der Hin- bezw. Rückreise besetzt sind.

Weil die Zeit des Arbeitsbeginnes und des Arbeitsschlusses in den einzelnen Betrieben außerordentlich verschieden ist, wäre es gewiß sehr wünschenswert, wenn diejenigen, die in gleichen Branchen beschäftigt sind, sich möglichst in denselben Gegenden ansiedelten. So wurde durch eine Enquete des Frankfurter Gewerkschaftskartells über die Benutzung der Straßenbahn durch Arbeiter (1903) festgestellt, daß zirka 50 Prozent der beteiligten Arbeiter von 6 Uhr und früher bis herab auf 4 Uhr Arbeitsschluß hatten, während andere, wie Schneider, Schuhmacher, Ladenangestellte, sehr viel später ihre Arbeit verlassen. Ähnliche Unterschiede bestehen für den Arbeitsbeginn. Würden nun diejenigen, die ziemlich zu derselben Zeit mit der Arbeit beginnen bezw. aufhören, wenigstens zum überwiegenden Teile in denselben Stadtgegenden wohnen, so könnten die Züge, welche Arbeitsstätte und Wohnung miteinander verbinden, schneller ihr Ziel erreichen, weil sie weniger häufig zu halten brauchten und mit einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Zügen könnte das erreicht werden, was bei regellosem Durcheinanderwohnen der verschiedenen Gruppen der fern von der Arbeitsstätte Wohnenden nur bei einer erheblich größeren Zahl von Zügen und infolgedessen mit weit größerem Kostenaufwande zu erreichen möglich wäre. Daß schon heute eine derartige Tendenz unter der Arbeiterbevölkerung zu bemerken ist, mögen einige Angaben aus einer 1897 erschienenen amtlichen Denkschrift des Londoner Grafschaftsrates illustrieren. Die Londoner Arbeiterbevölkerung, die auf Benutzung der Arbeiterzüge angewiesen ist, verteilt sich im ganzen ziemlich gleichmäßig auf die Londoner Stadtgegenden. Es wohnten im Osten 22,9 Prozent, im Norden 22,3 Prozent, im Westen und in der Mitte 20,7 Prozent, im Süden 34,1 Prozent. Die Gleichmäßigkeit ändert sich erheblich bei den verschiedenen Spezialgruppen:

Arbeitszweig	Beschäftigte Arbeiter	Davon wohnten % im Osten	Norden	Westen und Zentrum	Süden	Zeit des Arbeitsanfanges Uhr
Frauenschneider und Putzmacherinnen .	59 668	11,5	32,4	26,2	30,1	8
Bauhandwerker . .	102 784	12,1	24,8	25.5	37 7	8
Drucker usw. . . .	38 270	14,7	24,5	18,9	41,9	7
Metallarbeiter . . .	44 234	22,7	15,6	14,6	47,1	6
Lagerarbeiter . .	13 925	19,5	18,0	11,9	50,6	6—8½
Holzarbeiter . . .	56 909	32,8	26,5	16,6	24,1	8
Schneider	42 216	41,8	17,1	24.8	16,3	8½
Tabakarbeiter . . .	7 508	47,1	14,1	16,0	22,8	9
Dock- u. Werftarbeiter	14 562	60,5	1,9	2,1	35.5	6

Der Bericht gibt detaillierte Angaben darüber, wie sich die einzelnen Berufskategorien auf das Nachbargebiet der einzelnen Londoner Bahnhöfe verteilen; es würde zu weit führen, hier ausführlicher darüber zu berichten. Es mag genügen, zu konstatieren, daß auch hier sich wieder als Resultat ein offenbares Bestreben der Angehörigen derselben Berufszweige, sich möglichst in denselben Gegenden anzusiedeln, ergibt. Daß das in den Großstädten nicht nur für die Verkehrsorganisation, sondern auch für eine Reihe von anderen sozialen Problemen von Bedeutung ist, braucht kaum hervorgehoben zu werden; ich erinnere nur an die Aufgaben des Arbeitsnachweises, Gewerkvereinsbewegung, Kontrolle der Arbeitslosen, Armenfürsorge, Unterrichtsveranstaltungen usw.

Manche Aufgaben des großstädtischen Verkehrs würden durch Einführung der sogenannten ungeteilten Arbeitszeit gefördert werden. Die noch immer in Deutschland — im Gegensatz zu England, Amerika, Belgien — übliche Arbeitszeit, die, durchbrochen durch eine längere Mittagspause, zu ungefähr gleichen Teilen auf den Vormittag und Nachmittag verteilt wird, hat zur Folge, daß eine erhebliche Anzahl Großstädter gezwungen ist, viermal täglich weite Wege zurückzulegen, für wirkliche Erholung in und mit der Familie bleibt dabei nur wenig Zeit. Anders bei der ungeteilten Arbeitszeit, die die späten Nachmittagsstunden den Angestellten und Arbeitern freiläßt und ihnen namentlich auch die Möglichkeit gibt, weiter entfernt liegende, gesunde, billige Wohnungen zu nehmen. Die Erfahrungen, die mit der ungeteilten Arbeitszeit in Deutschland gemacht wurden, sind durchweg vortrefflich, wobei

freilich vorausgesetzt ist, daß sie ergänzt wird durch ungeteilte Schulzeit mit Wegfall des Nachmittagsunterrichts.

Bei der sozialpolitischen Würdigung der städtischen Verkehrsmittel kommt neben dem Aufwand an Zeit der Aufwand an Geld in Betracht, den die Benutzung der Verkehrsmittel erfordert. Für den städtischen Gelegenheitsverkehr sind zwecks Beantwortung der sich dabei ergebenden Fragen vorwiegend die allgemeinen Tarifsätze heranzuziehen. Für den Arbeitsverkehr vorwiegend die Sondertarife (Abonnements- und Arbeiterkarten).

Bei dem allgemeinen Tarif (auch Einzeltarif genannt) handelt es sich in der Hauptsache entweder um Einheits- oder um Teilstreckentarif. Unter ersterem sind diejenigen Tarife zu verstehen, bei denen der Fahrpreis einheitlich ohne Rücksicht auf Länge der Strecke, und zwar in Deutschland durchweg zu 10 Pfennigen festgesetzt ist. Beim Teilstreckentarif wird dagegen, wie schon der Name sagt, bei Bemessung des Fahrpreises die Länge der zu durchfahrenden Strecken berücksichtigt, sei es, daß als Bemessungsgrundlage die absolute Entfernung nach dem Längemaß oder ein System von Zonen zugrunde gelegt wird. Wer sich über die technische und wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Tarifarten näher unterrichten will, greife zu dem Buche von Lothar Weiß über „Die Tarife der deutschen Straßenbahnen". Hier müssen einige Bemerkungen genügen. Der Einheitstarif von 10 Pfennigen scheint sozialpolitisch der wünschenswerteste zu sein, wenn er auch vom privatwirtschaftlichen Interessenstandpunkte der Bahngesellschaften in manchen Fällen deshalb beklagt wird, weil er zu einer Reduzierung der in der Regel recht erheblichen Dividende führen kann. Der Krieg hat wie alles so auch die Benutzung der städtischen Straßenbahnen verteuert; bis anfangs 1917 hatten bereits 42 Städte, darunter die meisten Großstädte, eine zum Teil recht erhebliche Tariferhöhung beschlossen. Dazu wird in der Folge noch die Wirkung der Reichsverkehrssteuer kommen, die trotz aller Bemühungen einsichtiger Sozialpolitiker auch den binnenstädtischen Verkehr nicht verschont, wobei zu berücksichtigen ist, daß auch schon vor dem Krieg ein nicht ganz geringer Teil der Ausgaben unserer städtischen privaten Straßenbahnen auf Steuern entfiel (1912 in Posen 5,58 Prozent, in Kiel 5,58 Prozent). Bei der Berliner Straßenbahn machten die Steuern 2,51 Prozent ihrer Auslagen aus.

Von besonderem Interesse sind die Sondertarife, die teils allgemein für das große Publikum, das häufiger von der Fahrgelegenheit Gebrauch macht, aufgestellt sind (Abonnementskarten), teils aber nur für bestimmte Klassen von Fahrgästen (Arbeiter, Schüler u. dergl.) gelten. Weiß teilt mit, daß der Abonnent pro Streckenkilometer zu zahlen hat, wenn er eine Jahreskarte löst,

auf der Hamburger Straßenbahn 1,07 Pfennig, auf der städtischen Straßenbahn Frankfurt a. M. 3,63, in Mainz 7,65, in Trier 14,54, in Heidelberg 16,78 Pfennige! Die so außerordentlich großen Unterschiede zeigen deutlich, wie wenig man sich bis jetzt über einheitliche Gesichtspunkte bei Aufstellung der Tarife geeinigt hat. Die Einnahmen aus Abonnements beliefen sich in Prozenten der gesamten Betriebseinnahmen im Jahre 1902: bei der Großen Berliner Straßenbahn auf 12,65 Prozent, bei der Breslauer Straßenbahn auf 12,06 Prozent, bei der städtischen Straßenbahn in Köln auf 17,7 Prozent, bei der Hamburger Straßenbahn auf 8,78 Prozent, bei der Großen Leipziger Straßenbahn auf 4,84 Prozent; also auch hier eine so große Verschiedenheit, daß man irgendwelche allgemein gültige Schlüsse aus diesen Zahlen nicht ziehen kann.

Für den Arbeiter hat man bei einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Straßenbahnen besonders billige Sondertarife aufgestellt, nach denen der Arbeiter zum Teil sogar unter den Selbstkosten befördert wird.

Auch die Staatseisenbahnen könnten erheblich mehr zur Förderung des großstädtischen Verkehrs, namentlich des Arbeitsstättenverkehrs, durch möglichst billige Vorortstarife tun; als Muster können hier die belgischen Verhältnisse dienen.

Sehr wenig Wert scheint es mir zu haben, wenn dem Arbeiter nur einmal in der Woche ermöglicht wird, zu seiner außerhalb der Stadt wohnenden Familie zu fahren; abgesehen von manchen anderen Bedenken, spricht dagegen vor allem der Umstand, daß das dadurch notwendig werdende Zweihaushaltungssystem in der Regel zu teuer sein dürfte; anderseits wird man sich damit begnügen müssen, daß es dem Arbeiter ermöglicht wird, täglich nur einmal möglichst billig und möglichst schnell den Weg von seinem Hause bis zur Arbeitsstätte hin und zurück zu machen; daraus ergibt sich die weitere Forderung, daß bei dem Ausbau des lokalen Verkehrswesens gleichzeitig für die Lieferung eines guten und billigen Mittagessens für die in der Stadt arbeitende und außer der Stadt wohnende Bevölkerung gesorgt werden muß.

Es bedarf gewiß keiner weiteren Ausführungen, um die große Bedeutung der *Verkehrspolitik in der modernen Großstadt* in das rechte Licht zu setzen, der man freilich bis jetzt weder theoretisch noch praktisch die Aufmerksamkeit geschenkt hat, die sie verdient.

Hier, wo von Verkehrspolitik der Städte die Rede ist, mag darauf hingewiesen werden, daß im Jahre 1673 im sächsischen Landtage lebhaft darüber geklagt wurde, daß es noch in aller Erinnerung sei, wie in Leipzig keine Karrete (zum Personentransport dienender Wagen) gebräuchlich gewesen war, jetzt da-

gegen sei wegen der vielen Karreten und mutigen Pferde beim Gottesdienst und bei der Messe in den Gassen fast nicht fortzukommen. Deshalb verbot der Leipziger Rat wiederholt 1680 und 1698 „alle Karreten in der Stadt herum zu Hochzeiten, Leichen und zur Kirche".*

Heute kann man vielleicht zwischen einer indirekten und einer direkten städtischen Verkehrspolitik unterscheiden. Von indirekter Verkehrspolitik möchte ich dann sprechen, wenn die Stadtverwaltung die Straßenbahn und Verkehrsmittel nicht selbst verwaltet, aber doch bei der Konzession einen entscheidenden Einfluß auf die private Verwaltung der Unternehmer sich sichert. So ist z. B. im Konzessionsvertrage der Großen Leipziger Straßenbahn u. a. folgendes bestimmt: Die Konzessionärin hat ihre ganze elektrische Straßenbahnanlage immer in bestem Zustande zu erhalten, so daß alle dazu gehörigen Gegenstände jederzeit den höchsten Anforderungen der Technik entsprechen.... Über die Aufstellung der Fahrpläne, der Fahrgeschwindigkeit, die Numerierung der Wagen, die Höhe und Erhebung des Fahrgeldes, die Bezeichnung der Linien an den Wagen, die Uniformierung, die Abzeichen und Bezeichnungen der Beamten, über die Anforderungen, die in bezug auf die Befähigung der Beamten zu stellen sind usw., behält sich der Rat der Stadt vor, teils in Form einer besonderen Betriebsordnung, teils in Einzelerlassen oder Bekanntmachungen, die jeweilig notwendigen Bestimmungen zu treffen, denen sich die Konzessionärin im voraus unterwirft.... Die von der Konzessionärin für die von ihr übernommenen Verpflichtungen und Leistungen bei dem Rat der Stadt zu hinterlegende Sicherheit ist auf 200 000 Mark festgesetzt. Interessant ist eine Klausel in dem Vertrag, den die Würzburger Straßenbahn mit der Stadt abgeschlossen hat; danach ist die Gesellschaft verpflichtet, auf Verlangen der Stadt im Bedürfnisfalle, worüber im Streitfall ein Schiedsgericht entscheidet, während der ersten 35 Jahre der Konzessionsdauer den Bau weiterer Linien auszuführen. Ist ein solches Bedürfnis gestellt, so muß die Inbetriebsetzung der neuen Linie innerhalb neun Monaten vom Tage der Aufforderung an geschehen.

Eine Beteiligung an dem Gewinn der privaten Straßenbahn haben sich die meisten Stadtverwaltungen gesichert. Die Gemeinde Berlin erhebt z. B. von der Großen Berliner Straßenbahn als Entgelt 8 Prozent von der Bruttoeinnahme, solange der Zehnpfennigtarif in Geltung ist, und 10 Prozent, sobald der Zonentarif eingeführt wird. In den Jahren, in welchen der verteilbare Reinertrag des Unternehmens 12 Prozent übersteigt, fällt

* Nach Sternberg: Das Verkehrsgewerbe. Leipzig 1905.

die Hälfte als Gewinnanteil an die Stadt, aber nur von dem zur Zeit des Vertragsabschlusses vorhanden gewesenen Aktienkapital von 22 873 000 Mark. Im Jahre 1912 betrug der Gewinnanteil, den die Große Berliner Straßenbahn an die Stadtkasse zu entrichten hatte, 1 118 000 Mark, die gesamte konzessionsmäßige Abgabe belief sich auf ungefähr 4½ Millionen Mark.*

So günstig und weitblickend die Konzessionsverträge auch immerhin abgefaßt sein mögen, sie können doch kaum die Vorteile der in das Eigentum und den Betrieb der Stadt übergeführten Straßenbahnen in sich schließen. Nur dann, wenn die Straßenbahnen sich in städtischer Verwaltung befinden, können die richtigen Konsequenzen aus dem Satze gezogen werden, daß die Wohnungsfrage in der Hauptsache eine Verkehrsfrage sei; die Stadt vermag aus den Straßenbahnen eine Wohlfahrtseinrichtung zu machen, sie kann wirklich Sozialpolitik treiben bei Aufstellung der Tarife. Sie wird in der Lage sein, nicht nur den vorhandenen Verkehr auszunützen, sondern neue Verkehrsbedürfnisse durch Erschließung reichlichen und daher billigen Baulandes zu schaffen; die Kommune kann endlich für die Straßenbahnangestellten besser sorgen als ein dividendenlüsternes Privatunternehmen. Sie kann das alles, wenigstens dann, wenn die Stadtverwaltungen nicht nur Geschäfte machen wollen, sondern auch den Ehrgeiz haben, sich durch sozialpolitische Leistungen nützlich zu machen.

Fr. Naumann verlangt Unentgeltlichkeit der lokalen Personenbeförderung. Ich glaube nicht, daß das in absehbarer Zeit möglich ist, und ich meine, daß es auch, im allgemeinen gefordert, nicht einmal wünschenswert ist. Der städtische Gelegenheitsverkehr wenigstens stellt zum guten Teile einen Luxus dar, der nicht unentgeltlich geboten zu werden braucht.

Denkbar wäre es, daß ein Teil der Kosten nicht von dem direkten Konsumenten, sondern von den „Anliegern" gedeckt würde. Es ist sicher, daß die Grundstücke in unmittelbarer Nähe der Straßenbahn eine höhere Wertsteigerung aufweisen als an den Straßen und Plätzen ohne Straßenbahn. So betrug der Wertzuwachs der an den Straßenbahnen liegenden Grundstücke der inneren Altstadt Dresdens nach Großmann 17 Prozent für das Jahr, die der anderen nur 11 Prozent! Ich zweifle nicht daran,

* Durch das Zweckverbandsgesetz vom 19. Juli 1911 sind die den einzelnen Großberliner Gemeinden gegenüber den privaten Bahnunternehmungen zustehenden Rechte auf den Zweckverband übergegangen. Dem Zweckverband steht demzufolge das Recht zu, die Große Berliner Straßenbahn und deren Tochtergesellschaften zum 1. Januar 1920 zu übernehmen und zwar zum 25fachen Betrag der in den letzten 7 Jahren vor Eintritt des Erwerbs erteilten Durchschnittsdividende unter Ausscheidung der Jahre der höchsten und niedrigsten Dividende.

daß überall festzustellen sein wird, daß diejenigen Grundstücke, die in der Nähe einer Straßenbahn liegen, ceteris paribus auch nicht unerheblich höhere Mietserträge erzielen. Prinzipiell sind also derartige Abgaben durchaus berechtigt. Praktisch sind die Schwierigkeiten gewiß nicht höher als die etwa mit der Wertzuwachssteuer verbundenen Schwierigkeiten. Praktische Versuche nach dieser Richtung hin sind in Hamburg gemacht worden durch das Gesetz über die Erbauung der Walddörferbahn; der dadurch begünstigte Grundbesitz hat für das Quadratmeter 0,50 Mark zu zahlen, jedoch nicht vor dem Verkauf des Grundstückes; für bebaute Grundstücke unter 1000 Quadratmetern sind nur 0,25 Mark zu zahlen. Der Beitrag kann auch in Form einer 30jährigen Rente abgezahlt werden.

So könnte man also hinsichtlich der Verwaltung der städtischen Verkehrsmittel, insbesondere der Straßenbahnen, die Forderungen aufstellen: Kommunalisierung, erhebliche Ermäßigung für den regelmäßigen Arbeitsstättenverkehr, Erhebung von Abgaben von den durch die Bahn besonders bevorzugten Grundstücksbesitzern. Was uns die technische Ausgestaltung der Verkehrsorganisation in der Zukunft noch bringen mag, bleibt abzuwarten; Techniker, wie Bill Archer und Stübben, glauben daran, daß sich schließlich eine Teilung vollziehen werde in der Weise, daß der Bahnverkehr unterirdisch, der Wagenverkehr in Erdgeschoßhöhe und der Fußverkehr auf Bürgersteigen in der Höhe des ersten Stockwerkes der Häuser stattfindet. Daß letzteres nicht so ganz unmöglich ist, beweist die Tatsache, daß in der englischen Stadt Chester noch aus dem Mittelalter die Einrichtung besteht, daß die Fußgänger sowohl in Straßenhöhe als in Höhe des ersten Obergeschosses in Hallengängen verkehren können (Hassert).

Manche Fachmänner prophezeien auch dem System der elektrischen Schwebebahn nach dem Vorbilde der im Betriebe stehenden Schwebebahn in Elberfeld eine größere Zukunft. So wird beispielsweise in Berlin schon seit längerer Zeit eine Schwebebahn projektiert, die vom Gesundbrunnen über den Alexanderplatz nach Rixdorf führen soll. Man erwartet von der Ausführung des Projektes, daß dadurch dem Publikum „ein noch billigerer Tarif, eine größere Fahrgeschwindigkeit, sowie eine häufigere Zugfolge als bei dem System der Stadtbahn geboten werden könne" (Kollmann).

Auf dem Gebiete des Verkehrswesens ebenso wie auf dem Gebiete des Wohnungswesens sind die Fortschritte unserer Techniker mit noch größerem Interesse zu verfolgen als die zahllosen Vorschläge der Politiker und Gesetzgeber. Ich möchte mir da ein

Wort zu eigen machen, das in einer Schrift des vor einigen Jahren verstorbenen Berliner Nationalökonomen R. Th. Reinhold zu finden ist („Der Weg des Geistes in dem Gewerbe" 1901): „Es wird nach unserer Überzeugung nicht gelingen, das moderne Wohnungsproblem mit der Gesetzgebung zu beseitigen. Die Rechtsordnung ist dieser Erscheinung gegenüber fast völlig ohnmächtig ... das Problem der Wohnungsnot ist vor allem technisch zu lösen."

Vor einigen Jahren erschien im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten ein Buch, in dem der Autor schilderte, wie es in den Großstädten der Zukunft aussehen werde. Der Verfasser rechnet mit Städten, in denen sich 10 bis 15 Millionen und mehr Einwohner zusammendrängen, in denen, da der Raum auf und über der Erde längst zu knapp geworden ist, nur noch die Reichen ein Leben im natürlichen Licht des Tages führen, während die Proletarier und ihre Familien in tief unter der Erde eingegrabenen Zellen hausen.

Wenn eine solche Utopie auch sozialökonomisch möglich wäre, die Technik würde uns doch vor einer solchen Wirklichkeit bewahren.

* * *

Mit einigen Worten muß hier die Agitation für Dezentralisation der großstädtischen Bevölkerung Erwähnung finden, die man mit dem Namen „Gartenstadtbewegung" bezeichnet, deren Programm man so zusammenfassen kann: Gartenmäßige, von der Stadt abgetrennte Ansiedlungen auf billigem Boden, dessen Preis den landwirtschaftlichen Nutzungswert nicht oder wenig übertrifft; genossenschaftliches Bodeneigentum, Planmäßigkeit und Größenbeschränkung der neuen Ansiedlung, hygienische und ästhetische Gestaltung desselben; Selbsthilfe; im Endziel schließlich Aufteilung des Landes in Gartenstädte, also wirkliche Dezentralisation der Großstädte (J. Stübben).

Die „Gartenstädter" glauben ihr Ziel erreichen zu können entweder durch Schaffen neuer Vorstädte, die in Verbindung bleiben mit einer Großstadt, oder dadurch, daß sie für sich existierende, mehr isolierte neue Orte gründen, wohin ein Teil der Großstadtbevölkerung ausziehen soll, „mitsamt seiner gewerblichen und sonstigen Beschäftigung, mit Hausstand, den Vergnügungsstätten, Schulen, Kirchen, Verkaufsläden, mit Wasserzufuhr, Beleuchtung, Kraftwerken usw." Eine solche völlige Ablösung von der Großstadt wird für absehbare Zeiten eine Utopie bleiben; auch unter den günstigsten Verhältnissen würde die Gartenstadt als Klein- oder Mittelstadt der verlassenen Großstadt technisch und wirtschaftlich nicht gewachsen sein; immer von neuem muß man sich klar machen,

daß die Großstädte nicht dem Willen einiger spekulierender Individuen ihre Existenz verdanken, sondern der eisernen Notwendigkeit unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Möglich wäre es vielleicht, daß die eine oder andere Gründung Erfolg hätte, etwa dadurch, daß man sie, wie vorgeschlagen wurde, zum Mittelpunkte nationaler Festspiele, dramatischer, musikalischer, gymnastischer Musteraufführungen machte — der Erfolg würde doch sicher nur ein Ausnahmeerfolg sein, für die Lösung des Großstadtproblems würde er nicht viel mehr bedeuten als der Eimer Wasser, den man aus dem Meere schöpft für die Entleerung des Ozeans.

Anders verhält es sich mit dem Plane, Gartenstädte als Vororte zu Großstädten zu gründen; Schwierigkeiten ergeben sich gewiß auch dabei, aber sie sind zu überwinden. Es scheint, daß man in England, dem Ursprungsland der Bewegung, mehr an die Errichtung von Garten v o r städten als an die Schaffung selbständiger Gartenstädte denkt. Der Präsident der Gesellschaft, die die Gartenvorstadt Hampstead schuf, äußerte sich so: Wir wollen vor allem schöne und gesunde Wohnungen mit Gärten und freien Plätzen schaffen, wo Arbeiter und Angestellte, die in London beschäftigt sind, leben und wohin sie für einen Fahrpreis von 2 d (15 Pfennige) von jedem Viertel der Großstadt gelangen können. Wir wollen ferner einen wohldurchgearbeiteten Bebauungsplan für das Gebiet, so daß bei der Lage eines jeden Hauses auf die anderen Häuser Rücksicht genommen wird. In Hampstead sollen die schönen Aussichten allen zugänglich gemacht werden, so daß ein jeder einen gewissen Anteil daran hat. Der Bebauungsplan, nach dem die Anlage begonnen wird, soll während der Dauer der Entwicklung streng beibehalten werden, so daß es nicht vorkommen kann, daß Häuser aufs Geratewohl angelegt, daß Aussichten verbaut werden und offene Plätze für Teile der kleinen Gemeinde nicht zugänglich sind.... Unser Plan ist es, eine Gemeinde zu schaffen, in der, wie es natürlich und richtig ist, alle Klassen vertreten sind....

In Deutschland wirkt die „Deutsche Gartenstadtgesellschaft" für die Gründung von Gartenstädten. Auf ihre Anregung und unter ihrer Führung ist eine Reihe von Gartenstadtunternehmungen entstanden, denen gemeinsam ist, daß sie größere Außengelände nach einem den Bedürfnissen angepaßten Plan erschließen und ihn weiträumig mit Kleinhäusern bebauen, die Spekulation ist ausgeschlossen, der Wertzuwachs wird der Gesamtheit der Bewohner gesichert. Nur wenige dieser Organisationen kommen aber unmittelbar den Großstädten zugute.

Fünfter Abschnitt

Arbeitslosigkeit.

Heute wird wohl kaum noch von ernst zu nehmender Seite bestritten, daß die Arbeitslöhne in dem letzten Menschenalter vor dem Krieg wesentlich gestiegen sind und daß das Durchschnittseinkommen der unteren Klassen kurz vor Kriegsausbruch erheblich größer war als früher. Aber häufig hört man die Behauptung, daß dieser Aufschwung doch allzu teuer erkauft sei mit einer Unbeständigkeit in den Einnahmen, wie sie frühere Zeiten nicht gekannt hätten. Dem hohen Verdienst stehe als traurige Kehrseite gegenüber die Arbeitslosigkeit mehr oder minder zahlreicher Menschenmassen. Sicher ist jedenfalls, daß nächst der Wohnungsfrage das Problem der Arbeitslosigkeit am meisten im Vordergrunde des Interesses des Sozialpolitikers steht.

Was versteht der Sozialpolitiker unter Arbeitslosigkeit? Die Zahl derer, die ohne regelmäßige Beschäftigung sind, ist ja außerordentlich groß, aber für sehr viele von diesen brauchen wir nicht zu sorgen. Arbeitslos im Sinne der Sozialökonomik ist derjenige nicht, der nicht zu arbeiten braucht, weil er auch ohne Arbeit leben kann, ebensowenig gehört zu den Arbeitslosen derjenige, der arbeitsunfähig ist, der nicht die körperliche oder geistige Kraft hat, um zu arbeiten. Auch den nennt der Sozialpolitiker nicht arbeitslos, der etwa als Krämer oder Kaufmann über mangelnde Kundschaft klagt und auch nicht den Arzt, der über das Ausbleiben von Patienten ungeduldig wird. Unter Arbeitslosen verstehen wir hier nur die Arbeiter und Angestellten, die sowohl den guten Willen als auch die nötige Kraft haben, ihr und ihrer Familie Leben durch Arbeit zu fristen, die aber wegen ungenügenden Angebots von Arbeitsgelegenheit ihr Ziel nicht erreichen können, wenigstens nicht innerhalb der Grenzen, die ihnen gezogen sind einmal durch die bisherige Beschäftigung und dann auch durch andere Verhältnisse, in denen sie bis dahin lebten; z. B. der Feinmechaniker, der Arbeit finden kann als Straßenfeger, wird, wenn er diese Arbeitsgelegenheit ablehnt, deshalb nicht etwa in die Kategorie der Arbeitsscheuen zu verweisen sein, und ebensowenig der Arbeiter, der etwa in Köln keine Arbeit finden kann, wohl aber vielleicht in Berlin, wenn gewichtige Gründe persönlicher Art — z. B. Rücksicht auf seine Familie — ihn hindern, den Umzug von Köln nach Berlin zu bewerkstelligen, wie denn überhaupt die Frage, ob jemand arbeitslos, oder arbeitsscheu, oder arbeitsunfähig ist, außerordentlich schwer zu beantworten ist. Man wird sie nicht

allgemein beantworten können, sondern nur immer von Fall zu Fall; da haben wir gleich einen Hauptgrund — ich komme später darauf zurück —, warum das Arbeitslosenproblem so schwer zu lösen ist.

In mehrfacher Hinsicht ist das Arbeitslosenproblem ganz besonders ein Großstadtproblem, zunächst wieder deshalb, weil der großstädtische Arbeitswillige es ganz besonders schmerzlich empfindet, wenn er vergebens nach Arbeit Umschau hält. Der großstädtische Arbeiter fühlt sich ja so ganz als moderner Arbeiter und als solcher hat er mit Recht ganz andere Ansprüche, ganz andere Ideen, er ist, man kann das sagen, ein ganz anderer Typus Mensch als der Arbeiter vor 50 und mehr Jahren. Warum das? Unter den vielen Fortschritten, die das 19. Jahrhundert gebracht hat, ist vielleicht der erfreulichste die Tatsache, daß heute die Arbeit eine viel höhere Wertschätzung findet als vor dem Beginn der technischen und sozialen Umwälzung. Einst galt ein süßes Nichtstun als das höchste Lebensglück. Der Patrizier im alten Rom, ebenso der Grandseigneur in neuerer Zeit bis vor wenigen Jahrzehnten, die hätten sich beinahe schämen müssen, wenn sie wirklich ernstlich hätten arbeiten wollen, wenn sie die Arbeit als etwas mehr betrachtet hätten wie eine Laune oder ein Spiel. Demgegenüber steht heute aber die Arbeit außerordentlich geachtet da. Der Müßiggänger — mag er auch auf der ersten Stufe des gesellschaftlichen Lebens stehen — ist mit dem Makel sittlicher Minderwertigkeit behaftet. Die Arbeit hat, wie man wohl sagt, im Laufe des 19. Jahrhunderts ihren Adelsbrief erhalten. Kunst und Poesie wetteifern darin, die Arbeit zu verherrlichen. So wie in neuerer Zeit etwa Segantini, Millet, Courbet, Meunier, Menzel in ihrem künstlerischen Schaffen die Arbeit darstellen, so schön hätte wohl ein Maler oder Künstler eines verflossenen Jahrhunderts die Arbeit kaum darzustellen gewagt, er würde wenigstens nicht verstanden worden sein von seinen Zeitgenossen. Man tut nicht Unrecht, wenn man das 19. Jahrhundert das „Jahrhundert der Arbeit" nennt. Die Arbeiter werden in den Großstädten in diesen modernen Geist hineingeführt. Man sagt ihnen, daß sie nicht mehr unter, sondern über dem müßig daherschlendernden Reichen stehen, und dazu kommt, der moderne Arbeiter ist anders geworden, weil er unter dem Rufe „Freiheit und Gleichheit" politisch mit Gaben bedacht worden ist, die dank der Macht der großen Zahl fast zu Vorrechten geworden sind; damit hängt wieder die Tatsache zusammen, daß das im Laufe des 19. Jahrhunderts angeblich erwachte „soziale Gewissen" die Arbeiter — wenigstens da, wo sie sich als „Massenerscheinungen" geltend machen, — zuweilen in eine Lage bringt, ähnlich derjeni-

gen, in der das Lieblingskind einer allzu ängstlich besorgten Mutter sich befindet.

Auch der industrielle Arbeiter ist — mit stolzer Freude können wir das feststellen — höher und höher aufgestiegen auf der Stufenleiter der sozialen Kultur. Aber je höher man steigt, um so größer ist der Fall, um so schmerzlicher wird der Fall empfunden. Viel schmerzlicher als der Landarbeiter im fernen Osten, der stumpfsinnig in den Tag hineinlebt und dem es einerlei ist, ob er sein tägliches Brot sich erarbeitet oder erbettelt, viel schmerzlicher empfindet es der großstädtische moderne Arbeiter, wenn er sich vergebens um Arbeit bemüht, seinen Arbeitswillen und seine Arbeitskraft nicht betätigen kann. Sein Schmerz vermehrt sich, wenn er sieht, wie das großstädtische Volk nicht Zeit und Geduld hat, sich mit der Lage des einzelnen zu beschäftigen und daher den Arbeitslosen über die Achsel anschaut und kaum einen Unterschied zu machen versteht zwischen dem ehrlich Arbeitsuchenden und dem arbeitsscheuen Gesindel. Was Wunder, daß sich in Zeiten der Not in der Großstadt das Heer der Arbeitslosen verbindet mit der stets so zahlreichen Schar der Arbeitsscheuen, daß sich die Verbitterung der einen mit der übergroßen Skrupellosigkeit der andern hier vereinigt.

Das sind schon einige Gedanken, die es rechtfertigen, daß man die Arbeitslosigkeit ein Großstadtproblem nennt. Andere Gründe dafür werde ich alsbald zu nennen haben. Vorerst muß ich darauf aufmerksam machen, daß selbst dann, wenn man die große Schar der Arbeitsscheuen und der Arbeitsunfähigen von den Arbeitslosen getrennt hat, doch noch die Art der Arbeitslosigkeit außerordentlich verschieden sein kann. Es scheint mir, daß man die Arbeitslosen in vier Klassen einteilen kann:

1. Diejenigen, die keine Arbeit erhalten können, weil sie das Durchschnittsmaß der in ihrem Berufe geforderten Leistungen nicht erreichen, oder weil sie in ihrem sittlichen Verhalten viel zu wünschen übrig lassen. In diese Klasse gehören die allzu Dummen, die Faulen, die Streitsucher usw. Zusammenfassend kann man hier vielleicht sprechen von „individuell bedingter, durch persönliche Minderwertigkeit verursachter Arbeitslosigkeit".

2. Diejenigen, die einem Berufszweige angehören, in dem die Arbeit, die Beschäftigung naturgemäß schwankend ist. Das sind insbesondere die sogenannten Saisonarbeiter; die Maurer z. B. müssen, das liegt in der Natur des Gewerbes, während mehreren Wochen oder mehreren Monaten im Winter feiern; das ist aber nicht so sehr schlimm, weil in den hohen Löhnen, die sie in der übrigen Zeit verdienen, schon eine gewisse Entschädigung für das Risiko der Arbeitslosigkeit eingeschlossen ist.

Diese zweite Gruppe der Arbeitslosigkeit möchte ich „durch gewerbliche Eigenart bedingte Arbeitslosigkeit" nennen.

3. Diejenigen, die ihre Stelle wechseln, und die dann nach dem Austritt aus der einen Stelle, solange bis sie eine andere Stelle gefunden haben, arbeitslos sind. Sie sind arbeitslos und nicht überzählig; es ist irgendeine Stelle für sie vorhanden, aber sie konnten diese Stelle zur Zeit nicht gerade direkt finden, teils weil sie zu ungeschickt sind und teils — das ist das Wichtigste — weil die Gesellschaft ihnen nicht den nötigen Überblick über den Arbeitsmarkt erleichtert; also durch „mangelhafte Organisation des Arbeitsmarktes bedingte Arbeitslosigkeit".

4. Die wirklich überzähligen Arbeiter: Überzählig sind sie, weil entweder in einem bestimmten Berufszweige dauernd zuviel Arbeiter vorhanden sind (Überfüllung des Berufes), oder weil infolge irgendwelcher schädigender Ereignisse bis dahin beschäftigte Arbeiter entlassen werden müssen, ohne daß sonst irgendeine Lücke frei ist, in die sie eintreten können; in diesem Falle können wir von volkswirtschaftlich bedingter Arbeitslosigkeit sprechen.

Es liegt auf der Hand, daß die Lage dieser vierten Klasse weitaus am schlimmsten ist. Diese Klasse kann mit mehr oder minder gutem Rechte für ihre Arbeitslosigkeit unsere gegenwärtige wirtschaftliche Verfassung verantwortlich machen. Die Übergangswehen durch Einführung von neuen Maschinen, anderen Arbeitsmethoden, infolge des Überganges des Kleinbetriebes zum Großbetriebe, der fortwährende Kampf zwischen Arbeit und Kapital, die Verdrängung der männlichen Arbeit durch Frauen- und Kinderarbeit, Spekulation und Überproduktion und so manches andere sind Ursachen der Arbeitslosigkeit, die in unserer eigenartigen wirtschaftlichen Verfassung begründet sind.

Aber die Arbeitslosen der vierten Gruppe würden Unrecht tun, wenn sie nur unsere Wirtschaftsordnung, die kapitalistische Wirtschaftsordnung für ihre eigenartige Arbeitslosigkeit verantwortlich machen wollten. Erinnern wir uns, um ganz abzusehen von dem Krieg und seinen Folgen, an die zahlreichen Einflüsse der Natur, die wirtschaftliche Hemmungen und dadurch Arbeitslosigkeit hervorrufen können, wie Brandunglück, Überschwemmung, schlagende Wetter usw. Freilich wird gerade die dadurch herbeigeführte Arbeitslosigkeit meist wenig empfunden, weil diese Ereignisse indirekt eine gewisse Arbeit verschaffen eben durch die Aufräumungsarbeiten usw.; dann aber, weil solche außergewöhnliche Ereignisse die Aufmerksamkeit besonders auf sich lenken. Die öffentliche Mildtätigkeit wird dadurch angeregt,

und infolgedessen wird für diese Kategorie verhältnismäßig am besten gesorgt.

Es lassen sich aber auch Fälle denken, wo schädigende Naturereignisse die gesamte Volkswirtschaft in Mitleidenschaft ziehen: es sei nur hingewiesen auf den überaus störenden und hemmenden Einfluß, den Mißernten auf den allgemeinen Güter- und Tauschverkehr haben müssen. Ein großer Teil des flüssigen Kapitals, welches sonst in der Industrie angelegt worden wäre, muß nun in das Ausland gehen, um die nötigen Urprodukte, das nötige Getreide usw. aus dem Auslande in das Inland zu bringen, und kann daher im Inlande keine Arbeiter beschäftigen. Infolge Sinkens der Kaufkraft der Bevölkerung, die gezwungen ist, für das tägliche Brot mehr auszugeben, ist die Zahl der Beschäftigten indirekt vermindert worden. So sehen wir der großen Arbeitslosigkeit im Jahre 1818 die große Teuerung von 1817, der Krisis auf dem Arbeitsmarkte von 1847 ebenfalls eine Korn-teuerung, der Weltkrisis im Jahre 1857 in gleicher Weise Mißjahre vorausgehen. Überhaupt darf der Einfluß des jeweiligen Standes der Lebensmittelpreise in ihrer Bedeutung für den Arbeitsmarkt nicht unterschätzt werden. Das tägliche Brot ist das, wofür jeder zunächst zu sorgen hat; ob und inwieweit noch andere Bedürfnisse befriedigt werden können, hängt wesentlich davon ab, wie viele Mittel dazu noch nach Beschaffung des Allernotwendigsten übrig sind, und daher treffen hohe Lebensmittelpreise und große Arbeitslosigkeit häufig zusammen. Von dem einen aber wie von dem andern wird gerade der großstädtische Arbeiter am härtesten betroffen.

Zu den Ursachen der Arbeitslosigkeit, die von der Wirtschaftsordnung unabhängig sind, darf man wohl auch das rasche Schwanken in den Bedürfnissen infolge der jeweiligen Mode rechnen. Der sogenannte Geschmack wendet sich bald diesem, bald jenem Kleidungsstück oder Möbel und Luxusgegenstand zu. Der Eintritt und der Umfang der Geschmacksänderung kann aber vorher gar nicht vorausgesehen werden. Die Folgen davon sind manchmal überaus starke Schwankungen am Arbeitsmarkt. Wiederum leidet darunter die Großstadt mehr als das platte Land und die kleineren Städte, nicht nur deshalb, weil der großstädtische Geschmack wie alles in der Großstadt besonders unbeständig ist, sondern auch weil die Spezialisation in der Großstadt am weitesten durchgeführt ist, zahlreich sind dort Spezialgeschäfte, die sich mit wenigen Waren abgeben, mit ganz bestimmten Mustern, die daher viel härter von einem Modewechsel in ihrer Branche betroffen werden, als Fabriken, die weniger spezialisiert sind. Gewiß hatte Eduard von Hartmann großstädtische Verhältnisse in erster Linie vor Augen, als er entrüstet

über die Mode schrieb: „Die Modeherrschaft ist in jeder Hinsicht eine Pest und Eiterbeule der modernen Volkswirtschaft, ohne deren Beseitigung in den ihr unterworfenen Gewerben dem Wechsel von Überarbeitung und Arbeitslosigkeit schlechterdings nicht beizukommen ist."

Nun gar so schlimm ist es mit der Mode nicht. Die Mode hat auch ihren wirtschaftlichen Vorteil: ohne Mode würde man eine geregelte Massenproduktion vieler Artikel wahrscheinlich überhaupt nicht durchführen können, ohne Mode würde die Willkür des Geschmacks noch viel größer sein. Wie sagt doch der alte Freiherr in Scheffels „Trompeter von Säckingen":

„Seht, mein junger Freund, solang die Welt steht, wird
es Menschen geben, die auf Steckenpferden reiten,
Dieser liebt die Mystik und Askesis, jener altes Kirschen-
wasser,
Einige suchen Altertümer, andere einen Maikäfer,
Dritte machen schlechte Verse.

Nun, daß die Zahl der Sonderlinge in Kleidungs- und sonstigen wirtschaftlichen Bedürfnissen verhältnismäßig so sehr klein ist, das verdanken wir niemand anders als der strengen Herrschaft der Mode, und dafür können wir ihr dankbar sein.

Außer den Schwächen in der kapitalistischen Produktionsweise, außer den Launen der Natur und den Launen der Nachfrage, der Mode, wird man noch eine Gruppe von Ursachen für die wirtschaftlich bedingte Arbeitslosigkeit anführen können, und das ist ähnlich wie bei der Wohnungsfrage, das rasche Anwachsen der Städte, besonders aber die ungeregelte Verteilung des Bevölkerungszuwachses.

Blindlings wälzen sich die Menschenmassen nach den Großstädten zu, ohne sich vorher eine passende Stellung zu verschaffen. Alle hoffen, daß sie dort in der Großstadt ihr Glück machen werden und halten es für selbstverständlich, daß man in der Großstadt bei größerer Ungebundenheit auch bessere Lebensbedingungen finden wird.

Vergessen wir dabei nicht, daß in der Großstadt das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besonders gelockert ist, einmal, weil der Kampf zwischen Kapital und Arbeit in der Großstadt besonders heftig ist, dann aber auch, weil der Großunternehmer überhaupt vorherrschend ist. Der Arbeitgeber kann sich um seine Arbeitnehmer nicht kümmern, und er entläßt daher seine Arbeiter wie er eine Maschine beiseitestellt, wenn er sie nicht mehr braucht. Was besonders schlimm ist, der Arbeitgeber entläßt in erster Linie diejenigen Arbeiter, die nicht mehr

so sehr kräftig sind: die älteren Arbeiter werden manchmal zunächst entlassen. Auf der anderen Seite empfindet der großstädtische Arbeiter es beinahe als eine verabscheuungswürdige Streberei, wenn ein Arbeiter lange Jahre hindurch bei einem Arbeitgeber verharrt. So meinte der Vorsitzende des Maurerverbandes Bömelburg: „Diejenigen, die immer bei Muttern bleiben, sind in der Regel nicht die besten Kollegen, das sind diejenigen, die später als die Jubiläumsgesellen bei den Unternehmern Medaillen bekommen." „Gute Kollegen" und „Jubiläumsgesellen" scheinen für diesen Arbeiterführer geradezu Widersprüche zu sein.

Das Gesagte mag genügen, um darzutun, daß in der Tat die Arbeitslosigkeit in hervorragender Weise ein Großstadtproblem ist. In der Großstadt wird die Arbeitslosigkeit am meisten empfunden, in der Großstadt ist sie am gefährlichsten, in der Großstadt ist sie weitaus am größten.

Bei der — allerdings nur ein Momentbild darstellenden — Zählung der beschäftigungslosen Arbeitnehmer im Deutschen Reich am 14. Juni und 2. Dezember 1895 ergab sich, daß auf je 100 der Bevölkerung kamen

	Arbeitslose am 14. 6. 1895	2. 12. 1895
in den Großstädten	1,66	2,43
„ Gemeinden von 10 bis 100 000 Einwohnern	0,79	1,59
„ „ unter 10 000 „	0,32	1,26

Inzwischen haben die meisten großen Städte von Zeit zu Zeit eigene Arbeitslosenzählungen veranstaltet. Ähnlich wie bei den leerstehenden Wohnungen ergeben sich dabei für die einzelnen Großstädte ganz erhebliche Unterschiede, auch dann, wenn man nicht nur einzelne Jahre miteinander vergleicht. Während beispielsweise in München während des Winters durchschnittlich 1,1 bis 1,2 Prozent der Bevölkerung arbeitslos war, schwankte der Prozentsatz der Arbeitslosen in Köln zwischen 0,3 bis 0,8 Prozent; freilich wird man vorsichtig sein müssen, aus derartigen Ziffern allgemein gültige Schlüsse zu ziehen, weil selbst geringe Abweichungen in der Erhebungsart das Zahlenbild der Arbeitslosenstatistik erheblich beeinflussen können; wenn auch gar kein Zweifel darüber bestehen kann, daß einige Großstädte mehr, andere weniger unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben.

Das Ziel der Arbeitslosenfürsorge kann sein:

1. Vorbeugende Hilfe. Es gilt zu verhüten, daß der Arbeiter seine Stelle verliert.
2. Verkürzung der Zeit, die vergeht, bis der Arbeiter nach Verlust der Arbeit eine neue Stelle findet.

3. Verwertung der Arbeitskräfte während der Stellenlosigkeit insbesondere durch Einrichtung von sogenannten Notstandsarbeiten, endlich
4. Verschaffung von Unterhaltsmitteln für die Zeit der Arbeitslosigkeit.

In aller Kürze will ich diese vier Punkte der Reihe nach besprechen.

1. Man bemühe sich, daß der Arbeiter seine Stelle möglichst lange behält. Nach dieser Hinsicht erreicht man wenig mit philosophischen Erörterungen und Klagen über die immer stärker werdende Rücksichtslosigkeit des Unternehmers und Arbeiters. Die Zeit des patriarchalischen Arbeitsverhältnisses ist nun einmal vorüber, die Zeit, wo Arbeitgeber und Unternehmer gewissermaßen einen gemeinsamen Hausstand bildeten, ist nicht mehr, und der vernünftige Sozialpolitiker muß diese Tatsache ohne weiteres in Rechnung ziehen. Das tut er aber, wenn er als ein Hauptmittel gegen die Arbeitslosigkeit: „gründliche Ausbildung im Berufe" empfiehlt. Der tüchtige, kenntnisreiche Arbeiter wird viel weniger leicht seine Stellung verlieren als der weniger geübte. Richtige Berufswahl* einerseits, anderseits gewerbliche Berufsbildung durch Fortbildungsschulen, Fachschulen, Lehrwerkstätten, bessere Lehrlingsausbildung, das sind wohlzubeachtende Mittel im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit.

Weil ferner die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer innerlich so sehr lose sind, werden äußere Mittel notwendig, damit sie nicht allzusehr gelockert werden. Ein solches Mittel ist nach Ansicht mancher in der gesetzlichen Regelung des Kündigungswesens zu erblicken. Es ist außerordentlich bedauernswert, daß die Kündigungsfristen abgekürzt werden. Aus neueren Mitteilungen der Gewerbeaufsichtsbeamten geht hervor, daß in den Großstädten, z. B. in Berlin, Breslau, die Kündigungsfristen immer mehr abgekürzt, oder in der Mehrzahl der Fälle ganz ausgeschlossen werden. Die statistischen Untersuchungen, die in Berlin für 1826 Betriebe hinsichtlich der Kündigungsfrist angestellt wurden, führten zu dem Ergebnis, daß für mehr als 60 Prozent jede Kündigungsfrist ausgeschlossen ist; in weiteren 16 Prozent dieser Betriebe galt eine eintägige Kündigungsfrist und in 12 Prozent eine solche von zwei Wochen; zu letzteren gehören u. a. die staatlichen Werkstätten der Eisenbahnverwaltung und der Reichsdruckerei. Von den großen Privatbetrieben haben dagegen die meisten in ihren Arbeitsordnungen festgesetzt, daß das Arbeitsverhältnis jederzeit ohne vorherige Kün-

* Siehe unten Seite 98.

digung aufgelöst werden kann (vergl. Reichsarbeitsblatt Jahrgang 1907, Seite 449). Ist eine genügend lange Kündigungsfrist vorgesehen, dann hat eben während der Kündigungsfrist der Arbeiter Zeit, sich nach einer neuen Stelle umzusehen, ähnlich wie heute schon die Dienstboten; diese haben meistens eine längere Kündigungsfrist, etwa 14 Tage, manchmal noch mehr, und diese Zeit nützen sie aus, um sich eine neue Stelle zu suchen; sie können daher meist von der alten sofort in die neue Stelle eintreten.

2. Es ist notwendig, dem Arbeitsuchenden das Suchen möglichst zu erleichtern. Der Arbeiter muß wissen, wohin er sich zu wenden hat, um Arbeit zu finden, wo der Arbeitsmarkt schon überfüllt ist, und wo er Lücken aufweist, ob er nicht im Nachbarorte seine Arbeitskraft viel besser verwerten kann, als im augenblicklichen Aufenthaltsorte. Noch im Jahre 1902 konnte der Berliner Nationalökonom Jastrow darauf hinweisen, daß die amtliche Statistik bei Spezialisierung der Waren bis zu den kleinsten Gruppen herabsteige, sie halte es für der Mühe wert, den auswärtigen Handel in seinem Steigen und Sinken bis auf Bettfedern und Blauholz, bis auf Rosinen und Korinthen zu spezialisieren, „aber noch niemand", meint Jastrow mit Recht, „ist bisher auf den Gedanken gekommen, den Umsatz der Ware Arbeit zum Gegenstand amtlicher Statistik, wenn auch nur in rohen Umrissen, zu machen". Gewiß ist ein Teil der bis dahin durchaus mangelhaften Berichterstattung über Angebot und Nachfrage im Wesen des Arbeitsmarktes selbst begründet. Es zeigt sich eben hier, daß der Mensch schließlich keine Ware ist, selbst wenn man irgendeine Durchschnittsqualität ähnlich wie beim Getreidehandel für die „Ware" Arbeit finden könnte. Der Träger der Ware ist der Mensch und der Mensch hat einen freien Willen. Der Mensch läßt sich nicht dirigieren wie eine Ware, bald hierhin, bald dorthin. Vergebens wird man dem großstädtischen Arbeiter klarzumachen suchen, daß auf dem Lande Arbeitsnot herrscht, daß man dort seine Arbeitskraft mit großer Freude begrüßt und verwertet. Er ist zu stolz, „Landarbeit" anzunehmen. Der großstädtische Arbeiter leidet lieber in der Großstadt Hunger, als — wie man sich ausdrückt — „Mistbauer zu spielen". In manchen Fällen werden dafür aber auch die nötigen physischen Kräfte nicht vorhanden sein.

Wenn daher auch eine Regelung in der Organisation des Arbeitsmarktes außerordentlich schwierig ist, das, was möglich ist, muß um so zielbewußter angestrebt werden. Die Fortschritte in der Organisation der Arbeitsvermittlung sind erfreulich. 1894 gingen Frankfurt a. M. und Stuttgart mit der Einrichtung von kommunalen Arbeitsnachweisen voran, Ende 1912 waren schon

383 gemeindliche Arbeitsnachweise eingerichtet, die 1 298 977 Stellen während des Jahres vermittelt hatten; während 1901 durch die örtlichen Nachweise erst 189 000 Stellen besetzt wurden. Zahlreiche Nachweise der Interessenten ergänzten die Tätigkeit dieser kommunalen Einrichtungen. Das schon vor dem Kriege verspürte Bestreben eines Zusammenarbeitens der wichtigeren Arbeitsnachweisorganisationen hat während des Krieges eine mächtige Förderung erfahren, die auch für die Friedenszeit gesichert werden muß. Wenn das Netz der Arbeitsnachweise noch dichter geworden ist, wenn weiter — wie es in Süddeutschland der Fall ist — die Arbeiter bei der Stellensuche durch erhebliche Herunterssetzung des Fahrpreises mit Leichtigkeit von einem Ort zum andern sich wenden können, um Arbeit zu erhalten, dann dürfen wir hoffen, daß mit dieser Organisation außerordentlich viel Arbeitslosigkeit aus der Welt geschafft wird.

3. Von Zeit zu Zeit tritt doch immerhin bei noch so guter Organisation des Arbeitsmarktes ein stark empfundenes Überangebot von Arbeitskräften ein, die nur dann einer Beschäftigung zugeführt werden können, wenn man sich zur *Errichtung von sogenannten Notstandsarbeiten* entschließt.

Notstandsarbeiten sind solche Arbeiten, welche von staatlichen oder städtischen Verwaltungen lediglich zu dem Zwecke vergeben werden, um unverschuldeten Arbeitslosen, welche im Orte ansässig sind, aber dort eine Beschäftigung nicht finden können, einen Erwerb zu gewähren. Nur dann werden Notstandsarbeiten auf große Erfolge rechnen können, wenn sie planvoll und rechtzeitig vorbereitet sind. Einige deutsche Städte haben neuerdings sogenannte soziale Kommissionen gebildet, die die soziale Fürsorge in die Hand nehmen und vorbereiten. Es wäre eine besonders wichtige Aufgabe dieser Kommissionen, die Notstandsarbeiten richtig zu organisieren. Nicht nur wird man bei Notstandsarbeiten möglichst Rücksicht nehmen müssen auf die bisherige Beschäftigung, auf das Ehrgefühl der Arbeitslosen, man wird auch daran denken müssen, daß die Notstandsarbeiten eben Notstandsarbeiten sind, daß die Arbeiter, sobald die Verhältnisse sich bessern, wiederum zu ihrer alten Beschäftigung zurücktreten wollen und müssen, die Arbeiten sollen daher so eingerichtet werden, daß ein Übergang zu der anderen Beschäftigung für die in der Notstandsarbeit tätig Gewesenen verhältnismäßig leicht durchgeführt werden kann.

In der Praxis wird trotzdem die Beschäftigung der Arbeitslosen mit Notstandsarbeiten manchmal auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Von den berühmten Notstandsarbeiten, die 1848 in Paris eingerichtet wurden, berichtet der Staatsmann Thiers: „Wenn ein Arbeiter, der das Webschiff zu halten gewohnt war, der schwache Arme hatte und die Zartheit und das

Feingefühl seiner Hand bewahren mußte, um später seinen Kindern wieder Brot verdienen zu können — wenn also dort ein solcher Mann mit Hacke oder Schaufel hantieren sollte, waren seine Hände voll Blut und sein Körper konnte die gebückte Stellung nicht ertragen, dann sagte ihm der Leiter aus Mitgefühl: arbeiten Sie nicht, man wird Ihnen die 40 Sous doch verabreichen." So schön und richtig die sich aus solchen Erfahrungen ergebende Theorie scheint, so schwierig wird es immer sein, für eine befriedigende Praxis brauchbare Richtlinien aufzustellen. Es sind ja nur wenig Arbeitsgelegenheiten, die seitens der Städte als Notstandsarbeiten in Betracht gezogen werden können: Steinschlagen, Erdarbeiten oder ähnliche Beschäftigungsarbeiten, die rasch im großen zu organisieren sind, so daß sie der Industrie und dem Gewerbe möglichst wenig Konkurrenz machen. Die Schreibstuben, die besonders in einigen rheinischen Großstädten seit einer Reihe von Jahren eine regelmäßige Einrichtung für Beschäftigung von Arbeitslosen sind, haben doch nur in geringem Umfange die hier angedeuteten Schwierigkeiten zu beseitigen vermocht. Auch mit der Verweisung von Arbeitslosen auf das Land hat man bis jetzt nur vereinzelt in unseren Großstädten beachtenswerte Versuche gemacht (Charlottenburg).

3. Endlich das vierte und letzte Mittel zur Lösung des Arbeitslosenproblems: es gilt, dem beschäftigungslosen Arbeiter für die Zeit, wo man ihm weder nach der einen noch nach der anderen Richtung genügende Beschäftigung verschaffen kann, wenigstens die nötigen Existenzmittel für ihn selbst und seine Familie sicherzustellen. Das Nächstliegende wäre, daß man hier, ähnlich wie bei Krankheit, Unfall, Invalidität, an eine Versicherung denken könnte. In der Tat nimmt bei Besprechung der Mittel gegen die Arbeitslosigkeit die Arbeitslosenversicherung den breitesten Raum ein. Meines Erachtens durchaus mit Unrecht. Gegen eine Arbeitslosenversicherung spricht zunächst, daß die Versicherung hier doch nur das allerletzte Mittel sein kann. Durch diese Versicherung wird nicht der Schaden beseitigt, sondern nur anders verteilt. Den Schaden zu beseitigen, ist aber gerade bei der Arbeitslosigkeit so wichtig, weil längerer Müßiggang, langes Brachliegen der Arbeit die moralische Kraft, die technische Fähigkeit des Arbeiters leicht herabbringen und ihn dem Ruin entgegenführen (Schanz). Jedenfalls sollte der Gedanke einer staatlichen Zwangsarbeitslosenversicherung unter allen Umständen am Ende der Überlegungen stehen, wie die Schäden der Arbeitslosigkeit bekämpft werden können. Grundsätzlich spricht dagegen, daß eine solche staatliche Zwangs-

arbeitslosenversicherung die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht fördert, sondern eher hemmen wird. Es ist gerade bei der Arbeitslosigkeit unerläßlich, daß die Selbsthilfe und die Verantwortlichkeit nicht geschwächt, sondern gestärkt werden. Wie wollte man ferner die bei einer Arbeitslosenversicherung nötige Scheidung zwischen den einzelnen Klassen der Arbeitslosen, zwischen Arbeitslosen und Arbeitsscheuen im Rahmen einer staatlichen Zwangsversicherung machen! Wie könnte man eine Kontrolle darüber einrichten, daß auch diejenigen, die sich als arbeitslos melden, wirklich keine Beschäftigung finden, wie die Frage entscheiden, ob die Arbeitslosigkeit auf Selbstverschulden beruht oder mehr oder minder freiwillig verursacht wurde ...?

Es läge weiter die Gefahr nahe, daß bei einer staatlichen Arbeitslosenversicherung einzelne Berufszweige, in welchen die Gefahr der Arbeitslosigkeit überhaupt nur sehr gering ist, mit ungerechtfertigten Lasten belegt würden. Die Tüchtigen und Fleißigen würden gezwungen sein, einen Teil ihres Lohnes im Interesse der Untüchtigen und Faulen abzugeben.

Möglich ist allerdings, daß in der Praxis einer staatlichen Zwangsarbeitslosenversicherung diese und ähnliche Bedenken gegenüber den Vorteilen ganz zurückgedrängt werden. Starke Agitationskraft hat die obligatorische Arbeitslosenversicherung durch den Staat erhalten, seitdem England im Jahre 1911 mit kühnem Entschlusse Lloyd Georges Plan einer solchen angenommen hat. In England sind seitdem alle über 16 Jahre alten im Baugewerbe, bei dem Bau von Eisenbahnen, Kanälen, Docks, Brücken, beim Tiefbau, Maschinenbau, Schiffsbau, Wagenbau, in Eisengießereien, Sägemühlen, Holzbearbeitungsfabriken tätigen Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit versichert.

Ungefähr dieselben Erwägungen, die gegen eine staatliche Zwangsarbeitslosenversicherung sprechen, kann man auch gegen eine *Arbeitslosenversicherung auf kommunaler Grundlage* vorbringen. Eine durch die Gemeinde eingerichtete Zwangsarbeitslosenversicherung haben wir einmal gehabt, und zwar in St. Gallen in der Schweiz; aber sie mußte dort nach einem Jahre aufgegeben werden. In Basel und Zürich wurden Gesetzentwürfe zur Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung abgelehnt.

Etwas anders steht es mit den sogenannten fakultativen, mit *freiwilligen Kassen*, wie sie in Köln und in anderen Städten eingerichtet worden sind. Diese freiwilligen Arbeitslosenkassen tragen zum guten Teil den Charakter von Wohlfahrtseinrichtungen, weil ihre Mitglieder durch Stiftungen, durch Beiträge der Stadt unterstützt werden. So wurden z. B. in Köln im Winter 1905/6 durch die Nichtarbeiter einschließlich der Ge-

meinde mehr aufgebracht als durch die Arbeiter; aber trotzdem und gerade deshalb hat diese, mittlerweile durch ein besseres System ersetzte Kölner Arbeitslosenversicherung doch bei den Arbeitern wenig Anklang gefunden. Es ließen sich bei dieser Kasse von den vielen Tausenden Arbeitern Kölns nur 1717 im Jahre 1905, 1610 im Jahre 1906 versichern. Das sind so niedrige Zahlen, daß mit aller Sicherheit behauptet werden kann, daß eine derartige Kasse bei ernsten Krisen nicht in der Lage sein wird, das Übel entscheidend zu bekämpfen. Höchstens können die Stadtverwaltungen in „unbehaglichen" Zeiten, wenn das Heer der Arbeitslosen bedenklich anschwillt und dann mit lästigen Forderungen auftritt, darauf hinweisen, daß der Notstand selbst verschuldet sei, man habe sich ja versichern können. Man wird daher energischere Maßregeln ergreifen können als anderswo, wo nichts zur Vorbeuge geschehen ist.

Soweit überhaupt eine Arbeitslosenversicherung in Betracht kommen kann, muß sie aufgebaut werden auf der Selbsthilfe der Arbeiterberufsvereine. Die Berufsgenossen wissen am besten, ob jemand wirklich arbeitslos ist, was der Grund der Arbeitslosigkeit ist, ob verschuldet oder nicht und können auch diese wichtige Kontrolle am besten durchführen, und es kann tatsächlich auch nicht bestritten werden, daß die wirklich praktischsten Erfolge auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung von unseren Gewerkschaften und ähnlichen Vereinigungen erzielt worden sind. Die englischen Arbeiter sind auf diesem Gebiete mustergültig vorangegangen. Die deutschen Organisationen folgten erst zögernd, dann rasch und mit großem Erfolge nach. Insbesondere gilt das von der stärksten Gewerkschaftsgruppe, den freien Gewerkschaften, sie haben im Jahre 1912 7,7 Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützung und fast 1,2 Millionen Mark für Reiseunterstützung (zur Ausnützung von Arbeitsgelegenheit an anderen Orten) aufgewandt. Auch Verbände kaufmännischer und technischer Angestellten haben in den letzten Jahren vor dem Kriege immer zielbewußter die Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder in die Hand genommen. Immerhin ist nur eine kleiner Bruchteil der deutschen Arbeiter und Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr gegen Arbeitslosigkeit versichert.

Sobald einmal in den Gewerkschaften die Arbeitslosenversicherung weitere Verbreitung gefunden hat und auf einer gesunden Basis aufgebaut ist, können die Städte und sogar der Staat diesen Verbänden Zuschüsse geben für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung (Genter System). 1906 hat von den deutschen Städten die Stadt Straßburg als erste den Beschluß gefaßt, die Arbeitslosenversicherung der Arbeitsverbände durch einen Zuschuß zu unterstützen. Bis zum Ausbruch des Krieges

waren diesem Beispiel unter Einführung mehr oder minder großer organisatorischer Eigentümlichkeiten u. a. Frankfurt a. M., Mannheim, Berlin, Schöneberg, Köln gefolgt. Die letztgenannte Stadt hat das Genter System in besonders bemerkenswerter Weise fortgebildet; sie hat 1911 eine Versicherungskasse gegen Arbeits- und Stellenlosigkeit eingerichtet, die den Arbeiterorganisationen mit Arbeitslosenunterstützung eine Art Rückversicherung, zugleich aber auch den Nichtorganisierten die Möglichkeit einer unmittelbaren Versicherung gewährt. Mit Rücksicht auf den städtischen Zuschuß ist die Zulassung an längere Wohndauer in Köln gebunden. Das Genter System liegt auch der dänischen, norwegischen, französischen Arbeitslosenversicherung zugrunde, es bildet auch die Voraussetzung für die in Bayern beschlossenen Staatsbeihilfen für Gemeinden mit Arbeitslosenversicherung.

Mächtig gefördert wurde nach Ausbruch des Weltkrieges die Organisation der Arbeitslosenfürsorge durch die Gemeinden unter Beihilfe der Bundesstaaten und des Reichs. Schon im August 1914 hat der Staatssekretär des Innern durch die Bundesstaaten den Gemeinden empfehlen lassen, Arbeitslosenfürsorge zu treffen und bei der für diesen Zweck zu schaffenden Organisation die Mitwirkung der Gewerkschaften herbeizuführen. Es scheint, daß wenigstens die großstädtischen Verwaltungen dieser Anregung allenthalben in verständnisvoller Weise nachgekommen sind.

So steht zu hoffen, daß das Arbeitslosenproblem auch ohne staatliche und kommunale Zwangsversicherung in seinem wichtigsten Teile doch gelöst wird. Ein Teil der Arbeitslosen wird freilich mehr oder minder auf die Armenunterstützung angewiesen sein. Soweit diese in Anspruch genommen werden muß, sollte darauf hingewirkt werden, daß die Arbeitslosen keine politische und rechtliche Schädigung erfahren. Man könnte Arbeitslosenhilfsfonds schaffen, die nicht als Armenunterstützung zu bezeichnen sind.

Ein hervorragender Sachkenner (Schanz) hat die Arbeitslosigkeit mit Recht eine Geißel der Kulturwelt genannt, und ein anderer (Troeltsch) meint, daß diese Geißel nie von der Kulturwelt genommen wird. Ich überlasse es dem Urteil des Lesers, ob er dieses pessimistische Urteil teilen will. Ich meine, daß das Problem der Arbeitslosigkeit als ganzes allerdings nicht gelöst werden kann, aber es kann doch insoweit gelöst werden, als die Arbeitslosigkeit heute allzuschwere Wunden zurückläßt. Es kann so weit gelöst werden, daß diese Wunden rascher heilen und weniger schmerzhaft sind, mit anderen Worten: soweit die Arbeitslosigkeit zur „Geißel der Kulturmenschheit“ geworden ist, kann und muß sie von der Kulturmenschheit hinweggenommen werden.

Sechster Abschnitt

Armut und Armenfürsorge.

Selbst dann, wenn die soziale Gesetzgebung das erreichte, was sie erreichen könnte, — weit genug sind wir heute noch von diesem Ziele entfernt —, wenn ferner auch die Selbsthilfe aufs beste organisiert sein würde, es blieben doch Lücken für manche Not und manches Elend. Diese Lücken müssen bestehen bleiben, weil die Tätigkeit des Staates oder der Gemeinde sich regelt nach bestimmt festgelegten Normen, nach Gesetzen und Statuten. Die menschliche Not ist aber so unendlich mannigfaltig in ihren Ursachen, in ihren Erscheinungen und Wirkungen, daß sie sich nicht restlos unter die Schablone der Gesetzesparagraphen bringen läßt.

Wir begrüßen die soziale Gesetzgebung und die sozialen Anstalten aller Art, mit denen uns das letzte Menschenalter beschenkt hat, trotz mancher verfehlter Versuche ihrem Wesen nach doch als einen glänzenden Fortschritt der Kulturmenschheit. Aber dieser Fortschritt würde doch zu teuer erkauft sein, wenn er uns das Beste rauben wollte, was ein gütiger Schöpfer uns geschenkt hat, um uns den Kampf ums Dasein zu erleichtern, wenn er uns rauben wollte die Charitas, die Nächstenliebe, die Hilfe von Mensch zu Mensch.

Nicht der Gesetzgeber am grünen Tisch, oder der Politiker und Gelehrte in der gemütlichen Studierstube kann die schlimmsten Erscheinungen menschlicher Not aus der Welt schaffen, das kann nur der, der selbst hintritt zu dem Hilfsbedürftigen, der sieht, wie es mit ihm steht, hört, worüber er zu klagen hat; nur der kann es ferner, der in dem Menschen nicht nur ein Rädchen in dem großen sozialen Organismus sieht, sondern der ihn auch zu würdigen weiß als Individuum, als Einzelwesen, mit freiem Willen, mit eigenartigen Anlagen, mit eigenartigen Ideen und eigenartigen Hoffnungen und Neigungen.

Gibt es denn nun eine solche Instanz, die neben der Sozialgesetzgebung in dieser Weise bei der Fürsorge, die sie dem Menschen zuteil werden läßt, der Eigenart jedes einzelnen Rechnung zu tragen sucht? Ja, eine solche Instanz gibt es. Bescheiden nennt sie sich Armenfürsorge, Wohltätigkeit oder auch soziale Hilfsarbeit. Man streitet noch über die Begriffe, ein Streit, an dem wir uns hier nicht beteiligen wollen. Uns mag genügen, festzuhalten, daß die Armenfürsorge und Wohltätigkeit da eingreift, wo weder die eigene Kraft noch die Befriedigung der durch die Rechtsordnung gewährten klagbaren Ansprüche aus-

reicht, um die materielle Grundlage für die Existenz zu schaffen und zu sichern. Eine solche Notlage aber nennen wir Armut. Arm ist also derjenige, der das für sich und seine Familie zum notdürftigen Unterhalt Erforderliche weder aus eigenem Erwerb, oder aus eigenen Mitteln, noch durch Geltendmachung von Rechtsansprüchen sich zu verschaffen vermag.

Im rechten Sinne aufgefaßte Armenfürsorge wird sich natürlich nicht genug sein lassen, die materielle Not zu bekämpfen, sie wird sich darüber hinaus bemühen, die geistige Not, die ja so häufig Ursache der materiellen Not ist, nach Möglichkeit zu lindern. Uns soll aber hier vorwiegend beschäftigen der Kampf gegen die großstädtische *materielle* Armut in dem eben festgelegten Sinne.

Es ist klar, daß der Inhalt dieser Armut keine ein für allemal festgelegte Größe sein kann, daß der Begriff schwankt. Schon deshalb kann er nicht endgültig festgelegt werden, weil das, was zum notdürftigen Unterhalt gehört, zeitlich, örtlich, persönlich sehr wechseln kann. Insbesondere kommt dafür in Betracht:

1. Persönliche Beschaffenheit der einzelnen, ihr Gesundheitszustand, die stärkere oder schwächere Körperbeschaffung.

2. Die Art der Arbeit: schwere körperliche Arbeit erfordert eine andere Nahrung als leichte Arbeit; der Fabrikarbeiter bedarf einer anderen Nahrung als der Landarbeiter.

3. Kommt in Betracht die gesellschaftliche Umgebung: Der großstädtische Arbeiter wird und muß an Nahrung, Kleidung und Wohnung andere Ansprüche stellen als der Landarbeiter an der russischen Grenze, der kaufmännische Angestellte wird besser gekleidet einhergehen müssen als ein Tagelöhner, eine Wohnung, die ein Kuli ganz entzückend findet, wird der deutsche großstädtische Arbeiter als menschenunwürdig bezeichnen usw.

Man darf es nicht außer acht lassen, daß sich der *Begriff der Armut wenigstens in den Großstädten immer mehr erweitert hat*, daß eine Notlage, die man vor einigen Menschenaltern und auch heute noch auf dem Lande fern von der Großstadt vielleicht als „gar nicht so schlimm" bezeichnen konnte, in der Gegenwart als unerträglich bezeichnet werden muß. Und über diese Tatsache kann man sich nicht damit hinwegtäuschen, daß man über die Unzufriedenheit und über die Hetze der Arbeiterführer grollt. Zum guten Teil sind die gestiegenen Ansprüche eben Folgen des geänderten Zeitgeistes, unter dessem Einflusse wir alle und auch die Armen stehen, mag man es wollen oder nicht.

Es kommt noch etwas anderes hinzu, was das großstädtische Armutsproblem so besonders schwierig und kompliziert gestaltet. Schon in meinem ersten Aufsatze führte ich aus, daß in der Groß-

stadt der Kontrast des Seins, der Gegensatz in dem Haben so außerordentlich hart empfunden wird. Ebenso offenbart sich aber auch in der Großstadt der Gegensatz im materiellen Werden so besonders scharf. In der Großstadt ist ja die eigentliche Heimat des Spekulantentums, was zum größten Teile wieder eine Folge der rastlosen Sehnsucht ist, Reichtümer zu erwerben. Für viele ist der Erwerb eine Art Spiel, bei dem man in ganz kurzer Zeit gewinnen, aber noch häufiger verlieren kann. Die Zahl derjenigen, die von stolzer materieller Höhe, von großem Reichtum in bittere Armut herabstürzen, ist in der Großstadt viel größer als der Fernstehende anzunehmen geneigt ist. Es ist natürlich, daß ein Armer, der nie etwas anderes gekannt hat, die Armut weit weniger hart empfindet als ein ehemals Reicher, der nunmehr mit einer Summe, die er früher in einem Tage ausgab, vielleicht Monate auskommen muß.

Weil der Begriff der Armut ähnlich wie der Begriff der Arbeitslosigkeit so sehr verschiedenartige Einzelerscheinungen umfaßt, halte ich es auch für praktisch wenig ersprießlich, wenn man Zahlenangaben über den Umfang der Armut machen würde. Die Zahl würde doch wahrscheinlich ein Bild ergeben, das der Wirklichkeit kaum entsprechen dürfte. Daß es in den Großstädten trotz aller wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fortschritte noch immer überreichlich viel Armut gibt, zeigen schon die dafür aufgewandten Mittel. Im Jahre 1912 wurden ausgegeben für offene Armenpflege, d. h. für Armenunterstützungen in den Häusern der Armen in

			auf den Kopf der Bevölkerung
Berlin	9 553 468	Mark	4,60
Hamburg	2 211 534	„	2,28
Breslau	1 065 793	„	2,01
Köln	731 645	„	1,37
Frankfurt a. M.	874 590	„	2,03

Die Art der Unterstützung ist in den einzelnen Städten sehr verschieden. Während z. B. im Jahre 1912 die Naturalunterstützung (Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizmaterial) in Berlin nur etwas über 6 Prozent, in Hamburg 9 Prozent der nachgewiesenen Ausgaben der offenen Armenpflege ausmacht, stieg dieser Anteil in Nürnberg auf 31, in Lübeck auf 41, in Mülhausen gar auf 51 Prozent. Ein Bestreben, die Geldgaben zurückzudrängen, ist in den meisten Großstädten zu erkennen. Neuerdings ist auch wieder versucht worden namentlich kinderreiche Familien durch Gewährung von Land zum Anbau von Gemüse und Kartoffeln zu unterstützen, so in Posen, Köln, Frankfurt a. M., Königsberg, Stettin.

Man sage nun nicht, daß die Höhe der Armenausgaben unserer Stadtverwaltungen zurückzuführen sei auf die in Zunahme begriffene Neigung weiter Bevölkerungskreise, sich von der Gesamtheit ernähren zu lassen; man sage auch nicht, daß die Armenverwaltungen zu freigebig seien. Noch vor wenigen Jahren ist durch den Deutschen Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit das Gegenteil festgestellt worden. Die Berichte dieses Vereins kommen übereinstimmend zu dem Resultat, daß im wesentlichen die Verwaltungspraxis über die Rechtsgrundlage, d. h. über den ihnen offenstehenden Rahmen der Gesetzgebung nicht hinausgewachsen ist, sondern im Gegenteil die Praxis hinter diesen Möglichkeiten zurückgeblieben ist und den ihr gezogenen Rahmen bei weitem noch nicht ausgefüllt hat. Die hohen Ausgaben in den Großstädten für Armenzwecke scheinen also wirklich nur die Folge einer großen materiellen Not in unseren Großstädten zu sein.

Die Listen der Berliner Armenverwaltung führen als unterstützt u. a. auf: Ingenieure, Chemiker, Bauunternehmer, Bankier, Schauspieler, Doktoren der verschiedenen Fakultäten, Bildhauer, Kunstmaler, Studenten, Lehrer und Lehrerinnen, Gesellschafterinnen ... ein buntes Durcheinander von Berufen, das manches tieftraurige Großstadtelend ahnen läßt. Jedenfalls bleiben der Theorie wie der Praxis dem großstädtischen Armutsproblem gegenüber noch sehr wichtige und verschiedenartige Aufgaben zu lösen übrig.

Aus dem hier in Betracht kommenden großen Gebiet wollen wir uns nur zwei Fragen vorlegen:

1. wie ist die großstädtische Armenfürsorge zu organisieren,
2. wie und mit welchen Mitteln ist zu unterstützen?

Wir unterscheiden bekanntlich drei Formen der Armenfürsorge und Wohltätigkeit:

1. die öffentliche Armenfürsorge, also hier speziell die Armenfürsorge der großstädtischen Verwaltungen,
2. die kirchliche Armenfürsorge und
3. die private Armenfürsorge.

Alle drei Faktoren der Hilfstätigkeit leisten sozial Ersprießliches nur dann, wenn sie zusammen eine Einheit bilden, wenn jeder einzelne Zweig der verschiedenartigen Organisationen, ja, wenn jeder einzelne Helfer, mag er nun auf eigene Faust oder im Zusammenhang mit anderen tätig sein, sich bewußt bleibt, daß er ein Glied dieser Einheit ist. Jeder einzelne Zweig der Organisation muß dann weiter von der Überzeugung getragen sein, daß für die Armenfürsorge der einzelne Arme zwar die „Endstation" ist, aber er ist nicht der „Endzweck"

(Simmel), der Endzweck liegt vielmehr nur in dem Schutz und der Förderung des Gemeinwesens. Nur unter diesen Voraussetzungen wird die Armenfürsorge — mag es nun die öffentliche oder private Armenfürsorge sein — so ihre Aufgaben lösen wie sie gelöst werden müssen, nur dann wird sie ferngehalten werden von zwei entgegengesetzten Übeln, in die sie so leicht verfällt: einerseits, daß sie zu wenig und anderseits, daß sie zu viel gibt. Beides ist gleich schlimm. Gibt sie zu viel, dann ist die Gefahr vorhanden, daß die Selbstverantwortlichkeit und die Selbständigkeit der Armen zu sehr gefährdet wird, und gibt sie zu wenig, dann zwingt sie zum Betteln und zu Verbrechen. Wenn nun aber auch alle Zweige der Armenfürsorge und Wohltätigkeit in ihrem Wirken eine Einheit bilden müssen, so ist damit keineswegs gesagt, daß diese Einheit auch organisatorisch zum Ausdruck kommen muß. Im Gegenteil, eine äußere straffe einheitliche Organisation der gesamten sozialen Hilfsarbeit in der Armenfürsorge wäre kaum ein Fortschritt, eher ein Rückschritt.

Sehr schön hat einmal ein amerikanischer Schriftsteller das Verhältnis zwischen öffentlicher Armenpflege und privater Wohltätigkeit so gegenübergestellt: „Das Gesetz ist ernst und majestätisch, die Quelle aller Ordnung; die Liebe ist mitleidig, versöhnend, die Quelle aller freien Barmherzigkeit. Die Liebe ohne das Gesetz ist willkürlich und weichlich; aber das Gesetz ohne beide lieblos, beides muß harmonisch zusammenklingen."

Es ist wohl nur eine etwas andere Formulierung desselben Gedankens, wenn der Soziologe Simmel sagt: „Der Staat kommt der Armut, die Privatwohltätigkeit dem Armen zur Hilfe." Gewiß, auch die öffentliche Armenfürsorge muß individuell sein; aber es liegt auf der Hand, daß ihr dabei weit engere Grenzen gezogen sind, als der privaten, diese kann — wenn der Komparativ erlaubt ist — individueller sein als die öffentliche Armenfürsorge.

Ebensowenig wie die private Armenfürsorge können wir die kirchliche Armenfürsorge speziell in der Großstadt entbehren. Die kirchliche Armenfürsorge hat in der Religion ein wunderbares Mittel, um Geber und Empfänger einander näherzubringen, um den Geber anzuspornen, seinen edelsten Trieb mit höchster Opferwilligkeit in den Dienst der Armen zu stellen, und anderseits, um dem Empfänger ein geistiges Almosen zugänglich zu machen, das ihm oft noch notwendiger ist als das materielle Almosen. Aber eine bloße kirchliche Armenfürsorge würde in unserer Zeit dem Problem der Armenfürsorge nie gerecht werden können, schon deshalb nicht, weil so viele, wenigstens innerlich, außerhalb der kirchlichen Organisation stehen und deshalb, weil eine öffentliche Armenfürsorge die Lasten viel ge-

rechter, viel besser zu verteilen vermag als die kirchliche Armenfürsorge.

Den Kern der Armenfürsorge in der modernen Großstadt muß jedenfalls die öffentliche Armenfürsorge bilden, weil sie eine einheitlich feste, von zeitlichen und persönlichen Zufälligkeiten unabhängige Organisation schließlich allein darstellt.

Im Deutschen Reiche ist die öffentliche Armenfürsorge durch das Unterstützungswohnsitzgesetz vom 6. Juni 1870 (mit Novellen vom 12. März 1914 und 30. Mai 1908) geordnet. Das Unterstützungswohnsitzgesetz überläßt jedoch die Regelung zahlreicher Sonderfragen den Einzelstaaten, und die Einzelstaaten wiederum haben einen ziemlich breiten Rahmen aufgestellt, innerhalb dessen sich die einzelnen Gemeinden ziemlich frei bewegen können. Jedenfalls haben die Städte dafür zu sorgen, daß jeder in der Stadt Wohnende ohne Rücksicht auf Konfession, ohne Rücksicht des Standes, ohne Rücksicht sogar auf Nationalität das bekommt, was nötig ist zum notdürftigsten Unterhalt, mag die Armut verschuldet sein oder nicht, wobei natürlich vorausgesetzt ist — in der gegebenen Definition des Begriffs „Arm" liegt es ja schon enthalten —, daß der Arme nicht durch eigene Kraft und Tätigkeit die zum Leben erforderlichen unentbehrlichen Bedürfnisse sich selbst zu verschaffen vermag. Die Stadtverwaltungen haben insbesondere zu sorgen, daß der unentbehrliche Lebensunterhalt (Nahrung, Kleidung, Heizung) vorhanden ist, sowie dafür, daß der Arme ein geeignetes Obdach findet. Sie haben zu sorgen für Pflege in Krankheitsfällen und endlich, falls der Arme stirbt, für ein angemessenes Begräbnis. Tritt ein Unterstützungsfall an die Stadt heran, so hat sie lediglich zunächst zu untersuchen, ob Hilfsbedürftigkeit vorliegt, und wenn diese Frage bejaht wird, hat sie ohne weiteres die Hilfe zu leisten.* Erst an zweiter Stelle kommt für sie die Frage, wer in letzter Linie die Kosten zu tragen hat, ob etwa eine andere Gemeinde, oder Verwandte, Kranken-

---

* Gesetz über den Unterstützungswohnsitz § 28: Jeder der dem Geltungsbereiche des Gesetzes angehörende Hilfsbedürftige muß *vorläufig* (d. h. bis zum Aufhören der Hilfsbedürftigkeit bezw. bis anderweitig gesorgt ist, etwa durch Übernahme des Ortsarmenverbandes, der die Unterstützungslast endgültig zu tragen hat) von demjenigen Ortsarmenverbande unterstützt werden, in dessen Bezirke er sich bei dem Eintritt der Hilfsbedürftigkeit befindet. Die vorläufige Unterstützung erfolgt vorbehaltlich des Anspruchs auf Erstattung der Kosten bezw. auf Übernahme des Hilfsbedürftigen gegen den hierzu verpflichteten Armenverband.

§ 60: *Ausländer* müssen vorläufig von demjenigen Ortsarmenverbande unterstützt werden, in dessen Bezirk sie sich bei dem Eintritt der Hilfsbedürftigkeit befinden.

kasse, Berufsgenossenschaft, Invalidenkasse usw. Diese zweite Frage hier zu verfolgen, würde uns zu weit führen; halten wir nur fest, daß die Stadtverwaltung für einen in Not Geratenen unter allen Umständen zu sorgen hat.

Wichtiger ist die Frage, wie die Stadtverwaltung ihre Unterstützungspflicht ausübt und ausüben soll. Wie soll die öffentliche Armenpflege im einzelnen organisiert sein?*

Seit Jahrzehnten hat man sich die Beantwortung dieser Frage leicht gemacht dadurch, daß man einfach hinwies auf das sogenannte Elberfelder System. Im letzten Grunde ist das Elberfelder System nichts anderes als das System der christlichen Diakonie, es ruht auf dem Grundsatz, daß Menschenfreundlichkeit und Barmherzigkeit sich praktisch nur dann verwirklichen können, wenn der Mensch sich selbst hinabbemüht zu seinen notleidenden Mitmenschen. Dieser letzte Gedanke ist schon vor dem Aufkommen des Elberfelder Systems in dem von Ozanam gegründeten Vinzenzverein lebendig geworden. Das Elberfelder System, als dessen Geburtstag der 9. Juni 1852 gilt, an welchem Tage die von Daniel von der Heydt geschaffene neue Armenordnung in Kraft trat, hat folgende Grundsätze:

Die Armenfürsorge wird ehrenamtlich übertragen Bürgern, sogenannten Armenpflegern, unter folgenden Bedingungen:

1. keinem Armenpfleger sollen mehr als vier Familien oder einzelstehende Personen unterstellt werden, damit gründlich geprüft und kontrolliert werden kann,

2. die Armenpfleger sollen nicht als ausführende Organe im Dienste der Kommunalobrigkeit tätig sein, sondern in den Bezirksversammlungen selbständig Unterstützungen beschließen, während die Armenverwaltung lediglich die Tätigkeit der Pfleger durch Instruktionen zu regeln hat,

3. jede Unterstützung soll möglichst nur auf vierzehn Tage gewährt und nur nach erneuter Prüfung weiter vergeben werden.

Gegen das Elberfelder System, das also heute die Grundlage der Armenfürsorge in den meisten Städten Deutschlands bildet, machen sich je länger, je mehr erhebliche Bedenken geltend. Einige will ich anführen:

1. In den Großstädten wird es immer schwieriger, die nötige Zahl williger, geeigneter Armenpfleger ausfindig zu machen. Es handelt sich vielfach um Hunderte von Personen, die im Dienste

* Vgl. zu diesen Ausführungen das Büchlein des Verfassers: Armenwesen und Armenfürsorge, Leipzig (Göschen). Auf diese Schrift muß ich den Leser, der sich für weitere Einzelheiten der Armenfürsorge interessiert, verweisen.

der Armenpflege tätig sein müssen. Nun fehlt es gewiß in den Großstädten nicht an geeigneten Persönlichkeiten, aber „je größer eine Stadt ist, um so mehr erlahmt das Interesse an den Mitbürgern".

2. Die wirklich gefundenen Armenpfleger fassen ihre Aufgabe vielfach nicht ernst genug auf. Oberflächlich geben sie das Almosen hin, eine gründliche Untersuchung nehmen sie nicht vor, erkundigen sich vielfach nur ganz flüchtig nach den Verhältnissen der Armen, geschweige denn, daß sie noch erzieherisch auf die Armen einwirken, was ihre Pflicht wäre.

3. Den größten Teil der Armenpfleger stellen Krämer und Handwerker; ihre Hilfe ist nicht zu entbehren. Aber anderseits ist gerade bei dem Quartiersystem die Gefahr vorhanden, daß sich dann auch indirekt Einflüsse geltend machen, die nachher zu beklagenswerten Folgen führen.

4. Das Elberfelder System setzt eine „patriarchalische Berührung" zwischen Verwaltung und Armenpflegern voraus; in den Großstädten mit Hunderten von Armenpflegern ist das schlechterdings unmöglich, der so wichtige Zusammenhang zwischen den Leitern der städtischen Armenfürsorge und den ausführenden Organen geht daher um so leichter verloren, je größer die Stadt ist.

Eine Reform des Elberfelder Systems scheint also sehr wünschenswert zu sein, und dieser Tatsache sind auch schon manche Großstädte gerecht geworden. In vielen Großstädten hat man an dem Elberfelder System mehr oder minder umfangreiche Änderungen vorgenommen und in Ergänzungen angefügt. Gewöhnlich sind die Änderungen in der Richtung erfolgt, daß man neben die ehrenamtlichen Pfleger eine größere Anzahl von Armenbeamten stellte, die einerseits als Kontrollbeamte tätig sind, anderseits für die ersten Erkundigungen, für die aufklärende Arbeit, für die Herstellung einer statistischen Grundlage usw. tätig sind. Im weitesten Maße ist man in dieser Richtung wohl in Straßburg vorgegangen, man spricht geradezu von einem Straßburger System.

In Straßburg liegt die Oberaufsicht des gesamten Armenwesens in den Händen des sogenannten Armenrats, der aus dem Bürgermeister und acht Bürgern, die von dem Gemeinderat gewählt werden, besteht. Diesem Armenrat stehen nun drei verschiedene andere Organe zur Seite:

1. ein Armenamt; ein Kollegium von Beamten, das die vorbereitende Tätigkeit auszuführen hat, das Erkundigungen veranlaßt, Personalakten führt, kurz die vorbereitende Tätigkeit besorgt;

2. die Bezirkskommissionen; sie bestehen aus einem Mitgliede des Armenrats als Vorsitzender und acht durch den Armenrat aus der Zahl der ehrenamtlichen Armenpfleger und Pflegerinnen

ernannten Mitgliedern. Die Aufgabe dieser Bezirkskommission ist es nun, die einzelnen Unterstützungsfälle ihres Bezirks nach Maßgabe der vom Armenamt gegebenen Vorschriften zu prüfen und darüber zu entscheiden;

3. Armenpfleger und Pflegerinnen; diese sind ehrenamtlich tätig, bringen den Unterstützungsbedürftigen ihre Gabe, suchen erzieherisch auf sie einzuwirken. Den Einzelpflegern sollen höchstens drei Unterstützungsbedürftige zugewiesen werden.

Dabei sind zwei Unterschiede von dem Elberfelder System wichtig: die vorübergehend Hilfsbedürftigen, also Leute, die infolge irgendeines unglücklichen Zufalls für voraussichtlich kurze Zeit in bedrängter Lage sind und daher von der Armenverwaltung eine Unterstützung haben müssen, werden nicht an die Pfleger überwiesen. Die Pfleger erfahren also gar nichts von vorübergehenden Unterstützungen, sondern für diese sorgt schon die Bezirkskommission.

Ebenso bedeutsam ist die Beseitigung des Quartiersystems in Straßburg. Die Bezirkskommissionen weisen die einzelnen Armen den Pflegern zu ohne Rücksicht auf Wohnsitz, ganz den individuellen Verhältnissen entsprechend, möglichst sorgen sie dafür, daß der einzelne Pfleger solche Arme bekommt, denen er nach Lage der Sache wirklich von Nutzen sein kann. Läßt man letzteres als allgemeinen Grundsatz gelten, so erscheint die Mitwirkung von Frauen und Arbeitern als Armenpfleger dringend erforderlich. Arbeiter sind bis jetzt nur in ganz geringem Umfange zur Mitwirkung bei der öffentlichen Armenfürsorge herangezogen worden. Nach einer 1911 aufgestellten Statistik waren in etwa der Hälfte der befragten Städte Arbeiter als Armenpfleger überhaupt nicht tätig; insgesamt machten die Arbeiter nur 4,68 Prozent aller Armenpfleger aus, darunter war auch noch unzweifelhaft der größere Teil Werkmeister, Arbeiterbeamte u. dergl. Als Hauptgrund für diese bedauerliche Tatsache wird angegeben „die Tradition in den Armenbezirken und die ablehnende Haltung der regelmäßig vorschlagenden Bezirksvorsteher". Weit mehr als die Arbeiter haben sich die Frauen in den letzten Jahren in der öffentlichen Armenfürsorge Geltung zu verschaffen gewußt — und das ist erfreulich; denn da, wo es sich um die Fürsorge für Frauen und Kinder, um Übernahme von Pflichten handelt, die mit dem häuslichen Leben zusammenhängen, wird die Frau viel besser in der Lage sein, wirksame Abhilfe zu schaffen als der Mann. Dabei ist zu berücksichtigen, daß gerade in den Großstädten Frauen und Kinder den größten Teil der Bedürftigen bilden. In Magdeburg ergab z. B. die Individualarmenstatistik, daß von den dauernd Unterstützten nicht weniger als 74,82 Prozent weiblichen und nur 25,18 Prozent männlichen Geschlechts waren.

Mehr noch als die öffentliche Armenfürsorge läßt die private und kirchliche Wohltätigkeit in ihrer Organisation und in ihrem Wirken zu wünschen übrig. Engherzige Kirchturmspolitik, beschränkter Gesichtskreis der Leiter, kleinlicher Ehrgeiz und dergleichen mehr machen nicht selten aus den Organisationen der nichtöffentlichen Armenfürsorge Kräfte, die zwar Gutes wollen, aber Böses erreichen. Ganz besonders gilt das — leider muß es gesagt werden — für manchen Zweig der Charitas unserer beiden großen christlichen Konfessionen. Es ist noch nicht lange her, daß W. F. Classen, ein protestantischer Geistlicher, der das Großstadtvolk gründlich kennt, eine scharfe Kritik übte an der inneren Mission — bekanntlich ist dies die Organisation der evangelischen Charitas —: seit 50 Jahren habe die innere Mission in sich keine neuen Gedanken hervorgebracht, kein wichtiges geistiges Erlebnis gehabt; die Hilfe, die sie den Armen zuteil werden lasse, werde zu häufig nur als Mittel betrachtet, um ihn in einseitiger Weise kirchlich fromm zu machen. Auch setze die innere Mission im wesentlichen nur weibliche Hilfe in Bewegung, ihre Herren „regierten im Komitee", selbst die literarischen Erzeugnisse der inneren Mission zeigten leider nur zu oft schon an ihrem Stil, wie fern sie modernem Geistesleben ständen, „sie bewegen sich im latinisierenden, abstrakten Gelehrtendeutsch oder altväterischen Theologenstile ..."

Nicht minder bitter lauten manche Urteile über die katholische Charitas in unseren Tagen. Schon manches Jahr ist allerdings dahingegangen, seitdem Professor Schell in seiner Broschüre: „Katholizismus als Prinzip des Fortschritts" die katholische Nächstenliebe anklagt, „daß sie viel mehr die augenblickliche Abhilfe unmittelbar vorhandener Not als religiös wertvoll ansehe, hingegen viel weniger die systematische Verhinderung derselben durch entsprechende berufsmäßige oder freiwillige Kulturtätigkeit als religiös wertvoll ansehe". Zum Teil ist das darauf zurückzuführen, daß die katholische Charitas in besonders großem Maße gegen den Grundsatz verstößt, daß alle Armenfürsorge ein einheitliches Ziel hat, daß ihr Endzweck sein muß Schutz und Förderung des Gemeinwesens. Die einzelnen Organisationen, wie Vinzenzvereine, Elisabethenvereine, vor allem der Glanzpunkt der christlichen Nächstenliebe, die barmherzigen Schwestern, leisten an und für sich höchst Lobenswertes, nur zeigt sich, daß manchmal der Zusammenhang zwischen diesen Organisationen fehlt, vollends natürlich auch der Zusammenhang mit den anderen Faktoren der sozialen Hilfsarbeit, wobei freilich festgestellt werden muß, daß in den letzten Jahren gerade die katholische Charitas ganz wesentliche organisatorische Fortschritte gemacht hat.

Keine Zersplitterung der Kräfte! Das ist eine

Hauptmahnung, die man besonders an die kirchliche und private Wohltätigkeit unserer modernen Städte richten muß. Ich weiß, daß die Durchführung der Forderung größerer Zentralisation, besserer Fühlungnahme der einzelnen Organisationen untereinander mit sehr großen Schwierigkeiten verknüpft ist. Aber man sage nicht, daß es unmöglich ist, die einzelnen Vereine und Organisationen einander näherzubringen, sie anzuleiten zu gemeinsamen Arbeiten. Die Tatsachen würden dem widersprechen. Ich will nicht hinweisen auf das Ausland, wo insbesondere die berühmte Londoner Charity Organisation Society schon seit manchen Jahrzehnten erfolgreich das Zusammenwirken der wohltätigen Vereine fördert, ich will in Deutschland bleiben, wo manche Städte angeführt werden können als Belege dafür, daß wirklich in weitem Umfange ein Zusammenwirken der verschiedenen Faktoren sich ermöglichen läßt.

In Dresden wurde bereits 1882 eine organische Vereinigung der öffentlichen Armenpflege mit der privaten Wohltätigkeit angebahnt und in den folgenden Jahren erfolgreich durchgeführt. Die an der Vereinigung teilnehmenden Einzelorganisationen übernahmen die Verpflichtung:

1. alle bei ihnen eingehenden Gesuche (ausschließlich der um Krankenhilfe) dem Armenamte zur Vorerörterung zu überweisen,
2. letzterem jede von ihnen gewünschte Unterstützung anzuzeigen,
3. die seitens des Armenamtes bezüglich einzelner Personen erteilten Winke wegen Nichtunterstützung zu befolgen.

Die städtische Verwaltung errichtete demgemäß im Jahre 1883 eine Zentralstelle zur Erteilung dieser Auskünfte und Sammlung der einzelnen Nachrichten. Im Jahre 1902 hatten sich der Dresdner städtischen Zentralstelle bereits 100 Vereine und Anstalten und 24 Kirchen- und Religionsgemeinschaften angeschlossen. Auch die Kammerzahlämter der königlichen Familie und zahlreiche wohlhabende Private stehen mit der Zentralstelle in regem Verkehr, deren Bemühungen es besonders auch zu danken ist, daß die Konfirmations- und Weihnachtsunterstützungen einheitlich geregelt sind.

Das Dresdner Vorgehen hat im Laufe der Zeit mannigfache Nachahmung gefunden mit mehr oder minder erheblichen, den örtlichen Verhältnissen angepaßten Änderungen, so in Charlottenburg, in Posen, in Leipzig, in Düsseldorf, in Breslau. Da, wo es nicht zu einem Verbande der Wohltätigkeitsvereine und Anstalten kam, wurden doch manchmal amtliche Zentralauskunftsstellen gegründet.

Von den privaten Auskunftsstellen sind besonders erwähnenswert die „Zentrale für private Fürsorge" in Frankfurt a. M. und die Auskunftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Ethische Kultur; letztere bezweckt

1. Beratung der Hilfesuchenden selbst,
2. Auskunftserteilung über Bittsteller,
3. Anbahnung planmäßiger Wohltätigkeit,
4. Anleitung und Schulung der Personen, die sich der Armenpflege widmen wollen.

Manches wäre schon erreicht, wenn sich wenigstens bestimmte Gruppen von Wohltätigkeitsvereinen enger zusammenschließen würden, das ist besonders notwendig für die verschiedenen, besonders zahlreichen Organe der katholischen Charitas. Nach dieser Richtung hat der Charitasverband für das katholische Deutschland sehr erfolgreich gearbeitet. Durch ihn wurden bis Ende 1915 u. a. 24 örtliche Charitasverbände und 6 örtliche Charitaskomitees gegründet.

Wenn ich mich nun zur zweiten der aufgeworfenen Fragen: wie und mit welchen Mitteln ist zu unterstützen? wenden darf, dann möchte ich zunächst für die natürliche und selbstverständliche Grundlage einer jeden richtigen praktischen Armenfürsorge 10 Leitsätze aufstellen, die ich in meinem bereits erwähnten Schriftchen über Armenwesen in folgender Weise zusammengestellt habe:

1. Nach unserer modernen Auffassung soll jeder hilfsbedürftige Mensch Anspruch auf Hilfe haben, und zwar darum, weil er Mensch ist, nicht deshalb, weil er Anhänger einer bestimmten Partei, einer bestimmten Konfession oder Bürger einer bestimmten Gemeinde oder eines bestimmten Staates ist.

2. Erst dann dürfen Gaben bewilligt werden, wenn die Verhältnisse jedes einzelnen sorgfältig geprüft und gewürdigt sind. Kritikloses Almosengeben befördert den Bettel und den Müßiggang. Es ist nicht eine Wohltat, sondern eine Plage.

3. Die Familie ist zunächst berufen, ihren in Not geratenen Mitgliedern zu helfen, es wird Sache der Hilfsorgane sein, erst die besser gestellten nahen Verwandten um Hilfe anzugehen und dann erst die Mittel der privaten Wohltätigkeit oder der öffentlichen Armenfürsorge für die einzelnen Hilfsbedürftigen nutzbar zu machen.

4. Nicht die Symptome des Übels gilt es in erster Linie zu bekämpfen, sondern die Wurzeln zu beseitigen, diese aufzudecken und dann unter Anwendung aller in Betracht kommenden Mittel energisch zu bekämpfen, das wird immer die vornehmste Aufgabe jeder sozialen Hilfsarbeit sein müssen.

5. Der Arme darf nicht verhätschelt werden, ernst und nachdrücklich sollte man ihn stets von neuem antreiben, daß er sich so bald wie möglich selbst weiter hilft; der Unterstützte soll nicht besser leben, als der strebsame, brave Arbeiter, der auf die Unterstützung verzichten kann.

6. Auch die bescheidenste Tätigkeit des Armenpflegers und der Armenpflegerin ist soziale Hilfsarbeit, d. h. eine Arbeit, um die Gegensätze im sozialen Ganzen, in der menschlichen Gesellschaft abzuschwächen; sie müssen sich daher auch bewußt sein, daß sie nicht isoliert, sondern in Reih und Glied zu marschieren haben. Dieses Bewußtsein wird aber nur dann dauernd lebendig sein, wenn es getragen ist von der Kenntnis der sozialen Gesamtarbeit unserer Tage und von den Gedanken, die diese soziale Gesamtarbeit beherrschen oder doch beherrschen sollen.

7. Bei der Hilfe und bei der Gabenverteilung kommt es häufig nicht in erster Linie auf das Was, sondern auf das Wie an, wobei immer zu bedenken ist, daß dem Armen ein geistiges Almosen nicht selten noch notwendiger ist, als ein materielles Almosen, ein geistiges Almosen freilich muß es sein, das eine gesunde, kräftige Nahrung darstellt, das nicht ausschließlich besteht in frommen Ermahnungen.

8. Man sollte die Armenfürsorge stets als Zweck, nicht als Mittel zum Zweck betrachten. Insbesondere sind festliche Veranstaltungen im Interesse der Armenfürsorge höchstens stets als notwendiges Übel anzusehen; das gleiche gilt von großen öffentlichen Bescherungen. Nur zu häufig sind sie eine ergiebige Quelle der Bitterkeit und des Neides.

9. Die geistige und politische Entwicklung bedingt es, daß der Notleidende in unseren Tagen sich mehr nach Rechten als nach milden Gaben sehnt. Dieses im Kern gesunde Wollen muß auch die soziale Hilfsarbeit in Rechnung ziehen. Man verschaffe daher dem Hilfsbedürftigen in erster Linie die Rechte, die er auf Grund unserer Gesetzgebung geltend machen kann, und man verschaffe ihm weiter eine seinen geistigen und körperlichen Kräften entsprechende Arbeit, damit er so auf Grund eines Rechtstitels sein und der Seinigen Leben fristen kann.

10. Die beste vorbeugende Armenfürsorge ist eine für Seele, Geist und Körper gesunde Jugenderziehung, die sich am zweckmäßigsten auf Grundlage eines tadellosen Familienlebens gestaltet.

Fragt man mich nun weiter, welchen Satz ich für den wichtigsten halte, so möchte ich, wenn ich die großstädtische Armenfürsorge vom sozialen Standpunkte aus zu betrachten habe, den vierten Punkt herausgreifen: „Nicht die Symptome, nicht die äußeren Erscheinungen des Übels gilt es in erster Linie zu be-

kämpfen, sondern die Wurzel zu beseitigen, sie aufzudecken und dann unter Anwendung aller in Betracht kommenden Mittel energisch zu bekämpfen ..."

Als Ursache der sozialen Not in der Großstadt läßt sich, abgesehen von der Arbeitslosigkeit, von der ich in dem vorigen Abschnitt sprach, in der Hauptsache ein Vierfaches anführen:

1. Der Alkoholismus. Die Trunksucht verursacht Zerrüttung des Familienlebens, Verminderung des Erwerbes, Arbeitslosigkeit. Fragt man den Armen, was ihn in die Armut gebracht habe, so wird er diese näheren Ursachen sehr häufig da nennen, wo der eigentliche tiefere Grund für seine Verarmung doch nur in der Liebe zum Alkohol, zum Wirtshausbesuch zu suchen ist. In den Vereinigten Staaten fanden in den Jahren 1897 bis 1903 eingehende Erhebungen statt, die seitens eines Ausschusses von erfahrenen Fachleuten veranstaltet wurden, die ergaben, daß von den untersuchten Verarmungsfällen im Durchschnitt 25 Prozent auf Trunksucht zurückzuführen waren, und daß von den Insassen der in der Erhebung einbezogenen Armenhäuser 50 Prozent der Armutsfälle auf Trunksucht zurückzuführen, für die 45 Prozent von den Fällen der Vernachlässigung von Kindern war der Trunk die Ursache; nach Popert kann man in Hamburg 50 Prozent der Armutsfälle auf Trunksucht zurückführen, für die Stadt Genf steigt dieser Prozentsatz sogar auf 90 Prozent aller Fälle von Armenunterstützung. Vor einem Jahrzehnt wurde berechnet, daß in Deutschland bei einer Gesamtbevölkerung von 60 Millionen jährlich nicht weniger als 2826 Millionen Mark für alkoholische Getränke ausgegeben werden. Das Reichsarbeitsblatt nahm damals an, daß von dieser Summe 1695 Millionen Mark auf die arbeitenden Klassen entfallen. Zum Vergleich teilte dieselbe Zeitschrift mit, daß gleichzeitig die jährlichen Aufwendungen für die gesamte Arbeiterversicherung 488 Millionen und die jährliche Aufwendung für die öffentlichen Volksschulen sich auf 419 Millionen Mark beliefen. Verzicht auf Alkohol würde eine Lohnerhöhung von mindestens 10 Prozent, eine bessere Erziehung der Jugend, Verminderung der Verbrechen, Stärkung des Familienlebens — kurz, ein gutes Stück vorwärts zum „sozialen Frieden" bedeuten.*

---

* Vergleiche die Beiträge zur „Alkoholfrage" im Reichsarbeitsblatt Jahrgang 1906. — Eine neuere Berechnung schätzt den Jahresgeldaufwand Deutschlands für alkoholische Getränke für 1913 auf 4026 Millionen Mark (2526 für Bier, 740 für Wein und Schaumwein, 760 für Branntwein). Vergleiche „Die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands". Herausgegeben von der Dresdner Bank, 3. Ausgabe, 1917. Seite 20.

Helfen kann die Armenfürsorge:

1. durch persönliche Einwirkung auf den Trinker und die Familie,
2. durch Verbindung mit den Abstinenzvereinen,
3. nötigenfalls durch Beihilfe zur Unterbringung des Trunksüchtigen in eine Heilanstalt und durch Sorge für die Familie während dieser Zeit,
4. durch geeignete Beschäftigung und Beaufsichtigung der aus den Trinkeranstalten Entlassenen.

Ganz unentbehrlich ist in den Großstädten die Arbeit der alkoholgegnerischen Vereine, durch sie sind zahlreiche Trinker geheilt worden, deren Familien bis dahin der öffentlichen Armenpflege zur Last fielen, ist Aufklärung der öffentlichen Meinung über die Gefahren des Alkohols durch Wort, Schrift und Bild verbreitet worden. Zum Mittlerdienst in der Sache der Trinkerrettung und Trunksuchtsbekämpfung sind die Fürsorgestellen berufen, auch Beratungsstellen für Alkoholkranke genannt, wie sie in den letzten Jahren vom Deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke oder auf seine Anregung in vielen Städten Deutschlands gegründet worden sind. Dem Deutschen Verein ist es gelungen, Staats- und Kirchenbehörden, Versicherungsanstalten und Krankenkassen, Stadtverwaltungen, soziale Vereine, Ärzte, Geistliche, Lehrer, Frauen für die Mitarbeit an der organisierten Trinkerfürsorge zu interessieren und besonders die örtlichen Abstinenzorganisationen zur Mithilfe zu gewinnen.

Mustergültig kann auch die auf Anregung von Prof. Puppe geschaffene Königsberger Alkoholwohlfahrtsstelle genannt werden. Sie ist bemüht, Hand in Hand zu arbeiten mit allen in Betracht kommenden Instanzen: Magistrat, Regierung, Polizei, Gericht, Landesversicherungsanstalten, namentlich aber auch mit der Ärzteschaft.

Nach dem Krieg wird der rücksichtslose Kampf gegen den Alkoholismus nicht nur aus sozialpolitischen, sondern mit Rücksicht auf die dringend notwendige Sparsamkeit auch aus volkswirtschaftlichen Gründen zu unseren allerwichtigsten Aufgaben gehören müssen.

2. *Die Volkskrankheiten.* Da ist zunächst zu erwähnen der Kampf gegen die Tuberkulose, gegen die Schwindsucht. Die Statistik hat nachgewiesen, daß im erwerbsfähigen Alter jeder dritte Todesfall und jeder zweite Invaliditätsfall auf Tuberkulose zurückzuführen ist. Fortschritte in der Bekämpfung dieser Volkskrankheit sind daher hocherfreulich. Im Jahre 1876 starben in Deutschland von je 10 000 Lebenden an Tuberkulose 32, diese Zahl

erhielt sich unter geringen Schwankungen bis zum Jahre 1887, um dann ständig abzunehmen, 1913 starben nur noch 14,3 von je 10 000 der mittleren Bevölkerung an Tuberkulose. Daß die Tuberkulose besonders verheerend in den Großstädten wirkt — trotz aller Erfolge, die gerade hier erzielt wurden —, ist allgemein bekannt. Der oben erwähnten Durchschnittszahl von 14,3 für das ganze Reich stehen gegenüber Berlin mit 18,4, Breslau mit 25,3, München mit 20,5, Straßburg mit 23,6. Die besten Rezepte für gute Dauererfolge sind gegeben in Besserung der Lebenshaltung, Schaffung besserer Wohnungsverhältnisse, zielbewußtes Vorgehen gegen den Alkoholmißbrauch, Aufklärung über die Natur der Krankheit und die Mittel, ihr zu begegnen — alles Dinge, in denen die Armenfürsorge praktisch erheblich mitwirken kann. Überweisung von bedürftigen Schwindsüchtigen an Heilstätten kommt demgegenüber erst in zweiter Linie in Betracht.

Nächst der Tuberkulose richten in den Großstädten besonders die Geschlechtskrankheiten viel Unheil auch unter den ärmeren Schichten der Bevölkerung an; es geht das doch schon daraus hervor, daß in Deutschland im Durchschnitt immer etwa $^1/_{10}$ aller Mitglieder der Krankenkassen wegen Geschlechtsleiden in Behandlung sind. Amtlich hat man berechnet, daß Deutschland durch die Geschlechtskrankheiten jährlich über 150 Millionen Mark einbüßt. Auf Grund einer am 30. April 1900 stattgehabten Zählung kann man annehmen, daß das eine in Großstädten lebende Viertel unserer Gesamtbevölkerung über ¾ aller Geschlechtskrankheiten, die übrigen auf dem Lande und in kleineren Städten lebenden drei Viertel nur ¼ dieser Krankheitsfälle aufzuweisen haben. Je größer die Großstadt, um so häufiger sind die Geschlechtskrankheiten: Im April 1900 kamen auf 100 000 Erwachsene in ganz Preußen 185 Geschlechtskrankheiten, in Westfalen nur 61, dagegen in Berlin 912! Hier zu helfen, wird ja nun gerade der Armenfürsorge nicht leicht sein; aber durch ein gutes Wort zur rechten Zeit, durch praktische Maßnahmen gegen das Schlafgängerunwesen, durch Unterstützung der sogenannten Bahnhofsmissionen insbesondere, kann doch manch schöner Erfolg erzielt werden. Solange geeignete „große Mittel" nicht gefunden sind, oder nicht angewandt werden, muß man auf die kleinen Mittel um so mehr Gewicht legen.

Zu den großstädtischen Volkskrankheiten gehört in größerem Umfange als man meint, die Nervenkrankheit. Bislang haben wir für diese wenig getan. Noch vor wenigen Jahren gab es nur eine Volksheilstätte für Nervenkranke in Schönau bei Berlin.

3. Die mangelnde Haushaltungsfürsorge. Die materielle Lage einer Familie hängt ebenso vom Auskommen wie vom Einkommen ab. Hauptsächlich wird das Auskommen beein-

fließt von dem hauswirtschaftlichen Können der Frau. Versteht die Frau hauszuhalten, so wird sie oft mit sehr wenig ein gemütliches Heim und eine gesunde, nahrhafte Kost zu bereiten imstande sein, und umgekehrt, versteht sie nicht zu haushalten, dann wird manchmal auch bei erheblich hohem Einkommen doch Zufriedenheit nicht ins Haus einziehen. Daß die Frau herangezogen wird zur tüchtigen Hausfrau, dazu kann die Armenpflege nach verschiedenen Richtungen hin manches leisten. Hier können namentlich die Armenpflegerinnen günstig einwirken; mancherlei praktische Hinweise können da von ihnen gegeben werden, die dauernden und höheren Wert haben, als ein Almosen. Die Errichtung von Haushaltungskursen kann gefördert werden; hier und da kann man darauf hinwirken, daß die schulentlassenen Kinder nicht in die Fabrik geschickt werden, sondern bei einer ordentlichen Hausfrau kochen und Hausarbeit verrichten lernen.

4. Die verfehlte Berufswahl. Es ist sicher, daß ein großer Teil unserer sozialen Unzufriedenheit zurückzuführen ist darauf, daß die Kinder leichtsinnig einem Beruf zugeführt werden, für den sie nicht geeignet sind. In manchen Städten gibt es freiwillige Erziehungsbeiräte, Vereine für Jugendfürsorge, die den Eltern mit guten Ratschlägen zur Seite stehen, wenn es sich darum handelt, ihre Kinder einem Berufe zuzuführen, und gerade diese Vereinigungen in ihren zahlreichen Organisationen möchte ich an die Spitze aller Organisationen der „Armenfürsorge" stellen.

Mustergültiges leistet unter den freien Organisationen namentlich der „Freiwillige Erziehungsbeirat für schulentlassene Waisen" zu Berlin.* Er beschränkt seine Fürsorge auf die vater- oder elternlosen, unehelichen oder dauernd vom Vater verlassenen Kinder, es gibt in Berlin über 20 000 solcher Kinder, von denen jährlich etwa 2400 bis 2700 zur Schulentlassung kommen. Die Grundsätze, denen der Verein bei seiner Fürsorge folgt, sind: Zusammenarbeit mit ähnliche Bestrebungen verfolgenden Vereinen (z. B. mit dem Vereine zum Wohle der schulentlassenen Jugend); Unterbleiben jedes Eingriffes da, wo den Waisen bereits von anderer Seite ausreichende Fürsorge zuteil wird (z. B. bei den in städtischer Waisenpflege stehenden Kindern); möglichste Vermeidung eines Wechsels in der Person des Pflegers (jeder gemeldete Knabe erhält einen Pfleger, jedes Mädchen eine Pflegerin); Unterbringung von schwächlichen und kranken Kindern auf dem Lande (1903 im ganzen 85); Mitwirkung bei der Berufswahl;

* Über die Organisation und die Erfolge des Berliner „Erziehungsbeirates" unterrichtet die zum zehnjährigen Bestehen erschienene, vom Amtsrichter Goldmann verfaßte Festschrift (Berlin 1905).

Ermittlung von Lehr-, Dienst- und Arbeitsstellen; Fürsorge nach erfolgter Berufswahl.

Die Berufswahl will der Verein so leiten, daß dabei die gesellschaftliche Stellung und die Vermögenslage des Kindes, dessen besondere Neigungen und Anlagen, sein sittlicher, geistiger und körperlicher Zustand und die sonst in Betracht kommenden allgemeinen und persönlichen Verhältnisse Berücksichtigung finden. Möglichst in allen, jedenfalls aber stets in irgendwie zweifelhaften Fällen ist das unentgeltlich gewährte Gutachten eines Vereinsarztes darüber herbeizuführen, ob der Pflegling für den in Aussicht genommenen Beruf körperlich tauglich ist. Ein Herabsinken des Kindes unter den Stand der Eltern soll möglichst vermieden, ein unverhältnismäßiges Erheben über ihn nur in besonderen Ausnahmefällen gefördert werden ... Verwahrloste Kinder sind an einem Orte und in einem Berufe unterzubringen, in welchem sie den bisherigen schädigenden Einflüssen entzogen sind; eine besonders zuverlässige Familie oder gute Anstalt ist auszuwählen, welche nachträgliche Erziehung des Kindes verbürgt. Berufe, bei denen der Pflegling mit vielen Altersgenossen ohne genügende Beaufsichtigung verkehrt, sind zu vermeiden. Im übrigen soll die Berufswahl bei Knaben nur auf sogenannte gelernte Berufe gelenkt werden; für Mädchen wird Unterbringung als Dienstmädchen in erster Reihe empfohlen. Das sind so praktische, wohlerwogene Grundsätze für die Berufswahl, daß man kein weiteres Wort hinzuzufügen braucht. Aber die Befolgung dieser Grundsätze erfordert viel Arbeit und Mühe, sie verlangt Kenntnisse mannigfacher Art und setzt eine Erfahrung voraus, über die nur wenige Eltern verfügen. Der Berliner freiwillige Erziehungsbeirat konnte 1903 rund 1500 schulentlassene Waisenkinder unterbringen. In einer beträchtlichen Anzahl von Städten wurden Vereine nach dem Muster des Berliner Erziehungsbeirates eingeführt, indessen besteht kein Zweifel für mich, daß das, was im Interesse einer geistig, sittlich und körperlich geeigneten Berufswahl geschieht, erbärmlich gering ist gegenüber dem, was geschehen muß.

Im ganzen darf man aber wohl sagen, daß die zweckmäßige Berufsberatung in unseren Großstädten über die allerersten Anfänge in Form von Ratschlägen bei der Schulentlassung noch nicht hinausgekommen sind. Einen erfreulichen Schritt vorwärts will neuerdings (1917) Charlottenburg machen. Seine großzügig geplante Berufsberatungsstelle, will nicht nur die Jugendlichen, sondern auch die Erwachsenen, die ihren Beruf wechseln wollen oder müssen, beraten; ihre Fürsorge soll zudem über die Einweisung in den Beruf hinaus noch längere Zeit andauern.

Sachkundiger Rat und Hilfe bei der Berufswahl ist nicht nur die beste vorbeugende Armenfürsorge, sondern zugleich auch die beste Mitarbeit an der sozialen Zukunft unseres Volkes. „Wer ein Kind vom Verderben rettet, der errettet ein Geschlecht."

Nach dem Kriege wird auch die städtische Armenfürsorge einer „Neuorientierung" bedürfen. Die schon berührte Heranziehung von Arbeitern wird noch notwendiger werden. Die Mitwirkung der Frau hat sich während des Krieges in so hervorragender Weise bewährt, daß ihre völlige Gleichberechtigung mit dem Manne auf dem Gebiete der Fürsorgetätigkeit weiterhin als selbstverständlich gelten muß. Dringlich wird jetzt auch die alte Forderung, daß eine soziale Ausgestaltung der Armenpflege Beseitigung der gesetzlichen Bestimmung über die Entziehung des Wahlrechts der öffentlich unterstützten Personen voraussetzt. Die Anhänger des Wahlrechtsverlustes weisen nun gerade gern auf großstädtische Erfahrungen hin, auf das arbeitsscheue Gesindel, das es in dem Gewühl der Großstadt nur manchmal allzu leicht habe, sich mit Hilfe der Armenunterstützung ohne Arbeit durchs Leben zu schlagen. Man will daher eine Unterscheidung machen zwischen solchen Personen, die ohne ihr Verschulden in die Lage gekommen sind, Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen, und den durch eigene Schuld verarmten Personen. Tatsächlich aber ist Verschuldung oder Nichtverschuldung bei der Armut das Ergebnis einer bunten Mannigfaltigkeit von Umständen, die man gerade in der Großstadt unmöglich aufzudecken und erst recht nicht nach ihrem Gewichte zu prüfen in der Lage ist. —

Die letzten Reste der alten polizeilichen Armenpflege müssen sobald wie möglich beseitigt werden. Bestimmter und zielbewußter als vor dem Krieg muß jede Armenpflege soziale Hilfsarbeit werden.

Siebenter Abschnitt

Volksbildung und Volksgeselligkeit.

Volksbildung und Volksgeselligkeit gehören zusammen wie zwei Kinder derselben Mutter, die den Namen „Volkswohl" trägt. Beide Schwestern sollen Hand in Hand arbeiten für die gemeinsame Mutter. Die Volksbildung allein ohne die Volksgeselligkeit würde wenig ausrichten ähnlich wie der Ernst, wenn er sich nicht zuweilen mit dem Scherze paart; und umgekehrt — die Volksgeselligkeit würde gerade ihre schönsten Ziele

nicht zu erreichen vermögen, wenn sie sich nicht auf einem Boden entfalten könnte, der durch die Volksbildung in geeigneter Weise vorbereitet ist.

Was verstehen wir nun unter Volksbildung? Schon das Wort Bildung — es hängt eng zusammen mit bilden, umformen — deutet an, daß es bei der Bildung in erster Linie nicht ankommt auf das Maß der erworbenen Kenntnisse, sondern, daß es darauf ankommt, diese Kenntnisse in sich zu etwas Neuem, zu neuen Werten umzuformen. Nicht derjenige, der viele Bücher gelesen hat, nicht derjenige, der viel auswendig gelernt hat, ist deshalb gebildet, sondern nur derjenige, der den Inhalt dieser Schriften in sich aufgenommen hat, in sich verwertet hat für die Ausgestaltung seiner sittlichen Kraft.

Das, was insbesondere den sittlichen Wert der Bildung ausmacht, ist wieder nicht der Umfang des geistigen Interesses, sondern das ist die Energie, die Tatkraft, mit welcher die erworbenen Kenntnisse verwandt werden zur eigenen Verstandes- und Gemütsbildung. In dieser Hinsicht hat mir wenigstens der berühmte Leipziger Philosoph Wundt ganz aus dem Herzen gesprochen, wenn er in seiner Ethik sagt: „Die Hingabe an die einfachsten religiösen Ideen kann dem leiblichen und geistigen Armen mehr innere Erhebung gewähren, als dem auf der Höhe des Lebens stehenden Reichen die Beschäftigung mit den Schätzen der Kunst und Literatur. Nicht in welchem Umfange und in welchem Gebiete, sondern mit wie vielem Ernst und innerem Erfolge der einzelne teilnimmt an dem geistigen Gesamtleben der Menschen, das ist die Frage, die über den sittlichen Wert seiner Bildung entscheidet, weil hierdurch allein die sittliche Gesinnung und damit das Glück abhängt, das von seiner Teilnahme an den geistigen Gütern ausgeht."

Weil man diesen Gedanken vielfach übersehen hat, konnte die Bildung im Laufe der Geschichte nicht immer die Kulturmission erfüllen, die sie zu erfüllen berufen gewesen wäre. Zwar war in der alten Kulturwelt Bildung und Tugend theoretisch im Sinne der Wissenschaft ein und dasselbe, praktisch aber vereinigte sich mit der höchsten äußeren Bildung die Grausamkeit des Amphitheaters, die menschenunwürdige Sklaverei, eine Sittenverderbnis in Staat und Gesellschaft, wie wir sie doch nur in wenigen Epochen der Kulturgeschichte bemerken konnten.

Die Geschichte warnt uns, nicht zu viel von der äußeren Bildung zu hoffen für die sittliche Kraft und das Glück der Menschen, und dieselbe Mahnung wird nachdrücklich ausgesprochen von ernsten Männern der Wissenschaft, von Denkern, die in rastloser Tätigkeit eine geistige Höhe erreicht haben, wie nur wenige andere Menschen. Kant selbst betont, daß alle Wissenschaft und

Kunst, und mögen sie noch so ausgebildet von dem einzelnen beherrscht werden, die Seele noch lange nicht ausfüllen, daß immer noch ein Platz übrigbleibe, dessen Leerbleiben uns zwinge, wie er sich ausdrückt, „in Fratzen, Tändelwerk oder Schwärmerei" Mittel zu suchen, um den beschwerlichen Ruf der „Vernunft" zu übertäuben.

Wie Kant betont, daß Wissenschaft und Kunst objektiv, ihrem inneren Wesen nach nicht in der Lage sind, die Seele ganz auszufüllen, so hebt Schopenhauer nachdrücklich hervor, daß dies subjektiv schon deshalb nicht möglich sei, weil die einzelnen Menschen die dazu nötigen Fähigkeiten nicht besitzen. „Eigentliche Bildung", so sagt Schopenhauer, „bei welcher Erkenntnis und Urteil Hand in Hand gehen, kann nur wenigen zugewandt werden und noch weniger sind fähig, diese aufzunehmen; bei dem großen Haufen tritt überall an deren Stelle eine Art Abrichtung."

Und noch auf eins muß ich in diesem Zusammenhang hinweisen, wo es gilt, die Grenzen der Volksbildung zu bestimmen. Unendlich häufig ist seit manchen Jahren ein Satz wiederholt worden, den zuerst Schmoller ausgesprochen hat: „Der letzte Grund aller sozialen Gefahr liegt nicht in der Dissonanz des Besitzes, sondern der Bildungsgegensätze." Dissonanz der Bildung wird aber immer bestehen bleiben und bestehen bleiben müssen, solange es Menschen gibt mit verschiedenen Anlagen. Der Dumme und der Kluge, der Fleißige und der Faule werden ebenso beständige Ursachen sein für Gegensätze in der Bildung wie die Verschiedenheit des metaphysischen Bedürfnisses, die Verschiedenheit der Leidenschaft, der Neigung, der Erziehung usw. Aber vielleicht schwebte Schmoller, als er den zitierten Satz aussprach, etwas anderes vor: da, wo er von Bildung sprach, dachte er vielleicht an die Möglichkeit der Fortbildung, und faßt man den Satz so auf, dann allerdings ist er vollkommen richtig. Heute haben wir allgemeine Volksschulpflicht. Eine verständig geführte Volksschule soll geradezu den Hunger nach Bildung auf obrigkeitlichen Befehl nach Möglichkeit wecken. Dann aber, mit dem 14. Jahre tritt eine Scheidung ein. Die einen, die Reichen, können ihren Bildungshunger ganz nach Belieben in aller Bequemlichkeit befriedigen, mögen sie dumm oder klug sein, die andern — die Armen —, mögen sie noch so talentiert sein, müssen sich mit einigen Brosamen begnügen, die sie vielleicht abends nach des Tages Last sich mühsam zu sammeln haben. Das ist allerdings ein Gegensatz, ein besonders von intelligenten großstädtischen Arbeitern gefühlter Gegensatz. Da gilt es, Abhilfe zu schaffen, und das bringt uns zu den Aufgaben der Volksbildung hin. Sie soll die Gegensätze vermindern, die zwischen den einzelnen Volksklassen dadurch bestehen, daß mit Verminderung des Einkommens gleichzeitig Verminderung der

Bildungsmöglichkeit, Verminderung einer veredelten Volksgeselligkeit verbunden ist. Aber noch höher hinauf muß das Streben der Vorkämpfer für Volksbildung und Volksgeselligkeit gehen. Es gilt, zwei Hauptwurzeln des Elends und der Unbehaglichkeit in der modernen Großstadt zu beseitigen, und das sind:

1. Unterdrückung der Persönlichkeit in der Masse,
2. das Schwinden des Heimatgefühls.

Heben des Persönlichkeitsbewußtseins und Förderung des Heimatsgefühls, das müssen zwei Hauptziele der Volksbildung und Volksgeselligkeit in der modernen Großstadt unter allen Umständen sein.

Was heißt das: Persönlichkeitsbewußtsein? Es heißt nichts anderes, als daß jeder Mensch sein Sein und Werden zum guten Teil selbst bestimmen kann, daß er nicht nur Glied des sogenannten großen Ganzen ist, sondern daß er zugleich einen Eigenwert für sich darstellt und daß er nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat, seine gesunde Eigenart auszuprägen, wie wir sagen, sich einen Charakter zu geben. Gewiß, mit dem Satze „höchstes Glück der Erdenkinder sei nur die Persönlichkeit" ist sehr viel Mißbrauch getrieben worden. Goethe schrieb an Eckermann die richtigen Worte: „Wir müssen alle empfangen und lernen sowohl von denen, die vor uns da waren, als von denen, die mit uns sind; selbst das größte Genie würde nicht weit kommen, wenn es alles seinem eigenen Innern verdanken wollte."

Persönlichkeit sein, heißt nicht ein Leben für sich führen, sich isolieren, aber anderseits kann auch nicht mehr von Persönlichkeit die Rede sein, wenn der einzelne ohne eigenes Ziel, ohne eigenes Denken sich von der Masse fortreißen läßt. Selbstgefühl, aber auch Selbstverantwortung verbunden mit dem Streben, die geistige und seelische Kraft möglichst zu entwickeln, zu vervollkommnen, das sind die äußeren Kennzeichen der Persönlichkeit.

An Bedeutung steht gleich neben dem Persönlichkeitsbewußtsein im angedeuteten Sinne das Heimatsgefühl. Allgemein bekannt ist wohl der Spruch: „Doch auch das Paradies wird uns zu enge, sind aus der Heimat wir verbannt." Man kann den Gedanken nicht los werden, daß die Großstädter sich alle mehr oder minder heimatslos fühlen, daß sie sich als Fremde in der kalten großen Stadt fühlen. Aber, muß es so sein, sollte auf großstädtischem Boden Heimatsgefühl überhaupt nicht aufkommen können? Ich glaube doch! Freilich nur unter zwei Voraussetzungen: einmal muß der Großstädter seine Großstadt kennenlernen und, was noch wichtiger ist, er muß einen vorurteilsfreien und nicht nur oberflächlichen Verkehr zwischen den Mitgliedern aller Schichten, aller Gesellschaftsgruppen angebahnt finden, denn wie kann Heimatssinn da aufkommen, wo immer wieder das

Trennende betont wird, während es doch so unendlich viel gibt, das die Volksgenossen auch in der Großstadt einigt und zu gemeinsamer Arbeit zusammenführt.

Arbeitet die Volksbildung und Volksgeselligkeit ernsthaft an der Lösung dieser beiden Aufgaben — Hebung des Persönlichkeitsbewußtseins und Stärkung des Heimatgefühls —, dann darf man hoffen, daß sie dabei noch andere ebenfalls sehr wichtige Aufgaben zu lösen imstande ist. Da gilt es z. B. den Gedanken neu zu beleben, daß der Mensch nicht von der Arbeit lebt, sondern in der Arbeit, daß die Arbeit nicht nur materiellen, sondern auch ideellen Lohn haben kann und haben muß, daß der einzelne arbeitet nicht nur um sein tägliches Brot zu verdienen, sondern daß er sie auch ausführen soll in dem Gedanken, als Herrscher über die Naturkraft zu gestalten, zu formen und so seinen Teil an dem Fortschreiten der Gesamtheit, an dem Gesamtwohl mitzuarbeiten.

Je mehr die Bildung die Persönlichkeit und den Charakter herausarbeitet, um so mehr wird sie die Einsicht fördern, daß der einzelne nicht nur Rechte fordern darf, sondern auch Pflichten willig auf sich nehmen muß. In diesem Sinne wird und soll die wahre Bildung freudige Hingabe an höhere humane und soziale Ideen erzielen, und sie muß so geradezu werden zu einer Selbstbesinnung auf das, was dem einzelnen und auf das, was dem Ganzen nottut.

Solchen ideellen Zwecken gegenüber treten die materiellen zurück; aber auch die letzteren erfordern ernste Beachtung. Schon vor mehr als einem Menschenalter schrieb Schultze-Delitzsch in seinem Kapitel zu einem Arbeitskatechismus: „Intellektuelle und sittliche Tüchtigkeit, insbesondere Bildung und Kenntnisse, Einsicht und Energie, verwertet sich weit höher als bloße körperliche Anlage und Fertigkeit. Der Entwicklungsgang der neueren Industrie ist derart, daß mittelst sinnreicher Verstandeskombinationen mehr und mehr die bloße Muskelanstrengung ersetzt wird. Je mehr sich daher jemand bei dem geistigen Teil der Arbeitsaufgabe beteiligt — im Gegensatz zur bloßen körperlichen Anstrengung —, je höher im Durchschnitt sein Lohn, und die intellektuelle Hebung eines Menschen bewirkt daher in der Regel auch die wirtschaftliche."

Noch aber haben wir die Frage nicht aufgeworfen, ob denn nun auch wirklich gerade das Großstadtvolk eine höhere Bildung und eine bessere Geselligkeit nötig hat. Daß die Frage bejaht werden muß, wird wohl kaum jemand bezweifeln. Ich will nicht verweilen bei den gelegentlich immer wieder in die Presse gelangenden einzelnen Klagen über die mangelhaften Unterrichtsergebnisse großstädtischer Volksschulen. Ich zweifle nicht, daß

man derartigen oft humoristisch wirkenden Angaben auch mancherlei gute, vielleicht glänzende Erfolge gegenüberstellen kann. Ernster schon stimmt das, was über die Anschauungsarmut der Großstadtkinder erzählt wird.

Die Blätter für Knabenhandarbeit erbrachten vor einigen Jahren den statistischen Nachweis, daß von sämtlichen gefragten Schülern von 6 und mehr Jahren 70 Prozent keine Vorstellung vom Sonnenaufgang, 54 Prozent keine vom Sonnenuntergang besaßen, 75 Prozent keinen lebenden Hasen, 49 Prozent noch keinen Frosch, 59 noch kein Ährenfeld, 66 Prozent kein Dorf, 67 Prozent keinen Berg gesehen hatten. Schlimm ist, daß das Schulwissen und die Schulbildung für einen erheblichen Teil der Großstädter keine Grundlage bildet für einen genügenden geistigen Lebensbau, sondern alsbald mehr oder weniger gründlich fortgeschwemmt wird durch das, was man großstädtisches Vergnügen und großstädtische Volksgeselligkeit nennt. Die große Masse der Großstädter kennt, wie vor einem Jahrzehnt etwa in einer kleinen Schrift des Dresdner Vereins für Volkswohl geschildert wurde, nur drei Möglichkeiten, ihre freie Zeit, besonders an Sonntagen, totzuschlagen.

Das sind zunächst die Bierpaläste für die Bessergestellten, die Schnapsspelunken für die Armen. Die Geselligkeit besteht darin, den Magen zu befriedigen und möglichst intensiv dem Alkohol zuzusprechen. Dabei bleibt es zweifelhaft, was mehr zu bedauern ist, wenn der Vater allein in die Schenke geht und die Familie in der trüben Wohnung zurückläßt, oder wenn er seine Familie bis herab zum kleinsten Kinde Sonntags in das Wirtshaus hinführt. Das ist die erste Art.

Die zweite Art der üblichen Volksgeselligkeit findet ihren Mittelpunkt in den Tanzsälen, die, wie wohl allgemein zugegeben wird, in den Großstädten so häufig dem sittlichen Leben und Empfinden der Teilnehmer ernste Gefahr bereiten.

Und endlich die dritte Art der Volksunterhaltung sind die Varietévorstellungen und die Singhallen, die in ihrer Darbietung auf die niederen Instinkte der Menschen spekulieren und dadurch eine Gefühlsroheit herbeiführen, die für die Beteiligten und das Gesamtwohl gefährlich sind.

Zu diesen drei altbekannten Stützen der Volksgeselligkeit ist im letzten halben Menschenalter, immer mehr sich vordrängend, das Kino getreten. Um 1900 war in Deutschland das Kinotheater noch so gut wie unbekannt, 1912 zählte man schon 3000 Kinos im Deutschen Reiche, davon in Berlin allein 400. In Deutschland konnte man um 1912 die Zahl der Kinobesucher auf täglich 3 bis 3½ Millionen schätzen. Eine Wanderung durch die verschiedenen Viertel der Großstadt zeigt, eine wie große Kulturbedeutung das

Lichtspielhaus erlangt hat. Leider vorderhand überwiegend im negativen Sinne, süßliche Sentimentalitäten, pikante Erotik, sinnlose Albernheiten werden in spannender Handlung der dichtgedrängten, atemlos lauschenden Masse durch das Lichtbild in einer Weise geboten, daß die sittlichen und geistigen Kräfte auf die Dauer dadurch vielleicht mehr als durch alles andere untergraben werden müssen.

Welch gewaltiger Weg von diesen Tiefen bis zu den Höhen, auf die eine echte Volksbildung und edle Volksgeselligkeit führen kann! Es gibt nun der Wege, die hinführen, manche. Es gilt in erster Linie die Lücken der Volksschule auszufüllen. Die Benutzung unserer zahlreichen anderen Bildungsmittel kann ja ernstlich erst in Frage kommen, wenn die nötigen elementaren Kenntnisse vorhanden sind. Da ist es mit Freuden zu begrüßen, daß in vielen Ländern Studenten in erster Linie bemüht sind, Angehörigen der unteren Klassen Elementarunterricht zu geben. In Dänemark ist man mit gutem Beispiel vorangegangen; dort wurde 1883 ein Studentenbund gegründet, der sich zum Zwecke setzte, Abendunterricht an die Arbeiter zu erteilen. Schreiben, Rechnen, Orthographie, Deutsch, Englisch, das sind die Hauptfächer, in denen der Unterricht erteilt wird. Auch durch Herausgabe volkstümlicher Broschüren, durch Versendung populär-wissenschaftlicher Artikel an die Provinzblätter sucht der dänische Studentenbund die Arbeiterbildung zu heben, und das dänische Beispiel hat Nachahmung gefunden. In Frankreich, England, in Österreich sind Studenten in ähnlicher Weise tätig. Auch in Deutschland hat man das Beispiel des Auslandes nachgeahmt. Im Wintersemester 1912/13 betrug die Zahl derer, die an den Kursen unterrichtet wurden, 9239, denen sich 1050 Lehrende widmeten. Seitens der städtischen Behörden werden die Kurse durch kostenfreie Überlassung geeigneter Unterrichtsräume unterstützt, dagegen findet eine finanzielle Beteiligung seitens des Staates, der Stadt oder der Hochschulen nur selten statt. Die enge Fühlungnahme zwischen Studierenden und Arbeitern fördert indirekt auch die so notwendige Verständigung zwischen Volksschichten, die sich sonst zu wenig kennenlernen.

Ein besonders gutes Mittel zur Volksbildung ist das Anschauen, das Sehen. Wir haben in unseren Großstädten die prachtvollen Museen, wir haben die botanischen und zoologischen Gärten, reiche Sammlungen von Schätzen aus den verschiedensten Gebieten. So, wie sie da stehen, mit einer Nummer und einem dazugehörigen Katalog bedeuten sie für die Volksbildung herzlich wenig. Leben muß in diese tote Masse hineingebracht werden, ein Leben, das als solches sieht und empfindet nicht nur der Fachgelehrte, sondern auch der einfache Mann, die schlichte

Frau aus dem Volke. Dabei ergibt sich vielleicht auch von selbst, daß die Großstadt ihre Merkwürdigkeiten, ihre Eigenarten hat, um derentwillen man dort das Stückchen Erde, auf dem sie steht, lieben lernen mag. Man hat in den letzten Jahren allenthalben ernstlich begonnen, die großstädtischen Sammlungen für die breite Masse lebendig zu machen. Sachkundige ziehen mit einer andächtig lauschenden Gemeinde durch die Museen, Sammlungen, erklären, erzählen und vermögen so mit verhältnismäßig leichter Mühe das Bildungsniveau der Zuhörer viel leichter zu heben, als das sonst irgend möglich ist.

Das gesprochene Wort vom hohen Katheder herunter wird nie in der Weise wirken können, das gesprochene Wort ohne Anschauung verhallt zu leicht, und zudem wird der Redner immer mit der Schwierigkeit zu kämpfen haben, daß er ein ganz verschiedenartig zusammengesetztes Publikum vor sich hat. Setzt er zuviel voraus, schätzt er die geistige Fähigkeit seiner Zuhörerschaft zu hoch ein, so werden viele seinen Ausführungen nicht folgen können, keinen Nutzen daraus ziehen, und umgekehrt, setzt er zu wenig voraus, unterschätzt er die Vorkenntnisse seiner Zuhörerschaft, ist er, wie man sich auszudrücken pflegt, zu populär, so wird er bald die Aufmerksamkeit gerade der Elite der Zuhörerschaft verlieren, und diese werden dann kaum mehr als das Gefühl, sich ordentlich gelangweilt zu haben, mit nach Hause bringen. Anderseits ist es aber sehr wünschenswert, daß in Volksvorträgen, wie z. B. in unseren Volkshochschulkursen, die Zuhörerschaft aus allen Schichten der Bevölkerung sich zusammensetzt, wenn sich da arm und reich, hochgebildet und weniger gebildet zu gemeinsamer ernster Arbeit vereinigen, so kann das gar nicht anders als günstig auf das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Volksschichten einwirken. Wie dabei der Redner vorträgt und was er vorträgt, wird man immer mehr oder minder seinem Ermessen anheimstellen, doch scheint es mir im allgemeinen mehr wünschenswert zu sein, daß er die Hörer zu sich hinaufzieht, als daß er zu ihnen herabsteigt, da liegt, so glaube ich, der Unterschied zwischen Volksvorträgen, die der Volksbildung dienen sollen, und von Reden, die der Agitation dienen. Wichtig scheint es aber dabei zu sein, daß der Vortrag nicht als ein einzelner gehalten wird, sondern ein Glied darstellt in einer Reihe von Vorträgen. Dadurch ist es viel leichter möglich, Anregung zu eigenem Nachdenken zu geben, zur Kritik herauszufordern.

Wünschenswert ist ferner, daß dieser Zyklus von Vorträgen ergänzt wird durch eine Aussprache zwischen Redner und Hörern, eine Aussprache, die aber am besten nicht stattfindet gleich im Anschlusse an den einzelnen Vortrag, sondern erst dann, wenn der gesamte Zyklus zu Ende ist, so etwa, daß

in dem einen Semester die Vorträge stattfinden und im nächsten Semester die Diskussion. Natürlich muß diese Diskussion sich in geordneten Bahnen bewegen, und von vornherein muß jeder Teilnehmer klar darüber sein, daß eine solche wissenschaftliche Aussprache einen ganz anderen Zweck hat als die Aussprache, die sich in Volksversammlungen an die Rede anschließt.

Neben dem gesprochenen Wort wird natürlich das gedruckte Wort wirken müssen. Das Lesebedürfnis des deutschen Volkes ist in den letzten Menschenaltern ganz enorm gestiegen; dafür, wie dieses Bedürfnis in leider allzu vielen Fällen befriedigt wird, zeugt die Tatsache, daß wir in Deutschland und Österreich nicht weniger als 45 000 Schauerromankolporteure haben. Manche Schauerromane wurden in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet, und daß davon ein erheblicher Teil auf die Großstadt entfällt, beweist die Tatsache, daß z. B. allein von dem Roman mit dem kennzeichnenden Titel: „Die Geheimnisse des Königsschlosses oder Enthüllungen über Ludwig II." in Berlin in ganz kurzer Zeit 50 000 Exemplare abgesetzt wurden. Dabei gibt es in Berlin wie in anderen Großstädten Gelegenheit für ein oder zwei Pfennige pro Heft derartige Schauerromane leihweise zu erhalten, so daß die Zahl der Leser noch weit größer ist als die Höhe der Auflage. Daß das höchst beklagenswerte Verhältnisse sind, liegt auf der Hand. Die Polizei und gute Ermahnungen können herzlich wenig helfen, nur das Bessere vermag das Schlechte zu verdrängen. Wie das geschehen kann, das haben uns England und insbesondere Amerika durch Vorbilder gezeigt. Deutschland hat seit einigen Jahren sich energisch aufgemacht, um auf diesem Gebiete längst Versäumtes durch Einrichtung von Volksbibliotheken nachzuholen.

Wie im einzelnen die Volksbibliotheken einzurichten sind, das kann hier natürlich nicht auseinandergesetzt werden. Allgemein wird man den Satz vertreten dürfen: nur dann kann die Volksbibliothek ihren vollen Nutzen haben, ihre Zwecke ausgiebig erfüllen, wenn da eine Stimme über sie herrscht: wenn ich dort hinkomme, wird mir geholfen, wird mir gerne geholfen, dann bin ich nicht als Störenfried da, sondern herzlich willkommen geheißener Gast. (Ladewig.) Nun muß aber der einzelne, der sich die Bücher verlangt und fordert, auch schon selbst etwa wissen, was er wählt und das ist ein Grund dafür, weshalb ich die Volksbibliotheken erst in zweiter Linie als Volksbildungsmittel hingestellt habe, zunächst muß eine gewisse Grundlage da sein.

Wie es denn überhaupt bei der Volksbildung in erster Linie darauf ankommt, daß in richtiger Weise die Volksbildung dargereicht und in richtiger Weise aufgenommen wird, und das hängt aber ganz entscheidend ab von den Leuten, die die Volksbildungs-

organisation leiten, von denjenigen, die sich in den Dienst der Volksbildung stellen.

Gilt das schon von der Volksbildung, so gilt es noch mehr von der Volksgeselligkeit.

Die „Volksgeselligkeit" muß bei dem Kinde anfangen. Bei den Kindern und der heranwachsenden Jugend kann man damit verhältnismäßig am meisten erreichen: Kinderspiele und Kinderfahrten, Sommerpflege, Lehrlingsvereine, Turnfahrten, Mädchenabende können Zwecken der Volksgeselligkeit dienen. Für die Erwachsenen kommen in Betracht: Familienabende, Volksfeste, Volksunterhaltungen, Theaterveranstaltungen, Konzertveranstaltungen.

Sehr wünschenswert wäre es, daß die verschiedenen Veranstaltungen für Volksunterhaltung, Volksgeselligkeit, Volksbildung, soweit es sich um Innenveranstaltungen handelt, in einem dafür besonders eingerichteten „Heime", einem „Volksheime", abgehalten werden können. In solchen Volksheimen mögen sich Angehörige aller Berufsklassen zusammenfinden zu gemeinsamer Unterhaltung und Belehrung, zum gegenseitigen Gedankenaustausch, da können sie Bücher und Zeitungen lesen, Unterrichtskursen beiwohnen — kurz sich belehren und unterhalten, ohne zu dem kostspieligen, oft genug die Gesundheit und gute Sitte verderbenden Genusse geistiger Getränke gezwungen zu sein.

Von diesem Gedanken ging der Dresdner Verein „Volkswohl" aus, als er 1889 sein erstes Volksheim eröffnete; es erfreute sich eines solchen lebhaften Zuspruchs, daß bald weitere Volksheime in den verschiedensten Stadtteilen, namentlich aber in den eigentlichen Arbeitervierteln errichtet wurden; im Jahre 1916 unterhielt der Verein neun Volksheime, ein Lehrlingsheim, zwei Jugendheime, einen Volkswohlsaal mit Volkswohlbühne für alle großen Veranstaltungen des Vereins.

Es muß auch alles aufgeboten werden, damit dem Volke eine wahrhaft edle Unterhaltung zu billigen Preisen zuteil wird. Das Theater ist dazu ein Hauptmittel. Es ist ganz besonders geeignet, zum Herzen und zum Kopfe des Volkes zu sprechen. Es gilt, gute und billige Plätze in genügender Menge zur Verfügung zu stellen. Einst war das Theater eine öffentliche Einrichtung, die kostenfrei jedem zugänglich war. Das ist heute selbstverständlich nicht mehr zu erreichen; aber dennoch ist es möglich, das Theater mehr als es jetzt der Fall ist, in den Dienst der Volksunterhaltung und der Volksbildung zu stellen. Diejenigen Theater müssen natürlich vorangehen, die sich im öffentlichen Besitz befinden. Vor dem Kriege gab es in Deutschland 130 Theater, die Eigentum der Stadt waren. Teils führten diese die Theater in eigener Regie, teils waren diese verpachtet; dazu traten nach dem „Neuen Theateralmanach 1913" noch 40 private Theater, die Unterstützung aus städtischen Mitteln

erhalten. In allen diesen Fällen kann und muß die Gemeinde dafür sorgen, daß zu jeder gewöhnlichen Vorstellung eine Anzahl von nummerierten guten Sitzplätzen — etwa ein Drittel — zu niedrigen Preisen zur Verfügung stehen. Daneben sind volkstümliche Sondervorstellungen zu veranstalten, die in neuerer Zeit mit Vorliebe und mit gutem Erfolge durch Vermittlung von Arbeitervereinen und Vereinen, die sich hauptsächlich aus Angehörigen des unteren Mittelstandes zusammensetzen, ihr Publikum finden. In Köln fanden beispielsweise in der Spielzeit 1911/12 56 solcher Vorstellungen statt. Vielfach enthält bei volkstümlichen Volksvorstellungen das zur Verteilung gelangende Programm eine kurze Inhaltsangabe des Stückes, auf das wohl auch zuweilen ein einleitender Vortrag vorbereitet. Da, wo die Gemeinden durch ihre eigenen Theater nicht in dieser oder ähnlicher Weise wirken können, kommt Abschluß entsprechender Verträge mit privaten Theatern in Betracht.

Wie die Dinge sich nun einmal entwickelt haben, verdienen die Kinos noch mehr als die Theater die Aufmerksamkeit derer, denen Volksbildung und Volksgeselligkeit am Herzen liegen. Der unermüdliche Vorkämpfer für Gesundung unserer Lichtbildnerei, Lorenz Pieper, meinte gelegentlich einmal, daß die Kinos von heute zum größten Teil das niederreißen, was wir mit Bibliotheken, Museen, Volksbildungsabenden, Bekämpfung der Schundliteratur aufbauten, aber er fügte gleich hinzu: „Der Kinematograph läßt sich auf seinem Siegeszuge nicht aufhalten; handeln wir deshalb klug und suchen wir ihn in der richtigen Weise zu beeinflussen und zu lenken.“ In der Tat, Reform, schnelle und gründliche Reform tut hier besonders not. Vorbildlich wirkt die Lichtbildnerei München-Gladbach. Sie unterhält nicht nur eine Filmverleihstelle, um dem Schund entgegenzuarbeiten, sie regt auch an zur Gründung von Reformkinotheatern. Namentlich die Stadtgemeinden sollten ernst überlegen, ob sie nicht durch ein gut eingerichtetes Reformkino einer Hebung des Kinowesens die Wege bahnen könnten. Nur eine Stadtverwaltung, die sich nicht ihrer großen Verantwortung für unsere Volkserziehung bewußt ist, kann den Kinematographen lediglich als Steuerobjekt betrachten. Während des Krieges kam aus Stettin die Nachricht, daß die dortige Stadtverwaltung kurz nach Ausbruch des Krieges eine Musterlichtspielbühne „Urania“ gegründet habe, mit der sehr gute Erfahrungen gemacht worden seien. Um die Gemeindeverwaltungen mit den bisherigen Ergebnissen der Kinoreform vertraut zu machen, wurde in den Osterferien 1917 in Verbindung mit der „Urania“ in Stettin ein Kursus über das Kino im Dienste der Schul- und Volksbildung veranstaltet. Eine andere Nachricht aus dem Jahre 1917 besagte, daß ein Deutscher Ausschuß für Lichtbildreform

gegründet worden sei, der sich u. a. den Zweck setzte, Schulfilmarchiv zu gründen. Schon bald hatten sich 60 Städte dem Bunde angeschlossen, der an Beiträgen einmalig 1 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung und höchstens ½ Pf. laufend erhebt. Neuerdings wurde auch aus Frankfurt a. M. berichtet, daß dort mit den Vorarbeiten für eine städtische Lichtbühne begonnen worden sei.

Aber sind nicht all die vielen Möglichkeiten für die Volksbildung und die Volksgeselligkeit in der Großstadt nur erbärmliche Surrogate für das, was der Herrgott selbst außerhalb der Großstadt geschaffen hat? Gottes freie Natur! Garten, Wald und Wiese! „Wo Wald ist, da ist Freude, Behaglichkeit. Eine Art Großstadt der Natur, zieht er alles an, was da kreucht und fleucht, und bietet Spiel und Unterhaltung. Er beherbergt Künstler und Weise, musizierende Lebewelt und stille Träume. Das schwärmende Weltkind wie der schwärmende Heilige kommt auf seine Rechnung." (Peter Dörfler, „Als Mutter noch lebte", S. 93.) Karg ist ja das, was man dem Großstadtvolke an freier Natur reichen kann, aber dieses Wenige sollte man nicht säumen zu geben.

Da haben wir zunächst die auf Anregung des Dr. Schreber in Leipzig entstandenen Kleingärten, die Schrebergärten: Innerhalb oder — und das ist natürlich die Regel — außerhalb der Stadt in nicht zu weiter Ferne werden größere Grundstücke, die noch nicht baureif sind, in kleine Abschnitte von 1 bis 3 Ar geteilt; in der Mitte eines solchen Grundstücks befindet sich gewöhnlich ein Spielplatz. Die Gärten selbst werden mit Wasserleitung, Einfriedigung versehen, um dann nach Schaffung der nötigen Zugangswege für billiges Geld, 6, 10, 20 Pfennige für den Quadratmeter, verpachtet zu werden. Da können nun die Großstädter „eigenes" Obst oder Gemüse ziehen, „eigene" Blumen pflücken, sie können in angebrachten Nistkästchen den Vöglein in „ihrem" Gebiete Wohnung verschaffen; kleine Lauben oder Gartenhäuschen bieten Schutz gegen Regen und Sonnenstrahlen, dort bereitet man wohl auch den Kaffee oder gar das Mittagsmahl, und wie anders schmeckt es da als in düsteren Räumen der Mietskasernen! Nach Herzenslust können sich die Kinder herumtummeln, oder sich mit der kräftigend und erzieherisch wirkenden Gartenarbeit beschäftigen. In Leipzig gibt es derartige Schreberkolonien schon seit Jahrzehnten, rings um die Stadt breiten sie sich aus, mit ihren zahlreichen Obstbäumen bieten sie zumal in der Blütezeit einen entzückenden Anblick. Zur Feierabendzeit oder am Sonntage sieht man ganze Scharen Großstädter — junge und alte — dort beschäftigt; die freudestrahlenden Gesichter zeigen, wie wohl es ihnen tut, auf einige Stunden der Enge der Großstadt entrückt zu sein. In manchen Städten hat man das Vorbild nachgeahmt,

so in Berlin, in Köln, in Frankfurt a. M., in Halle, in Magdeburg, in Wiesbaden usw. Nur eine Stadt — Krefeld — konnte berichten, daß auf das Angebot solcher Parzellen nicht genügend Nachfrage erfolgte, alle anderen Städte wissen nur vorzügliche Erfolge zu melden.

Noch ein zweites Mittel gibt es, um einen Teil der Großstädter für einige Zeit „ins Freie" zu bringen... *Ferienspiele und Ferienkolonien* für die Volksschüler. Es sind nicht immer freudige Gefühle, mit denen die Eltern in der Großstadt den Ruf ihrer Kinder hören: „Nun haben wir Ferien!" Der Vater ist den ganzen Tag beschäftigt, die Mutter muß in sehr vielen Fällen mitverdienen, und wo das nicht der Fall ist, hindert sie die Sorge um die Haushaltung und die Pflege der Kleinsten, den größeren Knaben und Mädchen die nötige Obhut angedeihen zu lassen. Im Hofe werden die Kinder nicht geduldet, sie müssen hinaus auf die Straßen mit ihren großen sittlichen und auch gesundheitlichen Gefahren. Wie traurig sieht es also mit der Ferienerholung der Großstadtkinder aus!

Man will helfen und hat auch schon wacker geholfen, aber es könnte, ja müßte noch sehr viel mehr geschehen. Nur die kränklichen und schwächlichen Kinder kommen in Ferienkolonien. Erst die Not des Krieges hat uns im Sommer 1917 einen gewaltigen Schritt vorwärtsgebracht; es bleibt abzuwarten, ob diese Versuche im großen, die notgedrungen auf einer noch unvollkommenen Organisation ruhten, dem so trefflichen Grundgedanken dauernd förderlich sein werden.

Die Kinder, die nicht in Ferienkolonien untergebracht werden können, sollte man wenigstens durch Veranstaltung regelmäßiger Ferienspiele von den Straßen wegzubringen suchen. Sehr gut haben sich die *Ferienspiele in Berlin* bewährt. Jedes Kind hat mindestens 10 Pfennige zur Fahrt mitzubringen. Diejenigen, die ohne diese 10 Pfennige kamen, wurden aber deshalb nicht zurückgewiesen. Stullen mußten sich die Kinder selbst mitbringen; wer nichts zu essen mitbrachte, erhielt etwas von der Spielleitung; diese versorgte auch jedes Kind mit ½ Liter Milch, nachmittags gab es Kaffee, einige Male auch Würstchen; in den letzten Ferien wurde täglich eine warme Suppe verabreicht; außerdem Milch und Kaffee. Die Ausfahrt erfolgt morgens ½9 Uhr, die Rückfahrt abends 6 Uhr, so daß die Kinder rechtzeitig zum Abendbrot, das in vielen Arbeiterfamilien als Mittagsbrot gilt, zu Hause eintreffen. Die Erfahrungen mit diesen Ferienspielen waren so gut, daß die Berliner Stadtverwaltung den im Jahre 1906 gewährten Zuschuß von 5000 Mark im Jahre 1907 auf 12 000 Mark erhöhte.

Schrebergärten, Ferienkolonien, Ferienspiele bieten längst

nicht genug, um den Großstädter in Fühlung zu halten mit dem „lebendigen Grün", mit der „freien Natur". Dazu muß weiter verhelfen reichliches Grün in den Städten. Urteilt man darüber an Hand des vorliegenden Zahlenmaterials, so wird man wohl für die meisten Städte zu einem befriedigenden Urteil kommen.

Erfreulich ist die durchschnittliche Steigerung der Ausgaben für die städtischen Anlagen. Sie beliefen sich 1890 in Berlin auf 34 Pfennige für den Einwohner, zehn Jahre später auf 64; die entsprechenden Zahlen lauten für Leipzig 17 und 84; Breslau 16 und 65; Dresden 36 und 59; Hannover 11,5 und 50; Düsseldorf 28 und 59 (nach Kalkschmidt).

Auf einen Einwohner entfielen qm Anlagenfläche (städtische, staatliche, private) in Essen 0,7; in Frankfurt a. M. 1,2; in Hamburg 1,7; in Duisburg 2,1; in Berlin 2,3; in Breslau 4,3; in Köln 5,5; in Dresden 7,1; in Düsseldorf 8,4; in Magdeburg 10,9; in Charlottenburg 10,9; in München 12,2; in Mannheim 15. Die große Anlagenfläche Mannheims verdient um so mehr hervorgehoben zu werden, weil der weitaus größte Teil dieser Fläche (11,6 pro Einwohner) sich in städtischem Eigentum befindet; in München waren beispielsweise nur 2,8 qm pro Einwohner städtisch, hingegen 9,6 qm staatlich und privat. Überhaupt erfreuen sich gegenwärtige und frühere Residenzen mancher Vorzüge hinsichtlich des „Grüns in den Städten", während rasch aufblühende Industrieorte, wie Essen, besonders benachteiligt sind.

Jeder grüne Baum und jedes Stückchen Rasen in der Großstadt ist von Nutzen, es erquickt das Auge und hilft die Luft verbessern. Aber sollte man sich damit begnügen?

Mitten in einer Arbeitergegend Berlins liegt der Humboldthain, eine Schöpfung G. Meyers; er ist dem Vergnügen und der Erholung, aber auch der Belehrung der Großstadtbürger und ihrer Kinder gewidmet. Die Großen können sich auf den schattigen Wegen nach des Tages Mühen und Lasten erholen; die Kleinen tummeln sich indessen auf wohlvorbereiteten großen Spielplätzen herum. Die Pflanzungen selbst sind nach Vegetationszonen botanisch und wissenschaftlich angeordnet, die einzelnen Gehölze mit deutlichen Namensschildern, die auch die Heimat nennen, versehen. Gewächshausanlagen und Frühbeete laden zu einer Exkursion in der Gartenbaukunst ein.

In dieser Weise, meine ich, müßte das „Grün" den Großstädten reichlicher geboten werden als bisher, ohne ängstliche Polizeischeu, es könnte etwas zertreten oder ein Zweig geknickt werden; um der Zerstörungssucht vorzubeugen, wird man am besten an die Selbsterziehung des Publikums appellieren, das nützt auf die Dauer viel besser als der Strafbefehl der Polizei.

Solche Parkanlagen könnte man nicht ohne Vorteil zu Gedenkhainen umwandeln. Die Denkmäler sollen uns nicht im Wege stehen, man rücke sie daher ab von dem Geräusch des täglichen Lebens, gliedere sie den grünen Anlagen an. Da werden sie vielleicht dem einen oder anderen lebendig werden, zu ihm reden von den Taten der Vergangenheit — auch das wäre ein Mittel, um dem Großstädter das wieder zu geben, was ihm besonders nottut: Persönlichkeitsbewußtsein und Heimatssinn!

Schlußwort.

W. F. Classen wirft in seiner in der Literaturübersicht genannten Schrift die Frage auf: wie wird sich unser heimischer Menschenschlag in der Großstadt entwickeln? Er antwortet: „Bis jetzt ist noch nicht erwiesen, daß die Großstadt wirklich fruchtbar ist an gesunder Menschenkraft. Tausende gefährliche Dämonen sind dort stetig am Werke, unsere Nervenkraft aufzureiben, unsere Sinne abzustumpfen, und tief in der Seele fühlt es die Masse, fühlt es der einzelne, wie wir abgeschnitten sind vom Mutterboden unserer Kraft..." Und an einer anderen Stelle meint er insbesondere im Hinblick auf die großstädtische Arbeiterschaft: „Wer immer einmal mit ganzer Seele hineingeht in das Leben des großstädtischen Arbeitervolkes, der sieht da zwar viel großstädtische Albernheit, Modeherrschaft, lächerliche Verzerrung, aber aus der Tiefe wächst und sprießt gesunde Kraft, mit hunderttausend frischen reinen Blättern und Blüten grüßt da die ewige Natur."

Schon im ersten Abschnitt habe ich angedeutet, daß ich ganz ähnlich antworten würde, wenn man mich fragte, was halten Sie von der Großstadt und ihrer Zukunft? Kein zu düsteres Urteil, vor allem keine unrichtige allgemeine Verurteilung! Ich führte den Leser durch das Großstadtfamilienleben und die Großstadtwohnungen, ich zeigte ihm den Großstadtarbeiter auf der Suche nach Beschäftigung, ich sprach über das Problem der Großstadtarmut, ich schilderte die Aufgaben, die auf dem Gebiete der Volksbildung und Volksgeselligkeit noch der Lösung harren. Immer wieder mußte ich manches Bedauernswerte zeigen, aber doch mußte ich auch immer wieder darauf hinweisen, daß es — wenn auch manchmal in weiter Ferne — Lichtungen gibt, die herausführen aus dem Großstadtelend, aus dem Gestrüpp der Großstadtnot. Aber wir kommen nicht allein dadurch heraus, wiederholt konnte ich auch das betonen, daß wir die Szenerie ändern, daß wir die äußeren Verhältnisse umgestalten. Gewiß, vieles kann da geschehen und manches muß noch geschehen, aber das wichtigste

bleibt doch: Reformierung der Menschen, Umgestaltung der menschlichen Charaktere. Jedenfalls stellt uns das Großstadtproblem vor außerordentlich wichtige, vor außerordentlich schwierige Aufgaben, aber diese Aufgaben müssen unbedingt gelöst werden, wenn wir nicht wollen, daß unsere moderne, doch so viel gepriesene Kultur allmählich einer neuen Art von Barbarei Platz macht.

Man kann die Schattenseiten der Großstadtkultur unserer Großstädte nicht dadurch beschönigen, daß man auf das andere Extrem hinweist, auf das Bauernland, das mit der Kultur noch allzu wenig in Berührung gekommen ist; namentlich wird die Statistik der unehelichen Geburten und die der Bestrafungen wegen Körperverletzungen gern benutzt, um zu „beweisen", daß die Großstadt dem Lande gegenüber doch, trotz allem, auch in moralischer Hinsicht das Bessere sei. Ich weiß nicht, was für das Volkswohl verderblicher ist, die naive Unkultur der ländlichen Bevölkerung, oder die raffinierte Überkultur der Großstadt. Wie dem aber auch sein möge — zwischen den beiden Extremen gibt es noch eine breite Mittelstraße, auf der der Volksfreund unschwer den Pfad erkennen wird, der gleichzeitig zum Volksglück und zu einer echten „Kulturmenschwerdung" führt.

* * *

Bei den einzelnen Problemen lag mir besonders viel daran, dem Leser behilflich zu sein, die richtige Diagnose zu stellen. Die Therapie ergibt sich ja dann schließlich von selbst; wie sie sich im einzelnen zu gestalten hat, darüber werden die Urteile immer auseinandergehen. Es handelt sich dabei mehr um „Kunst" als um „Wissenschaft". Immerhin wollte ich den Leser nicht ganz im unklaren lassen, wie ich persönlich über die Heilmittel denke; welche Rezepte ich verwerfe und welche ich für gut und nützlich halte.

Hier ist der Ort, noch an zwei Radikalkuren zu erinnern, mit denen man das Großstadtproblem „als Ganzes" zu lösen hofft.

Das eine Mittel trägt die Aufschrift: „Beseitigung der Freizügigkeit"! „Man verhindere durch gesetzgeberische Maßnahmen, daß sich die Landbevölkerung ungehemmt nach der Stadt zu drängt, man halte sie gewaltsam auf dem Lande zurück, und man hilft dadurch gleichzeitig der Leutenot auf dem Lande und vielen sozialen Nöten in den großen Städten ab."

Es sind namentlich die agrarischen Interessenten, die sich für diesen Plan begeistern. Es ist die Sehnsucht nach längst entschwundenen Zeiten, die in dieser Forderung zum Ausdruck

kommt. Aber es dürfte kaum gelingen, diese Vergangenheit in der Gegenwart wieder lebendig zu machen. Die unteren Klassen sind doch nachgerade zu stark geworden, um Rechte, die sie bereits erobert haben, wieder preiszugeben. Der „Besitz" darf doch nicht vergessen, daß er sich in einer Defensive befindet und daß eine unkluge Offensive dem Feind nur willkommene Gelegenheit bieten würde, ihm noch manche weitere Stellung zu nehmen, die bei der Beschränkung auf eine verständige Defensive uneinnehmbar sein würde. Zum anderen wird man aber auch daran erinnern müssen, daß die Großstädte eine wirtschaftliche Notwendigkeit sind, und es so lange bleiben werden, als wir uns der verbesserten Arbeitsmethoden, der schnelleren und billigen Transportmittel erfreuen, und so lange bis die Lokalwirtschaft wieder aus den Maschen der Volks- und Weltwirtschaft losgelöst ist; — was hoffentlich sobald nicht geschehen wird. Mit Recht hat man übrigens darauf aufmerksam gemacht, daß die „Entvölkerung" des platten Landes auch für das Land selbst keineswegs nur Schattenseiten hat. Sie war zum Teil nötig, damit auch die ländliche Bevölkerung mehr an den Vorteilen des gestiegenen Volksreichtums teilnahm, ohne die „Leutenot" würden die Löhne auf dem Lande kaum so erfreulich in die Höhe gegangen sein; und gewiß sind auch manche Fortschritte in der Landeskultur, namentlich auch in der Verbesserung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens nicht in letzter Linie auf die „Entvölkerung" des Landes zurückzuführen. Auch hier gilt es also in froher Schaffenskraft vorwärts zu schauen und nicht mit trauriger Miene der „guten, alten Zeit" nachzutrauern.

Ein Seitenstück zu der Forderung extremer Agrarier ist die Hoffnung mancher auf der entgegengesetzten Seite stehender Politiker, die sozialen Probleme in den Großstädten — wie in den Kommunalverwaltungen überhaupt — dadurch schneller ihrer Lösung entgegenzubringen, daß man die Gemeindevertretungen durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen bilde, den Grundsatz der Einwohnergemeinde durchführe, alle Besitzvorrechte aufhebe und dabei das staatliche Aufsichtsrecht auf das Recht der Kenntnisnahme der kommunalen Verwaltungstätigkeit beschränke. Wenn ich diese Forderung bedenklich finde, so geschieht das nicht, weil ich befürchte, die Sozialdemokratie werde dadurch zur unbeschränkten Herrscherin in den Stadtparlamenten unserer Großstädte. Furcht vor der Stärkung des Einflusses einer parteipolitischen Organisation darf uns nicht abhalten, einen Weg zu gehen, den wir prinzipiell für den richtigen halten. Das wäre eine „Tapferkeit", mit der man schließlich das Gegenteil von dem erreichte, was man eigentlich wollte, sie würde der gegnerischen Organisation nur nützen und nicht schaden. Wer die Furcht vor

der Sozialdemokratie zu einem ausschlaggebenden Faktor bei seinen politischen Postulaten machen will, der könnte nichts Klügeres tun, als den Sozialdemokraten in den Kommunalverwaltungen dazu zu verhelfen, daß sie einmal zeigen, was sie können. Nirgendwo besser als in den Kommunalverwaltungen werden diejenigen, die noch nicht allzu sehr fanatisiert sind, einsehen, daß die „soziale Frage" nur schrittweise gelöst werden kann, nicht weil die „Bourgeoisie" hindernd im Wege steht, sondern weil die wirtschaftlichen Verhältnisse es nicht anders zulassen.

Trotzdem scheinen mir sehr ernste Bedenken dagegen zu sprechen, daß den in den Großstädten hin und her wogenden Massen ein beherrschender Einfluß in den Stadtparlamenten eingeräumt wird. Die Art der Demokratisierung, die für die Staatsverwaltung angemessen sein mag, darf deshalb noch nicht ohne weiteres auf die Stadtverwaltung übertragen werden. Zwischen den Aufgaben des Staates und der Stadt besteht ein zu großer Unterschied. Faucher hat einmal den Gegensatz durch das Schlagwort gekennzeichnet: „Der Staat herrscht — die Gemeinde wirtschaftet." Bei der Staatsverwaltung spielen immer mehr oder weniger nationale, also ideelle Erwägungen eine ausschlaggebende Rolle, dadurch wird die ganze Politik doch weit mehr von dem Egoismus der einzelnen, von den einseitigen Dogmen bestimmter Parteien, insbesondere aber auch von den unberechenbaren Massenstimmungen des Tages losgelöst als man gemeinhin glaubt. Ähnliches wie für das Leben des ganzen Staates die Vaterlandsliebe ist, sollte für die einzelnen Gemeinden das Heimatsgefühl sein. Aber wir sahen ja, wie sehr dieses Gefühl aus sehr erklärlichen Gründen in der Großstadt fehlt. Daß sich daher dort ein rücksichtsloser Egoismus geltend macht, ist um so mehr zu befürchten, weil die Kommunalpolitik sich weit mehr — direkt oder indirekt — um materielle Vorteile der Einzelnen dreht als die staatliche Politik. Dabei erwäge man, wie die wirtschaftliche Konjunktur in den Großstädten auf- und abgeht — das Schwanken ist verhältnismäßig viel intensiver als im ganzen Staate — wie leicht sich dort, auch aus anderen Gründen, soziale Zufriedenheit in soziale Unzufriedenheit verwandelt, wie häufig infolgedessen die Stadtverwaltungen gedrängt werden mit Mitteln, die nicht im Interesse des Allgemeinwohls liegen, die äußeren Erscheinungen der Übel zu bekämpfen, um Augenblickserfolge zu erzielen, während es sich doch darum handeln müßte, durch manchmal freilich sehr schwierige und langwierige Arbeit die Ursachen der sozialen Übel aufzudecken und zu beseitigen. Wie schwer ist es häufig in den Gewerkschaften, die sich doch aus der Elite der Arbeiterschaft rekrutieren, den Führern, die Masse von einer kurzsichtigen Gefühlspolitik abzuhalten; wie viel schwerer würde das

im Rahmen einer Gemeinde sein, die sich auf Grund eines allgemeinen, gleichen Wahlrechts selbst regierte! Schließlich würden die Launen des Mobs die städtische Selbstverwaltung unmöglich machen; es wäre in der weiteren Entwicklung die Gefahr vorhanden, daß auch hier wieder wie so häufig in der Geschichte, ein Extrem durch ein anderes Extrem abgelöst würde.

Freilich ebensowenig wie die Herrschaft der großen Menge nach Maßgabe eines rohen Mehrheitsprinzips mit all seinen Zufällen und Ungerechtigkeiten dünkt mir eine Plutokratie in unseren Städten im Interesse des Gemeinwohls zu liegen. In Berlin hatten z. B. 1907 im Durchschnitt bei den Stadtverordnetenwahlen 34 Wähler in der ersten Abteilung so viele Mandate zu vergeben wie 7212 Wähler in der dritten Abteilung, nur deshalb, weil sie über entsprechend mehr Einnahmen und Vermögen verfügen. In den Gemeindewählerlisten Berlins standen rund 381 000 Wähler, davon gehörten zur ersten Abteilung 1621 Wähler mit einem jährlichen Steuerbetrag von mindestens 4481,40 Mark, 33 252 Wähler mit mindestens 178,71 Mark jährlichen Steuern gehörten zur zweiten Abteilung, der Rest — 346 000 Wähler — gehörte zur dritten Abteilung.

Daß von sozialdemokratischer Seite ein derartiges Klassenwahlrecht als „Übermacht des privilegierten Geldsackes" gekennzeichnet wird, ist nicht unberechtigt. Hier ist eine Reform dringend notwendig, sie darf nach den Erfahrungen des Weltkrieges, der so oft wirtschaftliche Güter denen nahm, die ihre vaterländische Pflicht erfüllten, und allzu reichlich denen gab, die für diese Pflicht nur geringes Verständnis hatten, nicht länger aufgeschoben werden. Man wird an ein Pluralwahlrecht denken müssen, das auszugehen hätte von dem Prinzip der Einwohnergemeinde, das aber in gerechter Weise berücksichtigen müßte 1. die Aufenthaltsdauer unter angemessener Bevorzugung derer, die ein nicht Spekulationszwecken dienendes bebautes Grundeigentum in der Stadt besitzen (alle anderen Hausbesitzerprivilegien müßten natürlich fallen), 2. das Verständnis für solidarische Wahrnehmung wirtschaftlicher Erwerbsinteressen, was nachgewiesen werden könnte durch mehrjährige Mitgliedschaft in einer Innung, einer Gewerkschaft, einer Genossenschaft, einem Arbeitgeberverbande oder in ähnlichen Organisationen, 3. die soziale Opferwilligkeit, sie könnte als erwiesen gelten a) durch langjährige Betätigung in kommunalen und sozialen Ehrenämtern, b) durch Sorge für eine größere Anzahl ehelicher Kinder, vielleicht auch c) durch Zahlen einer freiwilligen „sozialen Abgabe" in vorher allgemein festgesetzter Höhe in Bruchteilen des Einkommens, die ausschließlich für städtische Wohlfahrtszwecke zu verwenden wäre, 4. die wirt-

schaftlich und sozial überragende Bedeutung der Einzelperson, für sie spricht a) dauernde Beschäftigung einer größeren Anzahl von Arbeitern, b) selbständig leitende Stellung im Rahmen der Behörden- oder Selbsthilfeorganisation, c) abgeschlossene akademische Bildung. Durch Festsetzung der Höchstzahl der Zusatzstimmen auf zwei, etwa in der Weise, daß die Bedingungen a und d einerseits, b und c anderseits sich gegenseitig ausschließen, könnte der Forderung der „ausgleichenden Gerechtigkeit" in noch weiterem Maße Rechnung getragen werden. Auf diese Weise wären der „privilegierte Geldsack" ebenso wie der „Bildungsgrad", soweit sie unbillige Maßstäbe für den Umfang des dem Einzelnen zuzubilligenden Wahlrechts sind, zu entbehren und doch wäre verhindert, daß dieses zur Grundlage einer für unsere Großstädte unheilvollen Massenherrschaft würde.

Allgemeine Literatur:

Zur praktischen Einführung in die Kommunalpolitik sind bestimmt, die kleinere, von Otto Most in Verbindung mit anderen herausgegebene Schrift „Die deutsche Stadt und ihre Verwaltung" (3 Bändchen, Sammlung Göschen), Thissen (in Verbindung mit Trimborn): „Soziale Tätigkeit der Gemeinden" und Damaschke: „Aufgaben der Gemeindepolitik (vom Gemeindesozialismus)". Über „Begriff und Bedeutung der Kommunalwissenschaft" handelt die Stuttgarter Antrittsvorlesung von Hugo Lindemann, die als Heft 18 der von Paul Hirsch herausgegebenen Kommunalpolitischen Abhandlungen, Berlin 1916, erschienen ist. Diese Schrift ist namentlich deshalb wertvoll, weil ihr ein durchweg verständnisvoller, wenn auch vom sozialdemokratischen Standpunkt aus orientierter Führer durch die kommunalpolitische Literatur beigegeben ist. Sehr anregend sind zwei Vorträge der Oberbürgermeister Adickes (Frankfurt a. M.) und Beutler (Dresden), gehalten auf dem ersten deutschen Städtetage, publiziert unter dem Titel „Die sozialen Aufgaben der Stadtgemeinden" (Leipzig 1903). Die erste deutsche Städteausstellung gab Anregung zur Veröffentlichung zweier Sammelwerke: Wuttke, „Die deutschen Städte", geschildert nach den Ergebnissen der deutschen Städteausstellungen, 2 starke Bände, deren erster die Schilderung enthält, während der zweite sich als umfangreicher Bilderatlas darstellt. Noch größeren wissenschaftlichen Wert hat das andere Sammelwerk: „Die Großstädte in Gegenwart und Vergangenheit", Vorträge und Aufsätze zur Städteausstellung von Bücher, Ratzel, v. Mayr, Waentig, Simmel, Petermann, Schäfer (Dresden 1903). Recht lesenswert sind auch die Schriften von W. F. Classen: „Großstadtheimat, Beobachtungen zur Naturgeschichte des Großstadtvolkes", Hamburg 1906 (enthält namentlich manche schöne Schilderungen und Gedanken über großstädtische Jugendfürsorge) und die bevölkerungspolitische und sozialethische Studie von Dr. P. Beusch über „Wanderungen und Stadtkultur", M.-Gladbach 1916.

Will man die Gegenwart mit der Vergangenheit vergleichen, so greife man zu dem hübschen Büchlein von Otto Bähr: „Eine deutsche Stadt vor 60 Jahren" (Leipzig 1886) oder zu A. Erbe: „Historische Städtebilder", Leipzig 1906, und Heil: „Die deutschen Städte und Bürger im Mittelalter", Leipzig 1906. Einen Aufsatz über „Antike und moderne Großstädte" veröffentlichte Julius Beloch in der „Zeitschrift für Sozialwissenschaft" Jahrgang 1898, S. 413 ff.

Einen Abriß der Geographie der Städte bietet in anregender Darstellung K. Hassert: „Die Städte", Leipzig 1907.

Über den Städtebau orientiert wohl am besten das umfangreiche Werk von J. Stübben: Der Städtebau, Handbuch der Architektur. 4. Teil. 9. Halbband. 2. Aufl. 1907. Erwähnung verdient auch die unter dem Titel „Grundsätze des Städtebaues" herausgegebene Denkschrift des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine (Berlin 1907), neuerdings namentlich die Sammlung von Aufsätzen, die Karl Scheffler unter dem Titel „Die Architektur der Großstadt", Berlin 1913, herausgegeben hat.

Über die Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte hat in den letzten Jahren der Verein für Sozialpolitik zahlreiche Einzelabhandlungen in seinen Schriften publiziert.

Ein vortreffliches statistisches Quellenwerk ist das „Statistische Jahrbuch der deutschen Städte", in Verbindung mit seinen Kollegen herausgegeben von Prof. Dr. Neefe, Direktor des statistischen Amtes der Stadt Breslau. 1916 erschien der 21. Jahrgang. Das Jahrbuch enthält reichhaltiges Material über städtische wirtschaftliche und soziale Verhältnisse, städtische Einrichtungen der verschiedensten Art. Sehr viel interessante Statistik bietet auch das jährlich erscheinende Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin. Ein ausgezeichnetes Nachschlagewerk ist das von Lindemann und Südekum herausgegebene „Kommunale Jahrbuch" 1908 ff.

Groß ist allmählich die Zahl der Zeitschriften geworden, die sich mehr oder minder ausschließlich mit kommunalpolitischen Problemen beschäftigen, Most nennt im Eingange seines obenerwähnten Büchleins die wichtigsten. Im Erscheinen begriffen ist seit 1914 ein Handwörterbuch der Kommunalwissenschaft, es wird herausgegeben von Briz, Lindemann, Most, Preuß und Südekum. Das Werk „Aus der Praxis geboren und für die Praxis bestimmt" soll vier Bände umfassen.

Endlich mache ich noch aufmerksam auf das Buch „Die soziale Fürsorge der kommunalen Verwaltung in Stadt und Land", Vorträge der Kölner Fortbildungskurse für Kommunal- und Sozialbeamte, Tübingen 1913 (mit reichhaltigen Literaturangaben).

Spezialliteratur:

Ich verweise auf den oben erwähnten „Führer" Lindemanns. Hier hebe ich nur das hervor, was als unmittelbare Ergänzung meiner Ausführungen mir besonders geeignet erscheint.

Zum 2. Abschnitt: Ehrenberg, Die Familie in ihrer Bedeutung für das Volksleben, 1916, Wygodzinsky, Die Hausfrau und die Volkswirtschaft, 1916, Walter, Die Wiedergeburt der deutschen Familie nach dem Weltkrieg, o. D.

Zum 3. Abschnitt: Ad. Weber, Die Wohnungsproduktion im Grundriß der Sozialökonomik, VI. Abt. (mit eingehender dogmenhistorischer Literaturübersicht), Pohle, Die Wohnungsfrage, 1910 (2 Bändchen, Sammlung Göschen), Ad. Weber, Boden und Wohnung, 1908, sowie Bodenrente und Bodenspekulation in der modernen Stadt, 1904, Gemünd, Die Grundlagen zur Besserung der städtischen Wohn-

verhältnisse, 1913, Eberstadt, Handbuch des Wohnungswesens und der Wohnungsfrage, 1909 (mit erheblich anderer Ansicht als sie in diesem Büchlein und den vorstehend erwähnten Schriften vertreten wird).

Zum 4. Abschnitt: Großmann, Die kommunale Bedeutung des Straßenbahnwesens, 1903, Schimpff, Wirtschaftliche Betrachtungen über Stadt- und Vorortbahnen, 1913.

Zum 5. Abschnitt: Troeltsch, Das Problem der Arbeitslosigkeit, 1907, Kumpmann, Die Reichsarbeitslosenversicherung, zugleich ein Beitrag zur Arbeitslosenfrage überhaupt, 1913, Meyer, Die Notstandsarbeit und ihre Probleme, 1914.

Zum 6. Abschnitt: Buehl, Das Armenwesen, 1904, Ad. Weber, Armenwesen und Armenfürsorge, 1907 (2. Auflage 1918), Radomski, Die Frau in der öffentlichen Armenfürsorge, 1917.

Zum 7. Abschnitt: Volksbildungsfragen der Gegenwart. Vorträge. Berlin 1913, Fritz, Das moderne Volksbildungswesen (Aus Natur und Geisteswelt) 1909.

Register

Abstinenzvereine 96.
Adickes 46.
Alkoholismus 95.
Alkoholwohlfahrtsstelle, Königsberger 96.
Altmodische Städte 7, 11, 14.
Amsterdam 7.
Anlagen 113.
Anstaltserziehung 33.
Antwerpen 7.
Arbeit, ihre Wertschätzung 69, 104.
Appian 6.
Arbeiter als Armenpfleger 90.
Arbeiterberufsvereine, Arbeitslosenfürsorge der 80.
Arbeiterbildung 104.
Arbeiterhaushaltungen 26.
Arbeitslosigkeit, Arten 70
Arbeitslosenversicherung 78.
Arbeitslosen, Zählung der 74.
Arbeitslosigkeit, Ursachen der 72.
Arbeitslosigkeit, Begriff 68.
Arbeitsnachweise 77.
Arbeitsstättenverkehr 58.
Arbeitszeit, ungeteilte 60.
Armenausgaben der Stadtverwaltungen 85.
Armenfürsorge, Formen der 85.
Armenfürsorge, kirchliche 86.
Armenfürsorge, Leitsätze für die 93.
Armenpflege, öffentliche 84, 100.
Armenpflege, organische Vereinigung der 92.
Armenrat 89.
Armut, Begriff der 83.
Auskommen 26, 27.
Ausländer 87.
Babylon 5.
Bahnhofsmission 97.
Baracken 48.
Barmen 48.
Barmherzige Schwestern 91.
Baukapitalbedarf 47.
Baukosten 38, 42.
Bauland, Angebot von 45.
Bauland, Städtisches 52.
Bauordnung 44.
Bauvereine, gemeinnützige 48.
Bauweise, sparsame 50.
Bebauungsplan 44.
Bebel 23.
Beratungsstellen 96.
Berlin 7, 10, 13, 26, 29, 50, 55, 56, 57, 63, 81, 84, 85, 97, 113, 118.
Berlin-Wilmersdorf 43.
Berliner Stadtbahn 55.
Berliner Straßenbahn (Größe) 64.
Beruf, gründliche Ausbildung im 75.
Berufsberatungsstelle, Charlottenburg 99.
Bevölkerung der Großstädte 7, 14.
Besitzvorrechte 114.
Bielefeld 48.
Bildungsgelegenheiten in den Großstädten 16, 106.
Bildungshunger 19.
Bodenreformer 47.
Bodenrente 38.
Bodenspekulation 41, 52.
Borgesius H. Goeman 44.
Breslau 7, 84, 92, 97, 113.
Brooklyner Hochbahnbrücke, Verkehr auf der 55.

Caesar 1, 37.
Charitas 82, 91, 93.
Charitasverband für das kath. Deutschland 93.
Charity Organisation Society 92.
Charlottenburg 49, 56, 78, 92, 99, 113.
Classen, W. F. 91, 114.

Dänemark 106.
Darmstadt 43.
Demokratisierung der Stadtverwaltungen 117.
Dezentralisation 45.
Dienstboten 29.
Dörfler 111.
Dortmund 42.
Dresden 7, 26, 43, 92, 109, 113.
Droschken 57.
Düsseldorf 48, 49, 92.
Düsseldorfer Handelskammer 48.
Duisburg 48.

Ehescheidungen 16.
Einheimische 15.
Einwohnerzahlen 7.
Elberfeld 48.
Elberfelder System (der Armenfürsorge) 88.
Elektrische Schwebebahnen 65.
Elementarunterricht an Arbeiter 106.
England 79, 106.
Erbbaurecht 46.
Ernährungspolitik 51.
Erziehungsbeirat, freiwilliger, für schulentlassene Waisen 98.

Fabrikarbeit der Frauen 27, 34.
Familie als Konsumtionsgemeinschaft 26.
Familie als Produktionsgemeinschaft 21.
Familienleben 20.
Familienerziehung 29, 33.
Faucher 117.
Ferienkolonien 112.
Ferienspiele 112.
Ferrero, G. 6.
Fischer, Edmund 24.
Fontane 16.
Fortschrittsdrang 20.
Frankfurt a. M. 46, 48, 76, 81, 84, 93, 113.
Frankfurter Gewerkschaftskartell 59.
Frankreich 106.
Freiburg i. B. 48.
Freizügigkeit, Beseitigung der 115.
Frauenarbeit, bessere Entlohnung der 32.
Frauenarbeit nach dem Kriege 35.
Frauen, Fabrikarbeit der 27.
Frauen, Organisation der 34.
Frauenwahlrecht 32.
Frauen in der Armenfürsorge 90.
Fürsorge, jugendliche, Zentralstelle für 29.
Fürsorgeerziehung, öffentliche 33.

St. Gallen 79.
Gartenstadtbewegung 66.
Geburtenhäufigkeit 14.
Gedenkhaine 114.
Gelegenheitsverkehr 58.
Gents, Alexander 16.
Genter System (der Arbeitslosenversicherung) 80.
Geschlechtskrankheiten 97.
Gleicher Lohn für gleiche Leistung 36.
Goebeler 30.
Gorki, Maxim 9.
Großfamilie 21.
Grundstückspolitik 45.

Hänz-Lux 22.
Haltestellen, Zahl der 58.
Hamburg 7, 42, 65, 84, 113.
Hampstead 67.
Hansen, Georg 12.
Hart, Gebrüder 17.
Hassert 65.
Hausgemeinschaft 25.
Haushaltungsfürsorge 97.
Hauskommunionen 21.
Hauswirtschaft 35.
Heidelberg 19.
Heimarbeit 22.
Heimatsgefühl 103.
Herodot 5.

Heydt, Daniel von der 88.
Hildesheim 19.
Hobrecht, Oberbürgermeister 47.
Hoch- und Untergrundbahnen 57.
Homer 6.
Humboldthain 113.
Hygiene, Soziale 13.
Hypothekennot 47.

Industrie, Dezentralisation der 45.
Intelligenz, wirtschaftliche 12.

Jugenderziehung 29.

Kant 101.
Kampf, sozialer 20.
Karlsruhe i. B. 43.
Karthago 5.
Kassel 48.
Katholische Charitas 91, 93.
Kautsky 23.
Kinder 15, 16, 30.
Kinder, Erwerbsarbeit der 31.
Kinderarbeit und Verbrechen 31.
Kinderschutzkongreß 31.
Kinoreform 110.
Kinotheater 105.
Klein (Justizminister) 32.
Kleingärten 111.
Kloster 17.
Köln a. Rh. 7, 79, 81, 84, 110, 113.
Königsberg 84, 96.
Kommissionen, soziale 77.
Konstantinopel 6.
Konsumtionsgemeinschaft, Familie als 26.
Konzessionsverträge 64.
Kornspenden 6.
Krankenpflege 25.
Krieg 19, 26, 35, 100.
Kuczynski 48.
Kündigungswesens, Regelung des 75.
Künstler 17.
Kunst 16, 18.

Ladewig 108.
Landzuweisung als Armenunterstützung 84.
Lebenshaltung 37.
Ledigenheime 49.
Leipzig 63, 92, 111.
v. Leirner 31.
Leris 42.
Lichtbildnerei 110.
Lindemann 55.
Lissabon 7.
Lloyd George 79.
Lohn, gleicher, für gleiche Leistung 36.
London 6, 43, 54, 55, 56, 59, 67.

Madrid 7.
Magdeburg 90.
Mailand 6.
Mallinckrodt 11.
Mannheim 54, 81, 113.
Masse, Liebe zur 26.
Massenseele 15.
Massenspeisungen 35.
Massenverbrauch 11.
Massen, Einfluß in den Stadtparlamenten 117.
Massen, Verelendung der 26.
Mietpreis 38, 49.
Mietskasernen 6, 18, 44.
Militärische Tauglichkeitsziffern 14.
Mode 73.
Moltke 18.
München 7, 53, 74, 97, 113.
München-Gladbach 110.
Muthesius, H. 18.
Muttergefühl 30, 36.

Neapel 6.
Nervenkranke 97.
Ninive 5.
Nordamerika 58.
Norden, Max 22.
Notstandsarbeiten 77.
Nürnberg 19.
Nußbaum 48.

Oechelhäuser 12.
Österreich 106.
Olympia 17.
Omnibus 56.
Organisation der Frauen 34.
Organisation der öffentl. Armenpflege 92.
Ozonam 88.

Paris 6, 17, 56, 77.
Parzellenpächter 53.
Persönlichkeit 25.
Persönlichkeitsbewußtsein 103.
Philo 30.
Pluralwahlrecht 118.
Popert 95.
Posadowsky, Graf 49.
Posen 49, 84, 92.
Potsdam 57.
Privateigentum 51.
Private Unternehmungen 51.
Puppe 96.

Quartiersystem 90.

Reichswertzuwachssteuer 49.
Reichtum in der Großstadt 12, 16.
Renauld, von 53.
Risikoprämie der Wohnungsunternehmer 38, 39, 42.
Rom 6, 17, 37.
Rosegger 8.

Säuglingssterblichkeit 14.
Schanz 78, 81.
Schell 91.
Schimpff, Gustav 55.
Schlafgängerunwesen 49, 52, 97.
Schmittmann 50.
Schmoller 36, 102.
Schnellverkehr 58.
Schopenhauer 102.
Schrebergärten 111.
Schreibstuben 78.
Schule 33.
Schulfilmarchiv 111.
Schulhelferinnen, berufsmäßige 34.
Schultze-Delitzsch 104.
Schwebebahnen, elektrische 65.
Seleukia 5.
Singhallen 105.
Skarbina 10.
Sondertarife 61.
Sondervorstellungen, volkstümliche 110.
Sozialdemokraten in den Kommunalverwaltungen 117.
Soziale Kommissionen 77.
Soziale Hygiene 13.
Sparpflicht, obligatorische 50.
Spekulation 41.
Stadtbahn, Berliner 55.
Stadtpläne 18.
Stadtverwaltungen, Armenausgaben der 85.
Stadtverwaltungen, Demokratisierung der 117.
Städte, altmodische 9.
Städte, mittelalterliche 14.
Sterblichkeitsstatistik 13.
Stettin 110.
Steuern nach dem gemeinen Wert 49.
Straßburg 42, 43, 80, 97.
Straßburger System (Armenfürsorge) 89.
Straßenbahnnetz 53.
Straßenbahn, Berliner, Leipziger, Würzburger 63, 64.
Straßenbahn, eine Wohlfahrtseinrichtung 64.
Stübben 66.
Studenten 106.
Stuttgart 76.
Südekum 37.

Tanzsäle 105.
Tarifsätze 61.
Tauglichkeitsziffern, militärische 14.
Taxameter 57.
Tews 29.
Theater 108.
Trinkeranstalten 96.
Troeltsch 81.
Tuberkulose 96.

Ulm 42.
Umsatzsteuer 49.
Untergrundbahnen 57.
Unternehmergewinns, Verminderung des 39.
Unternehmungen, private 51.
Unterstützung, Art der 84.
Unterstützungswohnsitzgesetz 87.

Varietévorstellungen 105.
Venedig 6.
Verkehrserleichterungen 52.
Verkehrsfrage 19, 51.
Verkehrspolitik 63.
Verkehrskurve 55.

Ver Hees, Dr. Emil 52.
Versicherung (Arbeitslosen-) 78.
Virchow-Krankenhaus 13.
Vincenzverein 88.
Volksbibliotheken 108.
Volksbildung 101.
Volksgeselligkeit 109.
Volksheime 108.
Volkshochschulkurse 107.
Volkskrankheiten 96.
Volksschule 104.
Volkssitte 43.
Volkstümliche Sondervorstellungen 110.
Volkstümliche Vorträge 106.
„Volkswohl", Dresdner Verein 118.
Voigt, Andreas 43.

Wagner, Richard 17.
Wahlrecht 32, 100, 116, 118.
Weimar 17.
Weltbürgertum 4.
Wertzuwachssteuer 49.
Wien 7.
Wirtschaftliche Intelligenz 12.
Wohnungen, Nachfrage nach 42.
Wohnungen, Ansprüche an 38.
Wohnungsbau durch die Gemeinden 48.
Wohnungsmarkt 44.
Wohnungsnachweis 45.
Wohnungsrenten 51.
Wohnungsunternehmer, Risikoprämie der 38.
Wohnversicherung 50.
Wundt 101.

Zentrale für private Fürsorge (Frankfurt a. M. 93.
Zugezogene 15.

Die Liebesarbeit für unsere Feldgrauen

Die Arbeiten der Inneren Mission u. verwandter Bestrebungen. Von Pastor W. Scheffen. 276 S. Geb. M 4.20

„Wie dieser gewaltige Krieg alle Dimensionen des Kampfes unermeßlich gesteigert hat, so mußte er auch die Hilfs- und Liebesarbeit weit über alles bisherige Maß hinaus steigern; zu einer wichtigen und anziehenden Aufgabe wird es damit, einen Überblick über alles das zu geben, was in dieser Richtung geleistet ward und geleistet wird. Das vorliegende Werk von Direktor Scheffen löst diese Aufgabe in mustergültiger Weise... Die Darstellung des Gesamtstoffes erforderte neben genauester Sachkunde einen weiten Horizont im Urteil und einen offenen Sinn für alle Mannigfaltigkeit... Kurz es ist ein Buch, das aus voller Beherrschung der Sache, mit reinem Wahrheitssinn und großem Geschick geschrieben ist, das daher als eine wertvolle Orientierung über ein wichtiges, uns alle nahe berührendes Gebiet des gegenwärtigen Lebens warm empfohlen werden kann."

R. Eucken, Vossische Zeitung.

Die evangelischen Kirchengemeinden in der Kriegszeit

Von Professor Dr. Schian. 150 S. Gebunden ca. M. 3.20

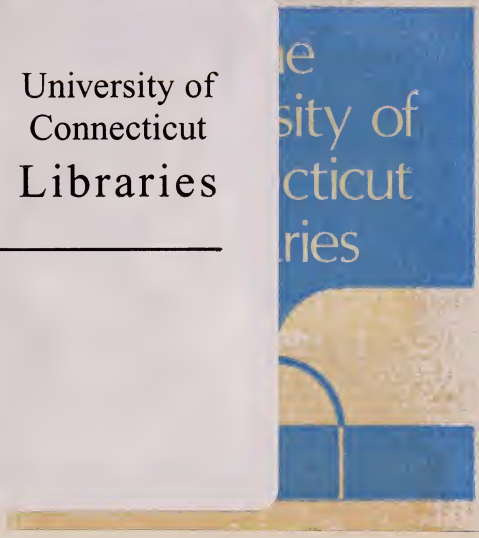
Das Buch schildert die gewaltige Arbeit der evangelischen Kirchengemeinden im Weltkriege. Die lebendige Darstellung ist durchwoben von zahlreichen, aus dem frischen Erleben unmittelbar beteiligter geborener Mitteilungen. Sie gibt ein Bild von der mannigfaltigen kirchengemeindlichen Kriegsarbeit, von der kriegsmäßigen Gestaltung der Gottesdienste bis hin zur Fürsorge für die Witwen und Waisen, von den Gemeindezusammenkünften bis zu den Liebesgabensendungen ins Feld. So wird die Darstellung zum Denkmal des reichen Lebens, das die Mehrzahl unserer Kirchengemeinden in diesen harten Jahren entfalteten.

Die Pflege der männlichen Jugend vor und nach dem Kriege

Von Unitäts-Direktor H. Bauer. Ca. 120 Seiten. Gebunden ca. M. 2.20

Das Problem der Jugendpflege, insbesondere unserer männlichen Jugend ist während des Krieges ein brennendes geworden und heischt gebieterisch eine Lösung, denn auf ihr ruht ja im gewissen Sinne die Zukunft unseres Volkes. Die vorliegende auf freier praktischer Erfahrung beruhende Arbeit will die grundlegenden Fragen herausarbeiten. Sie legt die Lage und das Bedürfnis der Jugend unserer Zeit klar, seine Hoffnungen und Sorgen und zeigt, wie viel Unsicherheit in unseren Erziehungszielen vorhanden ist, ihre nachteiligen Wirkungen.

Verlag Otto Hille & Meyer, Leipzig, Kreuzstr. 14

0555-I-PAM
5-35
C
R--T

University of
Connecticut
Libraries